

EINWOHNERRAT

Gemeindehausplatz 1
Postfach
6048 Horw
info@horw.ch

Thema **Einwohnerratsitzung**
Sitzungsdatum **26. November 2020, 14.00 – 20.40 Uhr**
Sitzungsort **Horwerhalle**
Vorsitz **Ivan Studer**

Kontakt **Claudia Stadelmann**
Telefon **041 349 12 24**
E-Mail **claudia.stadelmann@horw.ch**

PROTOKOLL NR. 397

Anwesend **30** Einwohnerratsmitglieder
5 Gemeinderatsmitglieder
1 Gemeindeschreiberin

Entschuldigt - **Biese Jürg**, anwesend 14.00 – 15.20 und ab 16.40 Uhr
- **Wyss Rita**, anwesend ab 14.05 Uhr

Traktandenliste

1. Wahl einer vorberatenden Kommission Ortsplanungsrevision, bestehend aus 7 Mitgliedern Seite 5
2. B+A Nr. 1665 Reglement Energiefonds Seite 6
3. B+A Nr. 1664 Aufgaben- und Finanzplan 2021 Seite 13
4. Fragestunde Seite 39
5. dringliche Motion Nr. 2020-311 von Urs Steiger, L20, und Mitunterzeichnenden: Evaluation Fachkommission horw mitte Seite 47
6. Motion Nr. 2020-307 von Stefan Maissen, FDP, und Mitunterzeichnenden: Wohnen im Alter im Talboden Seite 43
7. Postulat Nr. 2020-711 von Urs Röllli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Prüfung Presscontainer statt Gebührensäcke bzw. herkömmliche Abfallcontainer Seite 50
8. Postulat Nr. 2020-712 von Martin Eberli, L20, und Mitunterzeichnenden: Keine Kürzungen der Blickpunkt-Beiträge Seite 54
9. Postulat Nr. 2020-713 von Roger Eichmann, CVP, und Mitunterzeichnenden: Entschädigung an Vereine für ausfallende Papiersammlungen Seite 56
10. Postulat Nr. 2020-714 von Urs Röllli, FDP, und Mitunterzeichnenden: E-Portal für Strassengenossenschaften in Horw Seite 51
11. Postulat Nr. 2020-718 von Roger Eichmann, CVP, und Mitunterzeichnenden: Arealsicherung "Sand + Kies AG": Zone für öffentliche Zwecke Seite 57
12. Interpellation Nr. 2020-712 von Antonio Simoes, SVP, und Mitunterzeichnenden: Entwicklung Seefeld - Ort des Sports und der Gesundheit Seite 32
13. dringliche Motion Nr. 2020-310 von Schoch Francesca, FDP, und Mitunterzeichnenden: Bedarfsgerechte Planung der Sportanlagen Seefeld Seite 35
14. Postulat Nr. 2020-720 von Reto Eberhard, SVP, und Mitunterzeichnenden: Seefeld Horw – Sistierung der Planung zur Umgestaltung Seite 39

Sprecher/in

Ivan Studer (CVP)

Begrüssung

Ich begrüsse Sie ganz herzlich zur 3. Sitzung dieser Legislatur. Ich begrüsse den Gemeinderat und die Gemeindeschreiberin Frau Irene Arnold. Ebenso möchte ich Frau Claudia Stadelmann begrüssen, welche wiederum Heike Sommer vertritt. Zudem begrüsse ich Simone Reinhard. Sie ist für die Hygienemassnahmen zuständig und Frau Kansiga Selvarajah, sie macht die Zugangskontrolle und wird uns den Kaffee servieren. Ebenfalls Frau Susanne Hollbach, welche um 16:00 Uhr Kaffee servieren wird. Zusätzlich möchte ich Herrn Meinrad Hermann begrüssen. Er wird uns bei der Beratung des AFP unterstützen und dafür sorgen, dass alle eventuellen Anträge finanziell richtig in der Schlussabstimmung berücksichtigt werden. Und zu guter Letzt begrüsse ich Herrn Roman Hodel von der Luzerner Zeitung sowie das anwesende Publikum.

Bevor wir anfangen noch einen speziellen Hinweis auf das Corona- Schutzkonzept: Ich bitte das Publikum jederzeit Masken zu tragen. Für die Einwohnerräte gilt Maskenpflicht, solange sie nicht am Platz sind. Am Platz wird empfohlen, die Maske ebenfalls zu tragen. Ca. um 16:00 Uhr wird ein Kaffee serviert. Um 18:00 Uhr wird ein kleines Nachtessen serviert. Bitte den Platz dafür nicht verlassen. Sowohl Kaffee wie Essen werden serviert.

Noch ein weiterer Hinweis: In letzter Zeit ist es öfters vorgekommen, dass Vorstösse an mich adressiert wurden. Gemäss Art. 72 Abs. 1 GO ER sind parlamentarische Vorstösse der Gemeindeschreiberin einzureichen («Parlamentarische Vorstösse sind der Gemeindeschreiberin oder dem Gemeindeschreiber zuhanden der Ratspräsidentin oder des Ratspräsidenten in Papierform mit Unterschrift(en) und elektronisch einzureichen»). Ich bitte Sie, alle Vorstösse an Frau Irene Arnold zu schicken. So ist auch sichergestellt, dass Vorstösse rechtzeitig publiziert werden.

Wir haben heute eine reich befrachtete und volle Agenda. Der AFP ist eines der wichtigsten Geschäfte im laufenden Jahr. Zusätzlich behandeln wir heute eine stattliche Anzahl an Vorstössen. Damit wir nicht bis spät in die Nacht hinein debattieren, bitte ich Sie deshalb, die Voten kurz und prägnant zu halten.

Entschuldigungen

Jürg Biese wird aus beruflichen Gründen nur während der ersten Stunde anwesend sein.

Feststellungen

Die Einladungen wurden rechtzeitig versandt und die Akten termingerecht zugestellt. Die Mehrheit der Ratsmitglieder ist anwesend, wir sind verhandlungs- und beschlussfähig.

Repräsentationen

Der Ratspräsident hat seit der letzten Sitzung an keinen Anlässen den Rat repräsentiert. Leider wurden alle Anlässe aufgrund der aktuellen Situation abgesagt.

Einbürgerungen

An der Sitzung vom 26. Oktober hat die Bürgerrechtsdelegation fünf Personen das Bürgerrecht der Gemeinde Horw zugesichert.

Protokoll

Gegen das Protokoll Nr. 396 der Einwohnerratssitzung vom 17. September 2020 sind keine schriftlichen Einsprachen eingegangen. Das Protokoll ist somit genehmigt. Ich danke Frau Stadelmann für die Verfassung des Protokolls.

Rechtskraft von Beschlüssen

Keine

Neueingänge seit der letzten Sitzung

- 02.11.2020: **Dringliche** Motion Nr. 2020-310 von Francesca Schoch, FDP, und MU: Bedarfsgerechte Planung der Sportanlagen im Seefeld
- 02.11.2020: **Dringliche** Motion Nr. 2020-311 von Urs Steiger, L20, und MU: Evaluation Fachkommission horw mitte
- 16.11.2020: Motion Nr. 2020-312 von Roger Eichmann, CVP, und MU: Sicherer Radverkehr Mättiwilstrasse
- 25.11.2020: Motion Nr. 2020-313 von Larissa Lehner, L20, und MU: Kernfahrbahn Kastanienbaumstrasse zwischen Hofrüti und Felmis
- 18.09.2020: Postulat Nr. 2020-715 von Andrea Hocher, CVP, und MU: Kein neuer Fussweg durch unberührtes Landwirtschaftsland
- 09.10.2020: Postulat Nr. 2020-718 von Roger Eichmann, CVP, und MU: Arealsicherung «Sand + Kies AG»: Zone für öffentliche Zwecke
- 23.10.2020: Postulat Nr. 2020-719 von André Fallet, GLP, und MU: Schnelle Umsetzung einer Elektro-Ladeinfrastruktur für Mobility-E-Autos und Private
- 02.11.2020: Postulat Nr. 2020-720 von Reto Eberhard, SVP, und MU: Seefeld Horw – Sistierung der Planung zur Umgestaltung
- 04.11.2020: Postulat Nr. 2020-721 von Urs Steiger, L20, und MU: Mehr Ried im Rankried
- 04.11.2020: Postulat Nr. 2020-722 von Urs Steiger, L20, und MU: Massnahmen zur Steigerung der Qualität beim Bauen ausserhalb der Bauzone
- 09.11.2020: Postulat Nr. 2020-723 von Leo Camenzind, CVP, und MU: Jugendförderung dank Jugendvereinen
- 18.09.2020: Interpellation Nr. 2020-711 von Urs Steiger, L20, und MU: Horwer Hochhaus
- 13.10.2020: Interpellation Nr. 2020-712 von Antonio Simoes, SVP, und MU: Entwicklung Seefeld – Ort des Sports und der Gesundheit
- 02.11.2020: Interpellation Nr. 2020-713 von Urs Steiger, L20, und MU: Compliance im Horwer Gemeinderat
- 04.11.2020: **Dringliche** Interpellation Nr. 2020-714 von Martin Eberli, L20, und MU: Sanierung Dorfbach
- 04.11.2020: Interpellation Nr. 2020-715 von Noel Schemm, L20, und MU: Nachhaltiges Beschaffungswesen und Arbeitsgruppe Fair Trade Town
- 04.11.2020: Interpellation Nr. 2020-716 von Lukas Bucher, L20, und MU: Umgang der Gemeinde Horw mit dem Bypass Luzern
- 04.11.2020: Interpellation Nr. 2020-717 von Urs Steiger, L20, und MU: Bauen ohne Baubewilligung
- 04.11.2020: Interpellation Nr. 2020-718 von Larissa Lehner, L20, und MU: Seezugänge
- 09.11.2020: Interpellation Nr. 2020-719 von Leo Camenzind, CVP, und MU: Kinder- und Jugendförderung Gemeinde Horw

Begründung Dringlichkeit

Dringliche Motion Nr. 2020-310 von Francesca Schoch, FDP, und Mitunterzeichnenden: Bedarfsgerechte Planung der Sportanlagen im Seefeld

Der Grund meiner Dringlichkeit ist offensichtlich, denn heute wird der Einwohnerrat bei der Behandlung des AFP bereits über 250'000 Franken für die Projektumsetzung der

Francesca Schoch
(FDP)

ersten Etappe des Areals Seefeld diskutieren und je nachdem verabschieden.
Darum bitte ich den Einwohnerrat der Dringlichkeit meiner Motion zuzustimmen.

Der Gemeinderat opponiert der Dringlichkeit nicht. Wenn der Einwohnerrat tatsächlich einen Planungsstopp wünscht, dann muss man dies möglichst rasch machen, damit wir nicht Planungsressourcen verschwenden. Es wäre sachgerecht, wenn man diese Motion erst nach der Behandlung der Interpellation traktandieren würde. Wichtig ist auch, dass man gleichzeitig den Vorstoss von Reto Eberhard, der nicht dringlich ist, ebenfalls nachtraktandieren würde, damit wir auch diesen im gleichen Paket behandeln könnten.

Thomas Zemp (CVP)

**Dringliche Motion Nr. 2020-311 von Urs Steiger, L20, und Mitunterzeichnenden:
Evaluation Fachkommission horw mitte**

Die Fachkommission Horw Mitte ist ein zentrales Instrument für die Qualitätssicherung der Zentrumszone Bahnhof Horw, Bebauungsplan. Sie ist schon rund 8 Jahre tätig. Wir haben jetzt gewisse Abschlüsse dieses Bebauungsplanes, aber es stehen auch noch gewisse Baufelder offen, die jetzt dann angegangen werden oder schon in Bearbeitung sind. Insofern ist es dringend, dass man die Evaluation jetzt macht, um auch die Wirksamkeit zu überprüfen und zu schauen, ob allenfalls auf die nächsten Baufelder hin gewisse Korrekturen gemacht werden müssen bzw. auch auf die Zukunft hin.

Urs Steiger (L20)

Der Gemeinderat opponiert der Dringlichkeit nicht. Wenn wir die Motion regulär behandeln würden, könnte es bis zu zwei Jahren dauern, nämlich ein Jahr bis es spätestens hier um die Überweisung geht und dann noch mal ein Jahr für die Behandlung der Motion. Das wäre nicht sachgerecht, gerade auch vor dem Hintergrund, dass wir jetzt eine rege Bautätigkeit haben. Darum opponieren wir nicht.

Thomas Zemp (CVP)

Dringliche Interpellation Nr. 2020-714 von Martin Eberli, L20, und Mitunterzeichnenden: Sanierung Dorfbach

Wir haben im Blickpunkt erfahren, dass die Sanierung des Dorfbachs in Angriff genommen werden soll. Die Fragen, die ich dazu gestellt habe, müssten im Voraus geklärt werden, sodass wir wissen, was wir genau zu erwarten haben. Ich bitte darum, die Interpellation als dringlich zu behandeln.

Martin Eberli (L20)

Der Gemeinderat opponiert der Dringlichkeit. Aktuell liegt ein Vorprojekt vor, und Herr Eberli, wir sind übrigens sicher schon seit 2016 an der Planung dieses Projekts. Die Bearbeitungsdauer bis zur eigentlichen Projektrealisierung wird bestimmt noch fünf Jahre dauern. Wir rechnen, dass wir ab 2025 bauen werden. Wir haben bereits die Forderungen der Petition, die auch genannt wurde, der Projektleitung des Kantons zur Kenntnis gebracht. Wenn man das Anliegen von Herrn Eberli anschaut, dann hat das zum heutigen Zeitpunkt kein ausserordentlich hohes politisches Gewicht, sodass die Öffentlichkeit umgehend eine Stellungnahme des Gemeinderates oder des Einwohnerrates erwarten müsste. Es ist auch nicht so, dass das Anliegen obsolet würde, wenn man es um die ordentlichen Fristen verlängern und normal behandeln würde. Darum ist kein Kriterium der Dringlichkeit erfüllt und darum lehnen wir sie ab.

Thomas Zemp (CVP)

Abstimmung Dringlichkeit:

Die Dringlichkeit der Interpellation Nr. 2020-714 «Sanierung Dorfbach» wird mit 19:10 Stimmen abgelehnt.

Ivan Studer (CVP)

Nachtraktandierung

Aufgrund der Tatsache, dass wir soeben die Motion von Francesca Schoch, «Bedarfsgerechte Planung der Sportanlagen im Seefeld», als dringend auf die Traktandenliste gesetzt haben, beantrage ich Ihnen im Namen der CVP/GLP-Fraktion, dass auch das Postulat von Reto Eberhard, «Seefeld Horw – Sistierung der Planung zur Umgestaltung», nachtraktandiert wird. Die beiden Vorstösse haben gewisse Parallelen und darum sind wir der Meinung, dass diese an der gleichen Ratssitzung behandelt werden sollten.

Roger Eichmann
(CVP)

**Abstimmung Antrag CVP/GLP-Fraktion auf Nachtraktandierung Postulat Reto Eberhard «Seefeld Horw – Sistierung der Planung zur Umgestaltung»:
Der Antrag wird mit 27:0 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, angenommen.**

Ivan Studer (CVP)

1. Wahl einer vorberatenden Kommission Ortsplanungsrevision, bestehend aus 7 Mitgliedern

Wir haben uns an der Fraktionssitzung darauf geeinigt, dass wir zwei Mitglieder vorschlagen. Wir haben uns auf zwei Mitglieder beschränkt, wie das auch vorher im Büro besprochen worden ist. Wenn man den Artikel 36 der Geschäftsordnung des Einwohnerrates anschaut, dann wären wir anhand der Fraktionsstärke sogar auf drei Mitglieder gekommen. Wir haben uns aber nicht wieder in das Hickhack hineinbegeben wollen, das wir bereits vorher einmal hatten bei der Kommissionssitzverteilung. Wir haben aber gesagt, dass wir aus diesem Grund - weil wir uns auf zwei Mitglieder beschränkt haben - ganz sicher das Präsidium beanspruchen. Für das Präsidium ist Herrn Urs Steiger vorgeschlagen. Er ist ausgewiesener Fachmann als Raumplaner, hat seit Jahren auf diesem Gebiet gearbeitet und auch jahrelang in der gemeinderätlichen Ortsplanungskommission mitgearbeitet. Als Mitglied ebenfalls jemand aus der BVK: das ist Noel Schemm, unser junger Fraktionskollege, der sich voll Engagement dieser Arbeit widmen möchte.

Martin Eberli (L20)

Die CVP-/GLP-Fraktion schlägt Ihnen zwei Mitglieder vor für die Kommission Ortsplanungsrevision: Herrn André Fallet und Herrn Roger Eichmann.

Leo Camenzind (CVP)

Die FDP-Fraktion schlägt Ihnen Frau Ruth Strässle und Herrn Jürg Biese als Mitglieder der Ortsplanungsrevision vor. Zusätzlich schlägt Ihnen die FDP-Fraktion als Kommissionspräsident Herrn Jürg Biese vor. Er ist schon seit vier Jahren BVK-Präsident, ist leitender Ingenieur bei der Implenia und hat dadurch ein sehr vielfältiges Fachwissen. Wir haben den Antrag auch auf Input von anderen Fraktionen gestellt.

Urs Rölli (FDP)

Die SVP-Fraktion schlägt Ihnen Herrn Reto Eberhard, bekannt aus der BVK, als Mitglied in die Kommission Ortsplanungsrevision vor. Als Präsident werden wir die FDP-Vertretung unterstützen.

Reto von Glutz (SVP)

Wahlergebnis:

Ausgeteilte Stimmzettel	30
Eingegangene Stimmzettel	30
Ungültige Stimmzettel	0
Leere Stimmzettel	0
Gültige Stimmzettel	30
absolutes Mehr	16

Gewählt sind:

Noel Schemm, L20, 28 Stimmen
Urs Steiger, L20, 23 Stimmen
Roger Eichmann, CVP, 29 Stimmen
André Fallet, GLP, 29 Stimmen
Jürg Biese, FDP, 22 Stimmen
Ruth Strässle, FDP, 22 Stimmen
Reto Eberhard, SVP, 25 Stimmen

Als Präsident gewählt ist Jürg Biese, FDP, mit 19 Stimmen.

2. B+A Nr. 1665 Reglement Energiefonds

Eintreten GPK

Der B+A 1665 wurde in der GPK durch Gemeinderat Thomas Zemp vertreten. Das revidierte kantonale Energiegesetz verlangt, dass bei Neubauten ein Teil der benötigten Energie selbst erzeugt wird. Die allenfalls anfallende Ersatzabgabe wird pro Jahr ca. 5'000 Franken in den Energiefonds spülen. Darum hat der Einwohnerrat letztes Jahr entschieden, einen Teil der kommunalen Konzessionsabgaben in den Energiefonds einzusetzen. Die Höhe des einzusetzenden Betrages wird beim AFP 2021 Thema sein und wird durch einen Antrag der GPK aufgezeigt. Die GPK unterstützt die Prämisse des Reglements, Effektivität, Effizienz und kein Mitnahmeeffekt. Der andere Punkt Kontinuität, Verlässlichkeit des Angebots ist eine wichtige Sache. Darum sollte der Einwohnerrat dafür sorgen, dass ausreichend Fördergeld zur Verfügung steht. Es soll wirklich Anreiz sein, Massnahmen zur Energieeinsparung zu tätigen. Die GPK wird in der Detailberatung zwei Anträge stellen.

Die GPK ist einstimmig für Eintreten und Annahme des Reglements.

Eintreten L20

Blickt man von aussen nach Horw, dann ist Horw eine Energiestadt. Und dazu hiess eine energiepolitische Vision vor fünf Jahren in einer Präsentation der Gemeinde: «Global denken – lokal handeln, Horw setzt auf Nachhaltigkeit. Die Gemeinde nimmt ihre Vorbildfunktion wahr. Sie motiviert und fördert einen nachhaltigen Umgang mit Energie und Ressourcen.» «Die Energiestadtbewertung kontinuierlich verbessern. Bevölkerung informieren, sensibilisieren und motivieren.

Ivan Studer (CVP)

Leo Camenzind (CVP)

Martin Eberli (L20)

6.1.1 Konzept für Kommunikation und Kooperation

- Mit einer massvollen Energiekommunikation soll die Bevölkerung in den Energiestadtprozess eingebunden werden.
- Mit einem Kommunikationskonzept sollen Rahmen und die Eckpunkte der Kommunikation festgelegt werden.

Massnahmen

- Festlegung Kommunikationsziele und –schwerpunkte
- Übernahme Massnahmen ins jährliche Aktivitätenprogramm»

Wie weit sind wir inzwischen? Studiert man den vorgelegten Bericht und Antrag zum Energiefonds, ist von dieser Vision im Energiebereich nur noch wenig zu spüren. Das Förderprogramm ist nicht nur zurückhaltend, sondern sogar zögerlich formuliert. Es zeugt nicht von grosszügiger und innovativer Vorbildfunktion, wie das oben zitierte Dokument vor fünf Jahren postulierte. Im Gegenteil, das vorgelegte Reglement klingt nach Sparpolitik. Und Sparen zulasten der Umwelt, das können wir uns nicht mehr leisten. Im B+A beantragen wir unter 3. Energiepolitisches Förderprogramm, den Fonds mit mindestens 150'000 Franken zu äufnen, und zwar explizit zugunsten einer aktiven Informations- und Kommunikationsstrategie.

Mit den Prämissen auf der Seite 2 «Effektivität und Effizienz, Kontinuität, Stabilität und Verlässlichkeit» sind wir einverstanden, erwarten aber, dass der Gemeinderat bereit ist, zusätzlich auch Innovationen in das energiepolitische Förderprogramm aufzunehmen.

Die L20 ist für Eintreten auf den B+A 1665 Reglement Energiefonds und wird dem Reglement zustimmen.

Eintreten CVP/GLP

Aufgrund der Dichte der heutigen Themen halte ich mich kurz. Unser Fraktion CVP/GLP hat die Unterlagen beraten. Wir halten den Fonds für sinnvoll und zweckmässig. Die Alimentierung bleibt durch die jährliche Beschlussfassung des AFP in der Hand des Einwohnerrates.

Bettina Beck Bertschmann (CVP)

Eintreten FDP

Das kantonale Energiegesetz verlangt von den Gemeinden, dass bei Neubauten, wenn die benötigte Elektrizität nicht selbst erzeugt werden kann oder will, mit einer Ersatzabgabe belastet wird. Diese Summe wird in Horw aktuell auf ca. 5'000 Franken geschätzt. Dieser Betrag hätte einfachheitshalber in die laufende Rechnung einfliessen können. Der Kanton hat es jedoch den Gemeinden freigestellt, ob sie dieses Geld in einen Fonds oder in die laufende Rechnung einrechnen wollen.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Die Gemeinde Horw respektive der Einwohnerrat ist der Meinung, dass ein solcher Fonds in der heutigen Zeit Sinn macht. Doch wie oben erwähnt, nur mit den Ersatzabgaben, lohnt sich ein solcher Fonds nicht wirklich. So wurde entschieden, dass ein Teil der Konzessionsabgaben der CKW, die an die Gemeinde zurückfliessen, in diesen Fonds einzulegen.

Der Einwohnerrat entschied vor einem Jahr 50'000 Franken in diesen Fonds zu äufnen, dies ohne Reglement, das besagt wofür diese Gelder genau eingesetzt werden. Nun steht das Reglement bereit und ein Entwurf des Förderprogramms wurde dem Einwohnerrat gleichzeitig vorgestellt. Da es bei diesem Reglement und dem Förderprogramm noch viele offene Punkte gibt, wurde an dem bereits beschlossenen Betrag von 50'000 Franken festgehalten, um das Programm zu starten. Wie im Reglement unter Art. 8

festgehalten ist, wird der Einwohnerrat jährlich über diese Einlagen befinden. So ist es möglich, je nach Bedarf Anpassungen jährlich vorzunehmen. Die FDP-Fraktion findet dies der richtige Weg. In der Rechnung 2020 werden wir diesen Fonds unter dem Eigenkapital das erste Mal aufgeführt sehen.

Die FDP-Fraktion ist jedoch nicht einverstanden, wie im Reglement unter Art. 10 beschrieben, dass die Gelder gemäss Reihenfolge ihres Eingangs verteilt werden. Dies kann zu Verzerrungen und unfairen Auszahlungen führen. Dazu werden wir einen Antrag stellen, um dieses Ungleichgewicht aufzufangen.

Ein weiterer Antrag werden wir zum Entwurf des Energiepolitischen Förderprogramms der Gemeinde Horw stellen. Für uns passt die aufgeführte Mobilität Veloverleihsystem nicht in dieses Programm. Es soll sich wirklich um Energiepolitische Beratungen, Umsetzungen wie Heizungs-, Solar-, Photovoltaikanlagen und Betriebsoptimierungen von Heizungsanlagen handeln.

Den GPK-Antrag (Streichung des Satzes «Integrierung der Photovoltaik ins Gebäude») wird die FDP-Fraktion einstimmig unterstützen.

Die FDP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten auf diesen B+A.

Eintreten SVP

Die SVP hat den B+A 1665 Reglement Energiefonds besprochen. Im Allgemeinen sind wir mit dem Reglement einverstanden. Wir hoffen aber auch auf eine nützliche und effiziente Umsetzung. Schade ist, dass die gemeindeeigenen Immobilien von diesem Energiefonds ausgeschlossen sind. Wir können aber jedes Jahr neu und situationsangepasst festlegen, mit was für einem Frankenbetrag wir den Fonds finanzieren werden. So sehen wir dann auch, wie gross die Nachfrage ist und wieviel Geld wir brauchen. Es macht keinen Sinn, grosse Geldreserven anzulegen. Besser ist, wir schauen Jahr für Jahr und sprechen situationsangepasst die nötigen Finanzen. Wir unterstützen den Vorschlag des Gemeinderates, im AFP zusätzlich zu den 5'000 Franken Konzessionsabgaben einen Betrag von 50'000 Franken in den Energiefonds einzuzahlen.

Die SVP ist für Eintreten und Kenntnisnahme des B+A 1665.

Besten Dank für Ihre Voten zum Eintreten. Ich merke, der Energiefonds ist unbestritten. Es ist ja ein Vorschlag und auch ein Auftrag aus dem AFP 2020, den wir hier umsetzen. Wir haben es schon gehört in ihren Voten, die Ersatzabgaben, welche alleine durch das Energiegesetz generiert werden, sind relativ gering. Nur mit diesen könnte man nicht ein Förderprogramm aufbauen und darum macht es wahrscheinlich Sinn, einen solchen Fonds zu machen, mit dem man ein Programm tatsächlich finanzieren kann. Aber wenn man so ein Programm macht, ist es sicher das A und O, dass man einen Fonds hat, der so gut alimentiert ist, dass man - wenn man eine Massnahme in der Bevölkerung anpreist - diese dann auch durchziehen kann und nicht Mitte Jahr kein Geld mehr hat. Darum ist es sicher richtig, dass der Fonds genügend alimentiert ist. Aus der Beratung heraus habe ich mitbekommen, dass die GPK 150'000 Franken beantragt. Das nützt uns insofern, dass wir nachher eine wirklich gute Basis haben. Wir haben ein Förderprogramm zusammengestellt, das im Moment nicht so viel Geld benötigt, wir haben uns an den 75'0000 Franken orientiert. Es ist gut, wenn man genügend Geld im Fonds hat. Sie können jährlich beschliessen, wieviel Sie einlegen wollen.

Aus den Voten der L20 entnehme ich, dass man auch gerne ein ausgedehnteres Förderprogramm hätte. Das kann man mit der Zeit sicher machen, wenn man ein wenig

Reto Eberhard (SVP)

Thomas Zemp (CVP)

Erfahrung hat und auch weiss, was es kostet. Ich denke, dann kann man auch mit Vorstössen Anregungen einbringen, wo und was wir fördern sollen. Unterstützung bekommen wir auch von unserer Umwelt- und Energiekommission. Sie beraten uns, was wir auf dem Förderprogramm haben wollen. Ich danke Ihnen für Ihre konstruktive Voten und freue mich auf die Detailberatung.

Detailberatung

Reglement Energiefonds

I. Allgemeine Bestimmungen

Die L20 beantragt, im Abschnitt «Allgemeinen Bestimmungen» einen neuen Artikel festzulegen, und zwar könnte in diesem Sinne ein Artikel 4.0 heissen: «Der Gemeinderat nutzt den Energiefonds für eine aktive Energiepolitik zur Förderung erneuerbarer Energieformen und informiert aktiv darüber.»

Martin Eberli (L20)

Ich möchte gerne wissen: was heisst «aktiv»? Ist das mit einer Aufgabe verbunden oder heisst das, dass man die anfragenden Personen gut berät? Was versteht der Gemeinderat unter «aktiv» oder was versteht ihr unter «aktiv»?

Reto Eberhard (SVP)

Wir können uns vorstellen, dass man z.B. in Bezug auf Heizungen Hausbesitzer anschreiben würde, wenn man weiss, dass das Haus aus einem bestimmten Jahr stammt und dass dort fossile Energie verbraucht wird. Dass man ihnen nahelegen würde, sie sollen doch nachrüsten und damit auch eine umweltfreundlichere Heizung einbauen. Das wäre ein Beispiel, wie man aktiv sein könnte.

Martin Eberli (L20)

Ich verstehe das Anliegen der L20, kann das auch absolut nachvollziehen. Die Frage ist nur, ob das wirklich ins Reglement gehört oder ob das nicht einfach Informationspolitik der Gemeinde sein muss in solchen Belangen. Dadurch, dass man jedes Jahr einen neuen Kredit für den Fonds sprechen muss, bekommen wir seitens Gemeinderats automatisch Informationen, wie es anläuft, was gemacht worden ist und wieviel Geld wieder in den Fonds eingespielen werden muss.

Ruth Strässle-Erisman (FDP)

Das Anliegen verstehe ich. Die Frage ist einfach, wieviel will man machen und wie dringlich will man es behandeln. Aber das Reglement ist der falsche Ort, um das hineinzuschreiben. Es ist auch relativ schwierig, wenn man jetzt beginnt an diesem Reglement herumzuflicken. Wir haben die Anträge nicht. Wir könnten es auf die zweite Lesung zurücknehmen, wenn man das Gefühl hat, das ist wichtig und richtig. Ich würde nur schon vom Schiff aus sagen: wenn, dann gibt es sicher keinen neuen Artikel, wenn, dann wäre das im Artikel 2 unter Zweck. Und die Zweckumschreibung ist heute schon klar: «Der Fonds dient der Finanzierung von Massnahmen, welche direkt oder indirekt zur Förderung der nachhaltigen und effizienten Energienutzung sowie der erneuerbaren Energien beitragen.» Wenn Sie darin etwas von «aktiv usw.» hineinschreiben, wollen Sie natürlich Ihrer politischer Sicht Nachdruck geben. Das ist auch richtig, aber das kann man auch auf anderen Wegen machen. Das kann man so machen, indem man mehr Geld in den Fonds legt, indem man jeweils auch bei Rechnung und Budget nachfragt, wieso das Geld nicht gebraucht worden ist oder was mit dem Geld gemacht wurde. Diese Möglichkeiten haben Sie, um gewissen Druck auszuüben. Das Reglement nützt insofern nicht so viel, das ist eher eine technische Angelegenheit, welches vor allem aus einer finanziellen Sicht regelt, für was dieser Fonds ist und eine Rechtsgrundlage gibt.

Thomas Zemp (CVP)

Jawohl Herr Zemp, ich bin mit dem einverstanden, dass man das machen kann. Es

Martin Eberli (L20)

wäre aber wirklich wichtig, dass man das als Auftrag im Gemeinderat versteht, dass man wirklich aktiv informiert, aktiv kommuniziert, dass Geld vorhanden ist. Und wenn das in dem vage formulierten Artikel 4 bereits enthalten ist, ich verstehe das nicht ganz so. Wenn Sie das so verstehen, dann bin ich nicht ganz einverstanden. In dem Sinn möchte ich wirklich das Wort «aktive Kommunikation» im Artikel 4 oder von mir aus im Artikel 2 enthalten haben.

Herr Eberli, damit es für alle klar ist, bitte ich Sie, den genauen Wortlaut Ihres Antrages zu wiederholen.

Ivan Studer (CVP)

Der genaue Wortlaut meines Antrages ist: «Der Gemeinderat nutzt den Energiefonds für eine aktive Energiepolitik zur Förderung erneuerbarer Energieformen und informiert aktiv darüber.»

Martin Eberli (L20)

Abstimmung:

Antrag L20, Ergänzung Art. 4: «Der Gemeinderat nutzt den Energiefonds für eine aktive Energiepolitik zur Förderung erneuerbarer Energieformen und informiert aktiv darüber.»

Ivan Studer (CVP)

Der Antrag wird mit 13:15 Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.

IV. Fondsbezüge

Art. 10 Maximaler Zahlungsrahmen

Wie ich in meinem Eintreten erwähnt habe, möchten wir hier Ungleichheiten bereits zum Voraus aus dem Weg schaffen und machen den Antrag, bei Artikel 10 nicht gemäss der Reihenfolge, sondern: «Gesuche werden nach Kalenderjahren berücksichtigt und anteilmässig ausbezahlt.»

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Ich muss dem Antrag ein bisschen widersprechen. Und zwar war es so, dass die Reihenfolge vorgesehen ist, dass die abgearbeitet und berücksichtigt werden. Wie im Eintreten der GPK und bei anderen Voten hat man ganz klar gesagt, dass genügend Mittel notwendig sind, damit genau das nicht passiert, dass wir hier ein Problem bekommen, dass genügend Mittel im Fonds sind, damit wir auch Mitte Jahr die Fördergelder weiterhin sprechen können. Wir haben gehört, dass wir jedes Jahr darüber diskutieren, wieviel Geld in den Fonds gelegt wird. Der Antrag der GPK wird sein, 150'000 Franken in den Fonds zu speisen. Das heisst, man startet mit genügend Mitteln und damit kann der Reihenfolge nach berücksichtigt werden.

Leo Camenzind (CVP)

Im Sinne der Effizienz für die Gemeindeverwaltung, dass die hereinkommenden Gesuche auch entsprechend abgearbeitet werden können und nicht am Ende des Jahres geschaut werden muss, wie viele sind jetzt eingegangen, wie viele haben nun etwas zugute, das finde ich hier nicht zielführend. Ich schliesse mich dem Vorredner an und denke auch, dass man die Eingänge, so wie es jetzt aufgelistet ist, entsprechend der Reihe nach machen sollte.

Reto Eberhard (SVP)

Ich möchte den Antrag auch ablehnen. Und zwar geht es um Transparenz und Berechenbarkeit. Leute, die sich mit einer Sanierung beschäftigen, müssen planen. Die wollen auch auf die Beiträge zählen können und nicht auf den Zufälligkeitsgenerator, wie viele jetzt grad planen und am Schluss des Jahres eine Kürzung haben. Ich glaube, dort muss man klare Verhältnisse schaffen.

Urs Steiger (L20)

Man muss hier schon auch schauen, über was man da spricht. Also wenn jemand wegen 400 oder 500 Franken eine Sanierung nicht durchführen kann, weil er das Geld nicht erhält, dann kann er sich die Investition sowieso nicht leisten. Es geht also in erster Linie um Beratungstätigkeiten. Das einzige, was etwas mehr einschenkt, sind die Beiträge an Solaranlagen von 4'000 oder 5'000 Franken.

Urs Rölli (FDP)

Aber was ist jetzt, wenn jemand im ersten halben Jahr ein Haus kauft und beschliesst zu sanieren, eine Heizung neu zu machen. Wenn wir jetzt vorher von der L20 gehört haben, uralte Heizungen in älteren Häusern, er möchte das machen. Im zweiten Halbjahr steht das vielleicht an oder eine Expertise. Der Fonds ist ausgeschöpft und er kommt nicht zum Zug. Also dem ist auch nicht geholfen. Sonst wartet einfach jeder am 31. Dezember, dass er am 1. Januar das Gesuch abschicken kann, und dann haben wir einfach «first come - first serve»-Service. Ich finde das keine Dienstleistung an unseren Bürgern.

Der Gemeinderat lehnt den Antrag ebenfalls ab. Aus unserer Sicht verstösst er gegen das Prinzip der Verlässlichkeit. Es ist sehr schwierig, wenn man unter dem Jahr etwas eingibt und erst im nächsten Jahr weiss, wieviel Geld man erhält. Klar man kann sagen, es sind in der Tendenz bis jetzt eher kleinere Beiträge bei diesen Fördermassnahmen, die wir beschlossen haben.

Thomas Zemp (CVP)

Aber die zweite Komponente ist der Verwaltungsaufwand, den man damit hat und in der Effizienz der Abwicklung dieser Gesuche. Man hat die höhere Planungssicherheit, wenn man ein Gesuch eingibt und nachher Bescheid erhält, es wird finanziert. Und falls es tatsächlich so ist, dass der Fonds erschöpft ist und man sagt im November, es geht jetzt leider nicht mehr - das ist so bei den grösseren Fonds im Kanton - dann hat man ebenfalls Planungssicherheit und kann sich überlegen, ob man es verschiebt oder einreicht. Darum finden wir es klarer und in der Abwicklung effizienter, wenn man es so macht, wie wir im Reglement vorschlagen.

Abstimmung:

Antrag FDP auf Änderung von Art. 10: «Gesuche werden nach Kalenderjahren berücksichtigt und anteilmässig ausbezahlt.»

Ivan Studer (CVP)

Der Antrag wird mit 6:23 Stimmen abgelehnt.

Entwurf Energiepolitisches Förderprogramm Gemeinde Horw

Mobilität, Veloverleihsystem (aktuell Nextbike)

Auch hier hat sich die FDP wohl überlegt, den letzten Punkt zu streichen, und zwar ist es das Veloverleihsystem, aktuell Nextbike. Nextbike ist eine deutsche Firma, die im Moment von der Caritas in Luzern geführt wird. Für uns hat das keine energiepolitische Förderoption in diesem Programm. Zudem wird es, wenn es mir recht ist, sogar frisch vom Kanton ausgeschrieben. Da gibt es noch ganz klar Änderungen und vermutlich wird das dann auch gemeindeübergreifend sein. Es hat also noch viele offene Punkte und darum macht die FDP-Fraktion Ihnen beliebt, dass man den letzten aufgeführten Punkt «Mobilität» streicht.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Nextbike ist unser aktuelles Veloverleih-System. Das ist ein System, das über die Gemeindegrenzen hinausgeht, darum machen wir dort auch mit. Darum haben wir nie selber evaluiert, sondern uns für ein System entschieden, das es rundherum schon gibt. Es ist in der Tat so, dass die Stadt Luzern daran ist eine Ausschreibung zu machen, welche im nächsten Jahr durchgeführt werden sollte. Es geht darum, ein neues umfassendes Verleih-System aufzubauen, auch mit E-Bike und Trottinette usw., es ist eine ziemlich

Thomas Zemp (CVP)

umfassende Sache. Ich verstehe nicht ganz: ist das ein Votum gegen Nextbike oder ist es ein Votum gegen die Finanzierung aus dem Fonds? Fakt ist natürlich, dass wir Nextbike weiterbetreiben wollen. Da hatten wir auch ein Postulat, das von Ihnen überwiesen worden ist und wir haben natürlich im Aufgaben- und Finanzplan die rund 20'000 Franken, die es für Nextbike braucht so budgetiert, dass wir es aus diesem Fonds herausnehmen werden. Natürlich kann man jetzt argumentieren, man solle dies nicht aus dem Fonds nehmen. Dann müsste man aber korrekterweise die 20'000 Franken im Bereich Natur- und Umwelt wieder nachbudgetieren. Ich fände es dann nicht ganz sachgerecht, wenn man einfach sagen würde, das muss im Globalbudget Platz haben.

Danke für die Voten, Herr Zemp. Ich sehe das so: es hat gar nichts mit Nextbike zu tun - ich möchte das Wort gar nicht fest in den Mund nehmen - es geht um ein Veloverleih-System. Mir ist eigentlich egal, wie das heisst. Schlussendlich ist ja die Idee gut. Das Veloverleih-System ist etwas Sinnvolles. Wir sind der Meinung, dass das Veloverleih-System, weil es jetzt frisch ausgeschrieben wird, einfach noch nicht sicher ist, was es für die Gemeinde heisst. Ich nehme an, die Gemeinde muss wieder einen Vertrag machen. Wir hatten auch letztes Mal einen Bericht und Antrag, der uns die Situation erklärt hat, mit allen Kosten, wo wir was mitmachen, was man wie verrechnet und so fort. Das ist der Grund, weshalb wir das Gefühl haben, das gehört nicht in das Förderprogramm. Wir finden es schade, wenn man nachher die Gelder, die man hat, nicht wirklich für das Thermische (Solar, Photovoltaik, neue Heizungen) einsetzt, was in der Gemeinde Horw auch stattfindet und nicht, dass wir noch irgendwie abhängig sind von irgendwelchen Teilkosten, bei denen wir irgendwo mitmachen müssen, weil das vielleicht von der Gemeinde 5 oder wie auch immer ein Programm aufgesetzt wird. Darum: es hat nichts gegen irgendein Veloverleih-System zu tun, absolut nicht. Aber wir finden, es ist am falschen Ort und darum bitte ich Sie, dem zuzustimmen.

Ruth Strässle-Erisman (FDP)

Abstimmung:

Antrag der FDP auf Streichung des letzten aufgeführten Punktes im Entwurf des energiepolitischen Förderprogramms «Mobilität, Veloverleihsystem (aktuell Nextbike)».

Ivan Studer (CVP)

Der Antrag wird mit 6:22 Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.

Solar: Photovoltaik, Beitrag an Photovoltaik-Anlagen (PV) bei bestehenden Bauten

Hier kommt der erste Antrag auf Bemerkung der GPK. Anhang 2, Beitrag an Photovoltaik-Anlagen bei bestehenden Bauten. Der Satz: «Dies unter der Voraussetzung, dass sich die Anlage architektonisch vorbildlich in das Gebäude integriert» ist zu streichen. Der Antrag auf Bemerkung basiert darauf, dass wir gesagt haben, wenn es heisst «vorbildlich» kann das auch heissen, man integriert dies ins Dach und dadurch sind sehr hohe Folgekosten möglich. Dadurch ist die Hemmschwelle möglicherweise ein bisschen höher, eine Energieeinsparung zu tätigen, weil die Kosten eventuell hoch sind bis eine Unterstützung erfolgt, weil es nicht vorbildlich ist.

Leo Camenzind (CVP)

Abstimmung:

Antrag der GPK auf Bemerkung, auf Streichung des Satzes: «Dies unter der Voraussetzung, dass sich die Anlage architektonisch vorbildlich in das Gebäude integriert»

Ivan Studer (CVP)

Der Antrag wird mit 26:3 Stimmen angenommen.

Ich komme zum zweiten Antrag der GPK. Da es sich um ein Reglement handelt, ist eine zweite Lesung vorgesehen. Die GPK beantragt, auf die zweite Lesung zu verzichten.

Leo Camenzind (CVP)

Abstimmung Beschluss:

Das Reglement Energiefonds wird einstimmig genehmigt.

Ivan Studer (CVP)

Abstimmung zweite Lesung:

Antrag der GPK, auf eine zweite Lesung des Reglements Energiefonds zu verzichten.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

3. B+A Nr. 1664 Aufgaben- und Finanzplan 2021

Eintreten GPK

Lukas Bucher (L20)

Die GPK hat den Aufgaben- und Finanzplan 2021 an zwei Sitzungen vom 10. November und 17. November 2020, im Beisein der Gemeinderäte und Gemeinderätinnen und deren Mitarbeitenden eingehend besprochen. Die erste Sitzung fand ganztätig statt, was eine Verbesserung zur letztjährigen Sitzung von 10 Stunden an einem Nachmittag bis spät am Abend darstellt. Die Beratungen dauerten trotzdem total etwa 13 Stunden. Die Kommission hat den AFP insgesamt positiv aufgenommen. Sie dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung, insbesondere dem Gemeinderat Hans-Ruedi Jung und dem Finanzsekretär Meinrad Hermann für die Ausarbeitung der Unterlagen und das Durchhalten in den langen Kommissionssitzungen. Ich persönlich bedanke mich ausserdem bei der Verwaltung für die flexible Organisation von Räumlichkeiten in den Pallazinen und das Bereitstellen von Verpflegungsmöglichkeiten. Es war für alle befriedigend, die Sitzung trotz den speziellen Umständen mehrheitlich physisch, mit genügend Abstand, durchführen zu können.

Wie dem Dokument zu entnehmen ist, rechnet der Gemeinderat für das Jahr 2021 mit einem Defizit von 4.46 Millionen Franken. Im Vergleich zur im Juni 2020 verabschiedeten «Finanzstrategie 2026» zeigt sich das Ergebnis der Erfolgsrechnung vom Budget 2021 rund eine halbe Million Franken besser als in den Annahmen «Basisszenario mit Massnahmen». Die Finanzdirektion geht mittlerweile nicht mehr vom Szenario «Stress» sondern Szenario «Basis» aus.

Die Gemeinde Horw ist eine jener Gemeinden, die von negativen finanziellen Auswirkungen des AFR 18 betroffen ist. Mit dem letzten AFP 2020 hat die GPK dem Gemeinderat den Auftrag gegeben, beim Kanton auf mehreren Schienen Einfluss zu nehmen. Er hat dies getan, mit schriftlicher Mitteilung an den Regierungsrat, dass der Finanzausgleich inakzeptabel sei. Der Gemeinderat nimmt an der Begleitgruppe AFR18 der K5-Gemeinden teil, die die Folgen der Reform evaluiert und ist in der zuständigen Gruppe innerhalb des VLG tätig. Bisher zeigte die Intervention noch keine Wirkung, da der Kanton erst in den nächsten Jahren genügend Daten erhoben hat, um Nachjustierungen vorzunehmen.

Für die Jahre 2022-24 wird von Defiziten von jeweils 4-5 Millionen Franken ausgegangen. Ab 2025 wird eine Verbesserung angenommen, 2026 wird die Erfolgsrechnung voraussichtlich wieder im Plus sein. Dies hängt mit dem Finanzausgleich zusammen: Dieser wird für die nächsten Jahre höher ausfallen und dann zurück gehen. Zur Erreichung dieser Zielgrössen ist aber weiterhin das Einhalten der speziellen Vorgaben für den Planungszeitraum 2021 bis 2026 gemäss Szenario «Basis» nötig. Im vorliegenden Budgetentwurf für 2021 kann die Gemeinde Horw eine Vorgabe erreichen, zwei Vorgaben knapp nicht erreichen und zwei Vorgaben nicht erreichen.

Die Vorgabe, dass aus den Rechnungsüberschüssen 2018 bis 2020 maximal 20 Millionen Franken zur Abfederung der Defizite eingesetzt werden, wird erreicht. Das Ziel durch Effizienzsteigerung und Überprüfung des Leistungsportfolios durch Effizienzgewinne jährlich real 1% des Personal- und Sachaufwands einzusparen, wird knapp nicht erreicht. Das volle Optimierungspotenzial wird über die nächsten Jahre erreicht.

Die im Jahr 2021 vorgesehenen Investitionen übertreffen die Zielgrösse gemäss Finanzstrategie und Investitionsprogramm um rund 1.4 Millionen. Für baulichen Unterhalt und Instandhaltung in der Erfolgsrechnung sind im Jahr 2021 2'377'500 Franken vorgesehen. Dies liegt knapp unter der Vorgabe von 2.5 Millionen Franken.

Aufgrund der hohen Finanzausgleichszahlungen in den Jahren 2021-2024 ist der Cashflow der Gemeinde Horw ungenügend, um die Investitionen ins Verwaltungsvermögen zu mindestens 50 % mit selbst erwirtschafteten Mitteln zu finanzieren.

Die finanzielle Entwicklung auf der Einnahmenseite bleibt für die Gemeindeverwaltung und den Einwohnerrat schwierig zu prognostizieren. Nur schon Entscheide von einzelnen Steuerzahlenden zum Wegzug, berufliche Veränderungen, Investitionen oder auch Todesfälle können grossen Einfluss haben. Erfreulicherweise berichten die Eigentümer und Verkäufer der neuen Überbauungen von guten Entwicklungen bei Vermietung bzw. Verkauf.

Die Auswirkungen der Coronakrise auf den Finanzhaushalt der Gemeinde Horw sind zu diesem Zeitpunkt ebenfalls schwierig einzuschätzen, hat doch die zweite Welle erst nach Beschluss des B+A durch den Gemeinderat Zug aufgenommen. Bereits berücksichtigt ist die Zunahme der wirtschaftlichen Sozialhilfe aufgrund Corona von 300'000 Franken. Die Auswirkungen auf den Steuerertrag der nächsten Jahre sind aber verständlicherweise noch nicht möglich einzuschätzen.

Der AFP 2021 ist praktisch gleich aufgebaut und gegliedert wie bisher seit der Einführung von HRM 2. Auch für das Jahr 2021 fehlen Bezüge zur Gemeindestrategie, obwohl diese bereits im Jahr 2019 durch den Gemeinderat verabschiedet wurde. Der Einwohnerrat wird erst im Verlaufe des Jahres 2021 das kommende Legislaturprogramm beschliessen. Deshalb wird im vorliegenden AFP 2021 auf keine Legislaturziele Bezug genommen. Dies wurde der GPK bei der Besprechung vom AFP 2020 anders vorausgesagt. Die strategischen Ziele und Massnahmen sind deshalb von den für die Aufgabenbereiche zuständigen Personen aufgrund bisher bekannter Ziele erstellt worden.

Das Universum der Kennzahlen präsentiert sich, wie dies im AFP 2020 und Jahresbericht 2019 beschlossen wurde. Die GPK hat nebst den Indikatoren einige statistische Messgrössen aus den Vorjahren 2018 und 2019 besprochen. Die Auswahl der Indikatoren für die Folgejahre scheinen uns momentan sinnvoll als Budgetierungsgrundlage. Die GPK bleibt aber aufmerksam und wird zu gegebener Zeit auf die Sinnhaftigkeit dieser Statistischen Messgrössen und Indikatoren zurückkommen und mit dem gesamten Einwohnerrat besprechen.

Bisher waren im AFP die Aufgabenänderungen und Projekte, das Globalbudget und Kommentare zu den Kostenarten getrennt. Neu werden nach dem zu beschliessenden Globalbudget Erfolgsrechnung direkt die Aufgabenänderungen und Projekte aufgeführt. Direkte Vergleiche von Veränderungen der Kostenarten zu Bemerkungen und Aufgabenänderungen sind nicht mehr möglich. Es wird sich zeigen, welche Darstellung des AFP für die Gemeinde Horw am zweckdienlichsten ist. Wohl gibt es gleich viele Darstellungsformen des AFP, wie es Gemeinden gibt. Die GPK ist mit der aktuellen Form einverstanden und würde sich ansonsten rechtzeitig wieder dazu äussern.

Der einzige Punkt, wo sich ein Globalbudget durch einen Antrag der GPK verändern wird, ist die Einlage in den Energiefonds im Jahre 2021. Die GPK beantragt hier einen Betrag von 150'000 Franken. Der Gemeinderat hat wie im Jahr 2020 den Betrag von 50'000 Franken vorgeschlagen.

Die GPK ist der Meinung, dass das vorgeschlagene energiepolitische Förderprogramm noch ausgebaut werden kann. Durch die Einlage von 150'000 Franken wird verhindert, dass der Energiefonds noch vor dem Jahresende 2021 aufgebraucht ist. Diese Fördermassnahmen sind alle sehr wichtig zur Erreichung der Energiewende. Verglichen mit anderen Gemeinden in einer ähnlichen finanziellen Situation, ist dieser Betrag nicht überrissen.

Daneben hat die GPK noch einige wenige Detailanträge auf Bemerkung, die ich hier nicht erwähnen möchte.

Die GPK empfiehlt Ihnen mehrheitlich, auf die Beratung des AFP 2021 einzutreten und den vorgelegten B+A mit den Änderungen aus der Detailberatung anzunehmen.

Eintreten BVK

Die BVK hat die für die BVK relevanten Teile des B+A 1664 zum AFP 2021 am 16. November mit Gemeinderätin Astrid David Müller und Gemeinderat Thomas Zemp während knapp 3 Stunden detailliert beraten.

Thomas Zemp stellte einleitend in Aussicht, dass die Rechnung 2020 aufgrund von Sondereffekten besser abschliessen wird als budgetiert. Somit haben sich die Voraussetzungen weiter verbessert, dass die Gemeinde die Herausforderungen der AFR 18 gut meistern wird.

Aktuell sind keine grösseren Investitionen geplant, so dass sich auch die Diskussion der BVK auf wenige Aspekte beschränkt hat. Die BVK hat im AFP unpräzise Formulierungen sowie falsche Kostenangaben festgestellt. Zum Entscheid des Einwohnerrates zum Investitionsprogramm heisst es beispielsweise, dass dieses gutgeheissen wurde, richtig ist jedoch, dass der Einwohnerrat dieses zustimmend zur Kenntnis genommen hat. Die korrekten Zahlen zu falschen Kostenangaben wurden inzwischen nachgeliefert und sind damit geklärt.

Im Bereich Bau und Umwelt sind der BVK die grossen Personalfuktuationen aufgefallen. Der Gemeinderat erwartet, dass mit dem nun stark verjüngten Team eine Stabilisierung erreicht werde. Allerdings stehen Abgänge langjähriger Mitarbeitender in Leitungspositionen an. Die BVK erwartet, dass der Gemeinderat diese Möglichkeit zum Kompetenzaufbau nutzt und dabei auch alle Möglichkeiten der Reorganisation prüft. Die BVK hat auch die Stellenerhöhung im Bereich Natur- und Umwelt diskutiert. Der entsprechende Bedarf ist ausgewiesen und die BVK heisst diese Stellenerhöhung mehrheitlich gut.

Bezüglich des Umgangs mit den Kennzahlen sind wir weiterhin in der Lernphase. Die Entwicklung gibt es deshalb in den nächsten Jahren zu beobachten. Wo sie aber direkt budgetrelevant sind, gilt es aber auch Korrekturen vorzunehmen. Dies ist etwa bei der Wasserversorgung der Fall, wo es keinen Indikator bezüglich des Sanierungsbedarfs gibt, obwohl das Budget direkt davon abgeleitet wird. Die BVK wird eine entsprechende Bemerkung beantragen.

Die BVK hat einstimmig Eintreten und Genehmigung des B+A 1664 beschlossen.

Urs Steiger (L20)

Ebenfalls einstimmig ist sie für zustimmende Kenntnisnahme des Aufgaben- und Finanzplans (AFP) für die Periode 2021-2024, und Genehmigung des Budgets für das Jahr 2021 mit dem entsprechenden Aufwandüberschuss sowie Globalbudgets inkl. der Leistungsaufträge der Aufgabenbereiche 301 (Bau- und Umwelt) und 302 (Gemeindewerke) sowie 501–505 (Immobilien, Liegenschaften Finanzvermögen, Feuerwehr, Werkdienste, Abfall). Weitere punktuelle Bemerkungen der BVK werden in der Detailberatung eingebracht.

Eintreten GSK

Die GSK hat die Aufgabenbereiche 121 und 401 bis 404 des AFP 2021 im Detail beraten. Wir haben folgendes dazu zu sagen:

Hans Stampfli (SVP)

Aufgabenbereich 121 – Bildung (S.42 ff.)

Querungshilfen:

Die Querungshilfen (früher Schülerlotsen) wurden gemäss Vorgaben von bfu und DVS zu Lasten der Gemeinde umgesetzt. Die Gemeinde hat einen externen Partner damit beauftragt.

Maskenpflicht an den Schulen:

Die SekundarschülerInnen erhalten von der Schule pro Halbtage eine neue Maske gratis zur Verfügung gestellt, was die GSK begrüsst.

Aufgabenbereich 401 – Gesundheitswesen (S.98 ff.)

Stationäre Pflege:

Uns ist aufgefallen, dass die stationäre Pflege schlecht ausgelastet ist. Dies liege am Kirchfeld 2, welches 2019 zwar teilweise von Studenten belegt wurde. Die Auslastung ist 2020 etwas gestiegen und wird gemäss der Strategie 2030 als Kernaufgabe im Zentrum stehen.

MVB Plus (Mütter- und Väterberatung):

Die Ausgaben für MVB Plus würden Corona-bedingt tiefer ausfallen, da während des Lockdowns Hausbesuche nicht möglich waren. In dieser Zeit wurde vermehrt telefonisch beraten. Auch heute werden Hausbesuche nur noch in Notsituationen durchgeführt.

Ambulante Pflege:

Die Spitex-Kosten nahmen durch Mehraufwand zu. Man gehe davon aus, dass der Aufwand in den nächsten Jahren durch Überalterung zunehmen wird.

Aufgabenbereich 402 – Familie Plus/Jugend/Kinder (S. 103 ff.)

Lagebeurteilung:

In der Lagebeurteilung steht, dass die Nachfrage nach familien- und schulergänzenden Angeboten in Zukunft weiter ansteigen wird. Dies liege daran, dass zurzeit jedes 3. Kind ein Angebot nutzt. Da ist mit einer Zunahme zu rechnen, wird doch in der Stadt Luzern das Angebot zu 40% genutzt. Zudem ist ein Trend feststellbar, dass vermehrt Frauen/Mütter ihr Pensum aus wirtschaftlichen Überlegungen erhöhen werden. Auch durch Zuzüge werden in Zukunft mehr Familien erwartet. Dadurch ergibt sich unter 402.03 eine Zunahme der Stellenprozente. Wie da im Globalbudget der Seite 107 der Personalaufwand sinkend ist, das ist uns schleierhaft. Ebenfalls, weshalb die Kantonsbeiträge in den kommenden Jahren bei mehr Kindern nicht zunehmen sollten.

Aufgabenbereich 403 – Sozialhilfe und –beratung (S.109 ff.)

Individuelle Sozialhilfe:

Die GSK möchte hervorheben, dass die Rückerstattungsquote Alimenten Inkasso 2019 eine sehr hohe Quote von über 62% aufweist, was überaus erfreulich ist. Dies liege daran, dass die Bewirtschaftung der Verlustscheine durch das Departement Finanzen erfolgt.

Zunahme WSH auf Grund Corona:

Dieser Posten ist eher zu hoch budgetiert, da mit einem Peak erst 2023/24 gerechnet wird, weil dann vermehrt Personen ausgesteuert werden könnten, welche heute von der ALV getragen werden.

Aufgabenbereich 404 – Kultur (S. 114 ff.)

Pflege Kulturgüter:

Die Gemeinde hat einen Kurator beauftragt, welcher das Inventar der gemeindeeigenen Kulturgüter zusammenstellt und pflegt. Dies wird über die Jahre wohl teurer als angenommen, denn es tauchen Kulturgüter auf, von denen man vorher nichts gewusst hatte. So steht z.B. beim Schulhaus Biregg eine Polyester-Skulptur von einem sehr bekannten Luzerner Künstler namens Michael Grossert.

Die GSK bedankt sich beim Gemeinderat und dem Departement Finanzen für die Zusammenstellung des AFP 2021. Wir empfehlen einstimmig Eintreten und nehmen diesen, unter Berücksichtigung GSK relevanten Bereichen, einstimmig und zustimmend zur Kenntnis. Den Budgetbeschluss und die Globalbudgets eingangs erwähnter Aufgabenbereiche empfiehlt die GSK ebenfalls einstimmig zur Annahme. Wir bedanken uns für die Unterstützung von Ruedi Burkard und Claudia Rösli an der GSK-Sitzung.

Eintreten L20

Die L20 hat letzte Woche den Aufgaben und Finanzplan und die Anträge der Kommissionen diskutiert. Alles in allem gab es von Seiten der Fraktion keine grossen Einwände. Es freut die L20, dass sich die finanziellen Prognosen im Vergleich zum Mai gebessert haben. Leider waren damals diese erfreulichen Veränderungen nicht in die vorgestellten Finanzszenarien miteingeflossen, was die L20 begrüsst hätte, damit auch weitere Entwicklungsmöglichkeiten der Finanzlage hätten ausgeleuchtet werden können.

Die Fraktion der L20 wird den meisten GPK- und BVK-Vorstössen folgen und zugleich zwei eigene Anträge formulieren. Damit es nicht grosse Überraschungen gibt, werde ich sie bereits jetzt kurz ausführen. Wir werden dem Rat beispielsweise im Kapitel Bildung einen eigenen Antrag vorstellen. Wir stellen den Antrag auf die Aufnahme einer zusätzlichen Kennzahl bei den Ist-Zahlen, die die Unterbestände in den Schulhäusern in Horw besser aufzeigen soll. Die durchschnittliche Klassengrösse, die heute in der Liste enthalten ist, ist nicht genügend aussagekräftig, d.h. sie spiegelt die Verhältnisse in den Horwer Schulzimmern nur ungenügend wider.

Dem Antrag der GPK, die Einlagen in den Energiefonds im Vergleich zum Vorschlag des Gemeinderates um 100'000 auf 150'000 Franken zu erhöhen, folgen wir. Es ist wichtig, dass der Einwohnerrat in diesem Bereich ein klares Zeichen für die Energiewende setzt, obwohl es uns lieber gewesen wäre, wenn das Zeichen noch deutlicher ausgefallen wäre. So wie das zum Beispiel andere Gemeinden machen, die die ganzen Konzessionsbeiträge in ihre Fonds stecken. Die Gründe dafür wurden ja bereits vorher im Zusammenhang des Energiefondsreglement erläutert.

Charlotte Schwegler
(L20)

Zu guter Letzt wird die L20 im Kapitel Natur und Umwelt einen Antrag auf Änderung beantragen, und zwar soll im Leistungsauftrag die Kommunikation und der Vollzug der Fördermassnahmen mitaufgenommen werden. Das wäre in Bezug zum vorgehenden Beschluss oder Annahme des Förderprogramms eigentlich die logische Konsequenz, dass das den Leistungsauftrag widerspiegelt.

Die L20 wird den B+A AFP 2021 des Gemeinderates zustimmend zu Kenntnis nehmen, das Budget 2021 beschliessen und das Globalbudget bestätigen.

Eintreten CVP/GLP-Fraktion

Die CVP/GLP-Fraktion hat den B+A 1664 eingehend beraten. Das Budget 2021 der Erfolgsrechnung rechnet mit einem Aufwandüberschuss von 4.47 Mio. Franken. Nach mehreren Jahren mit vereinzelt substanziellen Überschüssen, werden nun die erwarteten und angekündigten Veränderungen eintreffen. Diese Änderungen sind nachvollziehbar und kaum beeinflussbar. Erfreulich ist allerdings, dass man sich am «Basisszenario» aus der «Finanzstrategie 2026» und nicht etwa am «Szenario Stress» orientieren kann.

Die Beratung in der Fraktion fokussierte sich hauptsächlich auf Grössen, welche tatsächlich innerhalb der Gemeinde beeinflusst werden könnten, dazu erwähnte ich drei Beispiele. Bei den Budgetierungsgrundlagen haben wir insbesondere die Lohnanpassung bei Verwaltungs- und Betriebspersonal kritisch diskutiert. Aufgrund verfügbarer Erläuterungen erscheint uns diese individuelle Lohnanpassung über 0.5% der Lohnsumme gerechtfertigt, und die als Absolutbetrag 60'000 Franken sind aus unserer Sicht gut eingesetzt.

Ebenfalls Fragen aufgeworfen haben die stark steigenden Kosten für die schulergänzende Kinderbetreuung, welche bereits seit der Rechnung 2019 sichtbar sind. Wir können die Steigerung aufgrund der stetig steigenden Nachfrage zwar nachvollziehen, wünschen uns aber zukünftig eine höhere Transparenz, zum Beispiel in Bezug auf obligatorische oder freiwillige Angebote der Gemeinde.

Im Rahmen des AFP kam auch das Thema Seefeld zur Sprache. Nach intensiver Diskussion in der Fraktion hat sich diese dafür ausgesprochen, dass die Gelder für die erste Etappe gesprochen werden sollen. Dies unter anderem auch deshalb, weil die Fussballfelder in einem schlechten Zustand sind und dringend saniert werden müssen.

Insgesamt erachten wir den AFP 2021 als verständlich und ausgewogen. Die Trennung zwischen den Aufgabenbereichen ist nachvollziehbar. Die Fraktion wird in der Detailberatung keine eigenen Anträge stellen, wir werden uns aber in der Detailberatung zu den Anträgen der GPK und allfällig weiteren Anträgen äussern.

Die CVP/GLP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für das Ausarbeiten des vorliegenden AFP.

Wir sind für Eintreten und Zustimmung für den B+A 1664.

Eintreten FDP

Die Komplexität und das Verständnis dieses Geschäfts ist sicher anspruchsvoll, das hat auch die lange Diskussion in der GPK gezeigt. Die Transparenz und Übersichtlichkeit für die Parlamentarier sind schwieriger als in den alten Budgetierungen. Die Einsicht in die detaillierte Kostenstellenplanung bedingt, dass man eine richtige Übersicht hat. Für ein Milizparlament ist es schlichtweg schwierig, die 148 Seiten gut zu beurteilen, das

Pius Barmet (GLP)

Urs Rölli (FDP)

würde nicht 5 Wochen Vorlaufzeit benötigen, sondern einiges mehr. Darum ist es auch ein Globalbudget, zu dem man sagen könnte, so wollen wir es haben oder auch nicht.

Zu den Kennzahlen: die sind durchaus wichtig und ein griffiges Controllinginstrument. Es ist aber immer noch ein latent vorherrschender Eindruck, dass man die der GPK zuliebe macht und dass man eigentlich nicht die betriebswirtschaftliche Sicht nachvollziehen kann. Es geht wirklich um Transparenz und Offenheit, sodass man einander auf Augenhöhe gegenübersteht. Im Weiteren stellt das Dokument auch ein wichtiges Instrument dar für die Mittelfristplanung. Da haben wir eine proaktive Veränderung des Budgets, da können wir gut steuern.

Die Finanzstrategie 2026 ist aus unserer Sicht wohlwollend aufgenommen worden. Zum Teil überrascht es uns aber, dass gewisse lange geforderte Anliegen doch nicht berücksichtigt worden sind. Ein sorgfältiger Umgang mit den Finanzen ist insbesondere über die überrassene teure Gemeindearchivinvestition schon fragwürdig. Auch die Spitexkosten sind am Explodieren und das vermutlich auch durch die exorbitant teuren Räumlichkeiten, die überdimensioniert sind, sodass man nun ein Gemeindearchiv unterbringt.

Wie jedes Jahr sind leider auch Transferaufwand mit redlichen Abweichungen gegenüber dem Vorjahr aufgetreten. Da konnte man uns leider nicht schlüssig Argumente liefern, woran das eigentlich liegt. Bei den Steuerentwicklungen ist schon verschiedentlich aufgezeigt worden, dass die üppigen Dividendenausschüttungen vorbei sind und jetzt kann man - wie beim Finanzausgleich erkennbar - die nächsten drei Jahre nicht mit einer ausgeglichenen Rechnung rechnen. Der Verlust hält sich in dem Sinn im Rahmen, weil das, was dem Finanzausgleich abgeliefert werden muss, auch in etwa dem entspricht. Im Sachaufwand haben wir erfreut zur Kenntnis genommen, dass man eine klare Priorisierung zu machen versucht und dafür eine Verzichtplanung von 1.7 Mio. macht. Leider fehlt da ein bisschen die Transparenz, auf was wirklich verzichtet wird. Beim Personalaufwand - wie wir schon verschiedentlich gehört haben - sind wir in der GPK sehr ausführlich informiert worden. Es ist natürlich auch aufgrund der Corona-Zeit, die sehr viele Privatpersonen betrifft, da muss man sich fragen, ob es Sinn macht, hier nicht eine Nullrunde zu planen. Da würde man sich gegenüber vielen Privatpersonen, die Probleme haben, solidarisch zeigen.

Beim Raumwesen und Bauwesen: dort haben wir immer wieder den Entwicklungsrichtplan Halbinsel. Der ist ja bereits seit der Vorgängerin von Thomas Zemp im Budget und wir sind der Meinung, dass wir den schon mehrmals gestrichen haben. Aber anscheinend ist da der Gemeinderat resistent und behält das immer schön drin.

Bei den Investitionen sehen wir, dass die Grossinvestitionen jetzt ein wenig vorbei sind und dass man nicht mehr auf Vorrat, sondern bedarfsgerecht, in Zukunft investieren soll. Der Budgetposten Seefeld ist bei uns sehr umstritten, lässt man ihn stehen oder streicht man ihn. Wenn man ihn stehen lässt, ist das wie ein Zeichen zum Projekt und dieses ist - wie man bei unserer Motion gemerkt hat - bei uns nicht auf Gegenliebe gestossen. Die FDP wird diverse Anträge stellen. Wir danken dem Finanzdepartement und allen beteiligten Mitarbeitenden für die umfangreiche Arbeit und die Zusatzinfos anlässlich der GPK-Sitzungen. Die FDP unterstützt die GPK-Anträge.

Wir sind für Eintreten und mehrheitlich Zustimmen des B+A 1664.

Eintreten SVP

Die SVP-Fraktion hat den Aufgaben- und Finanzplan 2021 weitgehend positiv aufgenommen. Er hat aber ein paar Fragen aufgeworfen und mit Blick auf die kommenden «mageren Jahre» wären aus unserer Sicht ein paar Änderungen erforderlich. Wir werden grundsätzlich Mehrausgaben ablehnen, damit das Defizit nicht noch grösser wird.

Reto von Glutz (SVP)

Fakt ist, dass die Gemeinde Horw nun deutlich die ersten Auswirkungen von AFR 2018 spürt wie insbesondere die zusätzlichen Kosten für Heimbewohner, Ergänzungsleistungen, Prämienverbilligungen, Kosten Spitexdienstleistungen – dies alles zusätzlich erschwert durch die Wirtschaftskrise als Folgen des Corona-Virus. Deren Dauer und finanziellen Auswirkungen sind die grosse unbekannte Komponente, auch auf der Einnahmenseite. Darum ist erst recht grosse Vorsicht auf der Ausgabenseite angebracht, gerade dort, wo wir Vertreter der Bevölkerung wirklich noch Einfluss nehmen können. Denn genug viele Auslagen sind einfach gesetzt, namentlich die Investitionen in die Infrastruktur, Bildung und Gesundheit – bei letzterer Position gerade die infolge AFR 18 zusätzlichen Mehrkosten für Heimbewohner, Ergänzungsleistungen, Prämienverbilligungen und andere Sozialleistungen.

Die Investitionen werden aktuell zwar durch das tiefe Zinsniveau von Fremdkapital noch begünstigt. Ich sage es aber auch dieses Jahr: Wir müssen uns bewusst sein, dass viele Auslagen und Investitionen nur dank tiefer Zinsen und bei strenger Kostenkontrolle möglich sind. Auch wenn die Aufnahme von viel Fremdkapital sich weiter nach hinten verschiebt, so werden wir es zu einem späteren Zeitpunkt voraussichtlich schon benötigen, und dann wird sich auch die Nettoverschuldung pro Einwohner verschieben. Der Anstieg der Verschuldung wird also nur aufgeschoben, nicht aufgehoben, darum müssen wir wachsam bleiben und Investitionen möglichst gleichmässig verteilen.

Das Eigenkapital können wir teilweise nur knapp, aber doch permanent über der Limite von 80% halten – wir setzen uns dafür ein, dass dies so bleiben kann.

Es gehört grundsätzlich zu unserer Aufgabe, im Umgang mit Steuergeldern Disziplin walten zu lassen und aufzupassen, dass Gemeinderat und Parlament nicht gleich jeden Franken für immer neue Projekte und zusätzliche Stellen ausgeben. So werden wir u.a. den Antrag der GPK bezgl. zusätzlicher Einlage in den Energiefonds ablehnen. Hingegen verzichten wir dieses Jahr auf Stellenreduktionsanträge.

Wir erwarten, dass wir mit den Auslagen sorgfältig umgehen. Das gilt namentlich auch für die Bildung. Hier ein kleines Beispiel, das seit Jahren zu Buche schlägt - ich darf es hier mal sagen - von unserer Seite her, dass man mit den Kopien an Schulen vorsichtiger umgeht, gerade in einer Zeit, in der man die IT an den Schulen ausbaut.

Zu einzelnen Projekten der Investitionsrechnung wie namentlich den Energiefonds, das Betriebs- und Gestaltungskonzept Ringstrasse oder verschiedene Arealplanungen, wird sich die SVP-Fraktion in der Detailberatung äussern.

Meine Damen und Herren – Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen – wir gehen auf magere Jahre zu und wir haben mit so vielen Verpflichtungen und Mehrauslagen in unsere Gemeinde einfach auch kritischer zu budgetieren. In dieser Ausgangslage können wir froh sein, dass der Steuerfuss bei 1.45 Einheiten bleiben soll. Wir sind damit natürlich einverstanden. Eine Steuerfusserhöhung kommt für uns sicher nicht in Betracht, schon gar nicht für 2021. Über mehrere Jahre betrachtet wäre dank den grossen Überschüssen in den Vorjahren eigentlich weiter eine Steuersenkung angebracht. Damit würden die in jenen Jahren zu viel bezahlten Steuern den Steuerzahlenden zugutekommen und sie werden nicht einfach mit höheren Ausgaben über die nächsten Jahre aufgebraucht. Bedenken Sie: wäre es umgekehrt gewesen, d.h. deutlich tiefere Einnahmen, so hätten wir längst eine Steuererhöhung.

Die SVP-Fraktion stellt grundsätzlich ihre Zustimmung zu den einzelnen Globalbudgets in Aussicht und ist für zustimmende Kenntnisnahme des AFP 2021-24. Ich weise den Einwohnerrat aber darauf hin: wenn sich in dieser Budgetdebatte das Defizit massiv vergrössern sollte, dann muss sich das unsere Fraktion wirklich nochmal gut überlegen,

denn wir können gegenüber unseren Wählern nicht verantworten, dass die Grube - das Defizit von 4.5 Mio - noch grösser wird.

Abschliessend danken wir den Mitarbeitenden im Finanzdepartement für die vorbereitenden Arbeiten und sind für Eintreten auf den AFP 2021.

Ich danke Ihnen für die vertiefte Auseinandersetzung mit dem Aufgaben- und Finanzplan 2021. Wir haben - da spreche ich für meine Kolleginnen und Kollegen aber auch für die Mitarbeitenden der Verwaltung - gemerkt, dass Sie sich intensiv damit auseinandergesetzt und Sie Ihre Aufgabe ernst genommen haben. Ich möchte auch den Sprecherinnen und Sprechern danken, die den Dank an die Verwaltung ausgesprochen haben. Es ist immer gut zu hören, wenn man etwas richtig macht, dass man nicht alles falsch macht.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Zur Steuerstrategie, die kurz angesprochen wurde. Die Steuerstrategie ist ein Teil der Finanzstrategie und es ist nicht so, dass dies nicht berücksichtigt wurde. Wenn Sie die Szenarien vor dem Ergreifen von Massnahmen anschauen: Dort haben wir von rückläufigen Steuern, von zusätzlichen Steuern, von gleichbleibenden Steuern gesprochen; also durchaus sind in den Szenarien auch veränderte Steuervoraussetzungen eingerechnet worden. Aber ich kann etwas nicht ändern. Wir haben eine sehr breite Anzahl Steuerzahlerinnen und Steuerzahlen, die einfach den Grundstock des Steueraufkommens aufbringen. Da unterscheidet sich die Gemeinde Horw nicht von anderen Gemeinden, weder von Kriens noch von Emmen oder sonst einer anderen Gemeinde. Wir haben diesbezüglich genau die gleiche Struktur an Steueraufkommen. Was uns unterscheidet sind ein paar sehr starke Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Es sind Personen, die in einer ganz anderen Liga Steuern zahlen und es sind genau auch die, die bis Ende Jahr jeweils ihre Entscheidungen treffen können, sei es wo sie ihren Wohnsitz haben, ob sie Dividenden ausschütten, ob sie sich selber und in welcher Höhe Lohn auszahlen. Genau das macht es unsicher in der Budgetierung. Wenn wir ausschliesslich den Grundstock des überwiegenden Teils der Steuerzahlenden hätten, dann könnte man in etwa von gleichbleibendem Steueraufkommen ausgehen. Aber weil wir im Bereich der starken Steuerzahler relativ hohe Ungewissheiten haben, haben wir auch beim Budgetieren entsprechende Ungewissheiten. Das bringen wir nicht weg. Das liegt in deren Freiheit und damit müssen wir leben können. Ich bin natürlich froh, wenn die Überraschung jeweils eher Richtung positiv als Richtung negativ geht, aber letztlich muss ich einfach entgegennehmen, was die Personen für sich entscheiden. Ich denke, es ist eine wichtige Aussage, damit Sie beurteilen können, warum wir manchmal pessimistisch budgetieren, weil wir einfach das Gefühl haben, aufgrund des Wissensstandes zum Zeitpunkt der Budgetierung, sieht es so aus. Wir sind aber in Kontakt mit den Steuerzahlenden und sie schätzen das auch. Darum erhalten wir immer wieder unter dem Jahr Mitteilungen, wie sich die Verhältnisse bei den betreffenden Steuerzahlenden verändern könnten. Das ist halt manchmal nach dem Budgetierungsprozess und darum stimmt dann manchmal das Budget beim Steueraufkommen nicht überein mit dem, was dann tatsächlich erreicht werden kann. Das wollte ich einfach als Erklärung vorab nehmen. Ich verstehe Sie, wenn Sie sagen, ja können die nicht richtig Steuern budgetieren. Es gibt einfach gewisse Unwägbarkeiten. Das einleitend. Ich glaube, wir steigen am besten gleich in die Detailberatung ein.

Detailberatung

8.1 Aufgabenbereich 111 – Behörden, ab Seite 24

8.2 Aufgabenbereich 112 – Stabsdienste, ab Seite 29

1.2 Strategische Ziele und Massnahmen bzw. 1.1 Lagebeurteilung

Ich habe hier eine Bemerkung in eigener Sache, und zwar auf Seite 24 Aufgabenbereich Behörden unter Strategische Ziele und Massnahmen und dann auf Seite 29 Lagebeurteilung (nicht unter Ziele), dort heisst es: «ein **rein** digitaler Geschäftsverkehr wird mit dem Gemeinderat und dem Einwohnerrat angestrebt».

Dies ist sicherlich die Zukunft, doch bitte ich nicht diktatorisch vorzugehen. Das System soll gewisse Freiheiten zulassen, um die Einwohnerräte selbst entscheiden zu lassen wie viel digital gearbeitet werden soll. Nach einem Arbeitstag am PC möchte man vielleicht etwas Abwechslung und gewisse Geschäfte lieber in Papierform studieren, als nochmals elektronisch zu arbeiten. Zudem soll der Gemeinderat nicht auf Kosten des Einwohnerrates Geld sparen mit nicht kopieren, zusammenstellen und versenden von Unterlagen. Dabei geht es auch um die Gesundheit, jeder soll selbst entscheiden, wie viel Bildschirmzeit sein Körper verträgt. Dies ist ein laufender Prozess. Umso besser das System, umso einfacher wird dies in unsere Arbeitswelt automatisch einfließen. Somit bitte keinen Zwang, verlangt doch das politische Engagement viel Freiwilligenarbeit. Das war mein Statement, das ich hier abgeben wollte zu dem rein digitalen Geschäftsverkehr.

8.4 Aufgabenbereich 121 – Bildung, ab Seite 42

1.2 Strategische Ziele und Massnahmen

Die GPK hat auf Seite 42 bei den strategischen Zielen im Aufgabenbereich Bildung beschlossen, folgenden Antrag auf Bemerkung zu stellen: «Der digitale Unterricht (inkl. Lehrmittel) wird als Strategieziel aufgenommen.»

Auf Seite 44 ist unter Schulentwicklung aufgeführt: Förderung des digitalen Unterrichts und Förderung der digitalen Lehrmittel. Wir sind uns bewusst, dass die Infrastruktur vorhanden oder vom Rat bewilligt worden ist. Wir halten uns auch daran.

Abstimmung:

Antrag der GPK auf Bemerkung: «Der digitale Unterricht (inkl. Lehrmittel) wird als Strategieziel aufgenommen.»

Der Antrag wird mit 26:0 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, angenommen.

113.01 Gemeindearchiv, Seite 39

Ich habe ein Rückkommen auf Seite 39. Die FDP-Fraktion ist grossmehrheitlich der Meinung, dass das Gemeindearchiv in den neuen Räumen nicht opportun ist, dass dies eigentlich ein Luxusproblem der Gemeinde Horw ist, dass sie die übrigen Räume nicht extern weitervermieten können, sondern dass dort ein Gemeindearchiv untergebracht werden soll. Die FDP-Fraktion ist für Streichung dieses Postens von 47'000 Franken und Folgejahre.

Es ist schon lange Wunsch der Horwer Bevölkerung, dass man das Gemeindearchiv im Zentrum hat und dies auch entsprechend besucht werden kann. Die Räumlichkeiten an

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Lukas Bucher (L20)

Ruedi Burkard (FDP)

Ivan Studer (CVP)

Urs Röllli (FDP)

Ruedi Burkard (FDP)

der Allmendstrasse eignen sich hervorragend für ein Gemeindearchiv. Ich muss auch sagen, dass die Räumlichkeiten für die Weitervermietung an irgendeine Unternehmung relativ ungeeignet wären, für ein Archiv eignen sie sich einwandfrei. Sie sind an einem guten Standort und für die Bevölkerung ideal zu erreichen. Ich denke, es steht der Gemeinde Horw gut an, das Archiv nicht im Werkhof unten zu haben, sondern wirklich im Zentrum unserer Gemeinde und darum mache ich Ihnen beliebt, den Antrag abzulehnen.

Es kommt einem vor, es handle sich nicht um ein Gemeindearchiv, sondern um ein Gemeindemuseum. In den 90er-Jahren war das im Einwohnerrat auch Diskussion, im Winkel war es mal Thema, im Zollhaus. Dies hat man abgelehnt, weil man es nicht als notwendig erachtet hat. Man muss sich jetzt einfach die Kosten vorstellen: 30'000 Franken Miete. Auf privater Basis, wenn jemand eine Wohnung mieten will, muss er einen Lohn von zwischen 7'000 und 9'000 Franken heimbringen. Ich finde es nicht opportun, dass man dort ein Archiv präsentieren will. Ich finde, wenn man Sachen hat, die man präsentieren will, dann muss man sie halt aus dem Archiv herausnehmen, vielleicht hier draussen im Foyer oder im Gemeindehausfoyer ausstellen oder aufhängen wenn das Bilder sind, und nicht einfach einen Raum so konzipieren. Ich staune, dass man den Raum in einem Neubau nicht weitervermieten können soll, dass dies ein schlechter Raum sein soll. Da staune ich noch zusätzlich zu den 30'000 Franken im Jahr.

Urs Rölli (FDP)

Wie gesagt, das sind Wünsche aus der Bevölkerung, die der Gemeinderat hier erfüllt. Sie sind Volksvertreter, entscheiden Sie über den Antrag.

Ruedi Burkard (FDP)

Etwas zur Qualität des Raumes. Er ist sicher geeignet für ein Archiv, aber sicher nicht geeignet für eine externe Vermietung. Es ist so, dass man zwei Fensterfronten hat, die im 90 Grad-Winkel zueinanderstehen, und beide Fensterfronten schauen gerade an das nächste Haus heran. Auf der einen Seite an die Migros, auf der anderen Seite an das Hochhaus. Es ist relativ dunkel und auch ein bisschen tief von der Decke her. Es ist gut geeignet für ein Archiv, aber für eine Vermietung ganz sicher nicht. Auf jeden Fall nicht zu dem Marktpreis, den sich Herr Rölli hier vorstellt. Ich würde beantragen, den Posten im Budget zu belassen.

Astrid David Müller (SVP)

Abstimmung:

Antrag der FDP, den Betrag 2021 in der Höhe von 47'000 Franken für den Bezug Gemeindearchiv Allmendstrasse zu streichen.

Ivan Studer (CVP)

Der Antrag wird mit 4:23 Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.

8.4 Aufgabenbereich: 121 - Bildung, ab Seite 42

Primarstufe, Seite 45

Der zweite Antrag heute von der GPK. Unter 8.4 Aufgabenbereich 121 - Bildung, auf Seite 45, unter Leistungsgruppe Primarstufe beantragen wir: «Der Leistungsbeschreibung Primarstufe bezüglich Schwimmunterricht soll so präzisiert werden, dass der obligatorische und der fakultative Teil ersichtlich werden. Bis 4. Klasse ist der Schwimmunterricht verpflichtend, in der 5. bis 6. Klasse freiwillig.» Begründung dazu ist - im Sinne der Transparenz - dass wir wissen, was im Falle eines Falles freiwillig und was verpflichtend ist.

Lukas Bucher (L20)

Ihr Auftrag ist uns Befehl.

Ruedi Burkard (FDP)

Abstimmung:

Antrag der GPK: «Der Leistungsbeschrieb Primarstufe bezüglich Schwimmunterricht soll so präzisiert werden, dass der obligatorische und der fakultative Teil ersichtlich werden. Bis 4. Klasse ist der Schwimmunterricht verpflichtend, in der 5. bis 6. Klasse freiwillig.»

Ivan Studer (CVP)

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

In der 5. und 6. Klasse ist der Schwimmunterricht freiwillig. Was ist der Grund? Sind es einfach ältere Kinder oder was ist dort der Beweggrund? Den hätte ich noch gerne gewusst.

Reto Eberhard (SVP)

Das sind kantonale Vorgaben. Im Kanton Luzern sind nicht alle Seegemeinden. Es ist eine kantonale Vorgabe, dass man den Schwimmunterricht bis zur 4. Klasse als obligatorisch erklärt hat. Da geht man davon aus, dass dann die Kinder tatsächlich schwimmen können. Aber die Horwer Kinder können dann ein bisschen besser schwimmen und sogar tauchen, wenn sie in der 5. und 6. Klasse den Schwimmunterricht auch noch besuchen. Ich denke, das steht einer Seegemeinde sehr gut an.

Ruedi Burkard (FDP)

3.1 statistische Messgrößen (IST-Zahlen), ab Seite 49

Die L20 beantragt die Einführung einer weiteren Kennzahl: «Varianz der Klassengrößen der Primarschul- und Kindergartenklassen» - geografisch für jedes Schulhaus aufgelistet - soll im Bereich der Bildung aufgenommen werden.

Charlotte Schwegler (L20)

Weshalb noch eine Kennzahl, fragen Sie sich jetzt vielleicht. Bei der Debatte in diesem Bereich ist uns aufgefallen, dass die Kennzahlen zu den durchschnittlichen Klassengrößen nicht viel aussagend sind. Diese neue Kennzahl zeigt dem Einwohnerrat oder der Bevölkerung auf, in welchen Teilen in Horw es welche Klassenauslastung gibt bzw. wo es die grössten Abweichungen vom Mittelwert gibt – also Unter- oder Überbestände in einzelnen Klassen. Ohne diese Kennzahl fehlen wichtige Informationen für raumplanerische Entscheidungen – beispielsweise wo braucht es jetzt wirklich einen neuen Kindergarten – und finanzielle Entscheidungen. Wieso werden neue Klassen trotz Unterbeständen bzw. Strafzahlungen geschaffen.

Wenn Ihnen diese Kennzahl bei der Entscheidungsfindung weiterhilft, dann werden wir Ihnen diese das nächste Jahr liefern.

Ruedi Burkard (FDP)

Abstimmung:

Antrag der L20 Einführung zusätzliche Kennzahl «Varianz der Klassengrößen der Primarschul- und Kindergartenklassen», geografisch für jedes Schulhaus aufgelistet.

Ivan Studer (CVP)

Der Antrag wird mit 26:1 Stimmen, bei 1 Enthaltung, angenommen.

8.5 Aufgabenbereich: 201 - Organisation und Personal, ab Seite 59

Mobilitätsbeitrag, Seite 63

Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass der Mobilitätsbeitrag, welcher ausbezahlt wird - insbesondere, dass von Gemeindemitarbeitern günstiger parkiert werden kann - nicht mehr opportun ist und eigentlich für die Energiestadt Horw kein Ziel sein sollte. Darum sind wir der Meinung, der Betrag sei zu streichen, dass die Parkplätze nicht mehr subventioniert sind, sondern das ist grundsätzlich den Mitarbeitern überlassen und im Lohn inbegriffen.

Urs Rölli (FDP)

Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Wenn Sie bei Arbeitgebern auf der Landschaft herumschauen, dann sehen Sie, dass namhafte Arbeitgeber unter dem Titel «Benefits» immer solche Vergünstigungen haben. Ich rede nicht nur von Parkplätzen, sondern auch vom öffentlichen Verkehr. Genau das war das Bestreben des Gemeinderates, dass man die althergebrachte Vergünstigung der Parkplätze verteuert und dafür diejenigen, welche den öffentlichen Verkehr benutzen oder mit dem Velo kommen, mit einem Mobilitätsbeitrag gleichstellt. Wenn Sie jetzt den Betrag streichen, dann haben Sie zwar etwas eingespart, aber Sie haben keine Lenkung und Sie stellen unsere Mitarbeiter gegenüber anderen Mitarbeitern von anderen Gemeinden oder privaten Arbeitgebern - ich rede von SBB, Migros, Coop, Schindler und von weiteren KMU's, die solche Vergünstigungen für die Mobilität ihrer Mitarbeiter ermöglichen - schlechter. Ich bitte Sie, jetzt nicht die Attraktivität unserer Gemeinde als Arbeitgeberin aufs Spiel zu setzen mit dem Streichen solcher Benefits.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Abstimmung:

Antrag FDP zur Streichung Mobilitätsbeitrag an die Mitarbeitenden der Gemeinde.

Ivan Studer (CVP)

Der Antrag wird mit 7:19 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, abgelehnt.

8.7 Aufgabenbereich 203 - Finanzdepartement Übriges, ab Seite 71

35 – Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen, Seite 74

Seitens GPK stellen wir beim Energiefonds auf Seite 74 folgenden Antrag: «Die Einlage in den Energiefonds im Budget 2021 beträgt 150'000 Franken.» Die Gemeinde Horw kann es sich leisten, mit einem wirksamen energiepolitischen Förderprogramm einen grossen Beitrag für die Energiewende zu leisten. Wie der Gemeinderat selber in der Gemeindestrategie 2030 geschrieben hat, schafft Horw optimale Rahmenbedingungen für innovatives Unternehmertum und begegnet Neuerungen offen und interessiert. Wo, wenn nicht im Energiesparen wird in Horw namentlich in den HSLU an Innovationen geforscht? Finanziell sind die vorgeschlagenen 150'000 Franken ungefähr in dem Rahmen, wie sie auch andere Gemeinden mit Energiefonds ihre Konzessionsabgaben von elektrischen Netzbetreiber in den Energiefonds einlegen müssen.

Lukas Bucher (L20)

Ich erlaube mir das Beispiel der Gemeinde Meggen im Kanton Luzern. Sie haben ebenfalls einen Energiefonds. Ihrem Budget 2021 kann man entnehmen, dass sie von der CKW pro Jahr 310'000 Franken an Konzessionsabgaben für Durchleitungsrechte einnehmen und diesen Betrag will der Gemeinderat von Meggen weiterhin zweckgebunden für energetische Massnahmen in den Energiefonds einlegen. Fördergesuche für Beiträge aus dem Energiefonds haben sich im Jahr 2019 auf 2020 praktisch verdoppelt. Es wird mit Gesuchen in der Höhe von rund 180'000 Franken gerechnet. Meggen legt also den ganzen Betrag der Konzessionsabgaben von 310'000 Franken in den Energiefonds ein und hat etwas ungefähr halb so viele Einwohner wie wir. Zudem ist auch der Massnahmenkatalog in Meggen länger als in Horw vorgesehen wäre, weil der Gemeinderat im aktuell vorliegenden Förderprogramm von weniger Geld ausgegangen ist. Wie Sie sicher wissen, muss Meggen im nächsten Jahr 2021 mit einem Aufwand von 8.1 Mio. Franken für den Finanzausgleich rechnen. Horw hingegen mit einem Aufwand von 4.4 Mio. Franken, was aber natürlich deutlich weniger ist.

Auslagen sind tief zu halten und Mehrkosten zu vermeiden, wie im Eintreten der SVP-Fraktion deutlich erwähnt. Erst recht, wenn es jetzt um neue Kosten geht wie die Einlage in den Energiefonds zur Folge hat. Wir haben einen moderaten Antrag des Gemeinderates im Umfang von 50'000 Franken. Die SVP-Fraktion wird einen derart moderaten Zustupf und damit eine Erhöhung auf 100'000 Franken für die Umsetzung

Reto von Glutz (SVP)

dieses Energiefonds unterstützen. Energie soll auch in Horw förderbar werden, aber im Mass. Gerade in Zeiten, in denen wir auf Defizite zugehen. Wir fangen an mit 4.466 Mio., meine Damen und Herren, das ist erst der Anfang und es gilt einfach Mehrausgaben zu vermeiden. Es gibt auch keinen Anspruch auf einen energiepolitischen Subventionsservice auf allen Staatsebenen. Schliesslich gibt es bereits Förderbeiträge von Bund und Kanton und das alles zu Lasten der Steuerzahler. Darum: Vernunft im Umgang mit Steuergeldern und vor allem erstmals den tatsächlichen Bedarf abwarten. Denn sollte das Guthaben nicht ausreichen, was von mitte-links schon sehr befürchtet wird, dann kann der Einwohnerrat bereits in 12 Monaten eine angemessene Anpassung vornehmen.

Und das mit den Anreizen: diese rein finanziell zu begründen, ist sachlich billig. Wie wollen Sie der Bevölkerung das Verschieben von Investitionsprojekten wie Schulhäusern erklären und gleichzeitig einen Energiefonds im sechststelligen Betrag öffnen? Mit derart hohen Einlagen wird unsere Horwer Politik den Bogen definitiv überspannen. So schön das wäre, aber in der Realität können wir uns - entgegen dem Votum von Herrn Bucher - eine Steigerung von 100'000 Franken nicht leisten. Darum plädiere ich für die Unterstützung des gemeinderätlichen Vorschlags.

Ich möchte kurz dazu etwas sagen. Wir haben letztes Jahr bereits 50'000 Franken für diesen Fonds gesprochen. Jetzt will der Gemeinderat wieder 50'000 Franken sprechen. Das heisst, nächstes Jahr sind dann 100'000 Franken im Fonds, die jetzt einfach mal bereit sind für irgendwelche Förderprogramme, die wir jetzt vorgelegt erhalten haben. In einem Jahr sind wir wieder hier und dann wird uns der Gemeinderat sicher ganz klar zeigen, ob das Geld reicht, ob wir es aufstocken müssen oder ob wir bei den 50'000 Franken bleiben können. Ich glaube, da müssen wir einfach ein bisschen mehr Geduld haben. Ich verstehe die L20-Fraktion und die GPK-Mehrheit, dass sie gerne hochfahren würden, aber die Idee ist ja auch, dass man das Geld einsetzen kann. Wie wir informiert worden sind, ist der Bedarf noch nicht wirklich da. Aber ich glaube, 100'000 Franken im Fonds sind doch schon mal ein schöner Batzen, mit dem man arbeiten kann.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Die CVP/GLP-Fraktion war im Bild über den Antrag der GPK und hat darüber beraten. Wir haben zu Beginn der heutigen Sitzung dem Reglement Energiefonds zugestimmt. Das Reglement gibt dem Einwohnerrat die Kompetenz, die Einlagen in den Energiefonds jährlich festzulegen. In Bezug auf 2021 sind wir der Ansicht, dass wir mit einem grosszügig alimentierten Fonds starten sollten. Es wäre ein falsches Signal, wenn wir im ersten Jahr mit der Lancierung des Fonds nicht alle Anträge befriedigen könnten. Energieeffizienz, CO2 neutrale Energie-Erzeugung und Klimaschutz sind heute prioritäre Themen. Im Hinblick auf die jährlich anpassbaren Einlagen und den Fakt, dass das Geld auch bei Nichtgebrauch weiterhin verfügbar ist, unterstützt die CVP/GLP-Fraktion mehrheitlich den Antrag der GPK für eine Einlage von 150'000 Franken.

Pius Barmet (GLP)

Abstimmung:

Antrag der GPK: «Die Einlage in den Energiefonds im Budget 2021 beträgt 150'000 Franken.»

Ivan Studer (CVP)

Der Antrag wird mit 19:9 Stimmen, bei 1 Enthaltung, angenommen.

Wir haben jetzt gerade über 150'000 Franken für den Fonds abgestimmt und zugestimmt. Jetzt würde ich aber beliebt machen, dass man zum Beispiel die 150'000 Franken in den Fonds einzahlen, davon zum Beispiel 50'000 Franken nehmen würde, um damit auch die gemeindeeigenen Immobilien aufrüsten respektive verbessern könnte. Ich möchte gerne vom Gemeinderat wissen, ob so etwas möglich ist und die 50'000 Franken dort investiert werden könnten.

Reto Eberhard (SVP)

Das geht so nicht. Sie haben jetzt 150'000 Franken in den Fonds eingelegt und der Fonds darf nur verwendet werden für Projekte von Dritten. Wir dürfen gemeindeeigene Projekte nicht über diesen Fonds finanzieren, weil das eine Umgehung des Finanzhaushaltsgesetzes wäre, welches Transparenz und Fairness verlangt. Das heisst, wir müssen Ihnen Ausgaben, die wir selber haben, transparent darlegen und nicht einfach in einen Fonds einlegen und nachher bei Gelegenheit eine Entnahme aus dem Fonds tätigen. Kommt hinzu, dass Sie dies nun in den Fonds einlegen. Wenn Sie aber je nach Projekt, welches Sie auf gemeindeeigenen Liegenschaften realisieren, eine gewisse Schwelle überschreiten, geht es nicht mehr in die laufende Rechnung, sondern in die Investitionsrechnung. Die Vermischung können wir nicht machen. Von dem her müsste man dann bei den gemeindeeigenen Liegenschaften - sei es im Verwaltungsvermögen oder im Finanzvermögen - den Antrag stellen, aber nicht jetzt bei diesem Fonds. Dort können wir wirklich nichts finanzieren, was gemeindeeigene Liegenschaften betrifft.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Es ist mir durchaus bekannt, dass man vom Fonds so direkt nichts herausnehmen kann. Das war nicht die Meinung, sondern es war mehr die Frage, ob man zum Beispiel 50'000 Franken, wie wir jetzt über die 150'000 Franken abgestimmt haben, zum Beispiel 100'000 Franken einzahlen - wir haben es ja noch nicht einbezahlt - ob das eine Variante wäre. Aber eventuell gibt es das dann im Verwaltungsvermögen, dass man dies dort anschauen könnte, ob es dort sinnvoll wäre.

Reto Eberhard (SVP)

Ja, aber Sie haben nun gerade beschlossen, 150'000 Franken in den Fonds einzulegen. Also wären das, was Sie beim Verwaltungs- oder Finanzvermögen beantragen, einfach nochmals 50'000 Franken zusätzlich. Das ist das Problem. Sie haben jetzt beschlossen, 150'000 Franken in den Fonds einzulegen.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

8.8 Aufgabenbereich 301 - Bau und Umwelt, ab Seite 77

Leistungsgruppe Natur- und Umwelt, Seite 80

Die L20 stellt den folgenden Antrag auf Änderung: Die Leistungsgruppe Natur und Umwelt soll durch «Aktive Kommunikation der Fördermassnahmen des energiepolitischen Förderprogrammes und Prüfung und Vollzug der Fördermassnahmen» ergänzt werden. Nach dem Beschluss des energiepolitischen Programmes ist dies die logische Konsequenz.

Charlotte Schwegler
(L20)

Das wird bei uns im Bereich Natur und Umwelt eine Aufgabe sein und so gesehen ist es korrekt, wenn man das im AFP 2021 entsprechend ergänzt.

Thomas Zemp (CVP)

Abstimmung:

Antrag der L20 auf Änderung: «Die Leistungsgruppe Natur und Umwelt soll durch «aktive Kommunikation der Fördermassnahmen des energiepolitischen Förderprogrammes und Prüfung und Vollzug der Fördermassnahmen» ergänzt werden.»

Ivan Studer (CVP)

Der Antrag wird mit 22:6 Stimmen, bei 1 Enthaltung, angenommen.

479007 Entwicklungsrichtplan Halbinsel, Seite 87

Der Antrag der GPK lautet, die Position 479007 Entwicklungsrichtplan Halbinsel für 2022 zu streichen. Wie heute schon erwähnt worden ist, ist das ein Projekt, das schon länger läuft und nach mehrheitlicher Meinung der GPK im 2022 nicht mehr enthalten sein soll. Selbstverständlich nur ein Antrag auf Bemerkung.

Lukas Bucher (L20)

Auch wenn der Antrag eigentlich nicht relevant ist für die Beratung des Budgets 2021,

Thomas Zemp (CVP)

bitte ich Sie trotzdem den Antrag abzulehnen. Es gibt den Bericht und Antrag 1610, der heisst «Entwicklungsrichtplan Horwer Halbinsel». Darin haben wir Ihnen aufgezeigt, was aus dem Richtplan an Restanzen zum Umsetzen ist und es hat noch Sachen darin, z.B. Parkleitsystem, das man prüfen sollte. Wir haben dafür im 2020 80'000 Franken eingestellt. Wir haben das Geld nicht gebraucht und darum haben wir auch im 2021 nichts budgetiert, weil wir einen Budgetübertrag machen werden. Aber wir gehen davon aus, dass im 2022 durchaus wieder etwas gebraucht werden könnte. Von dem her gesehen ist es sinnvoll, wenn man dies dann diskutiert, wenn auch tatsächlich der Zeitpunkt dafür ist. Es ist nicht so, dass der Einwohnerrat den Entwicklungsrichtplan abgelehnt hat, sondern es gibt durchaus Pendenzen daraus, die Sie uns beauftragt haben weiter umzusetzen.

Ich habe genau diesen B+A vor mir. Darin haben wir ziemlich viel gestrichen. Wir haben zum Beispiel die Fachkommission Halbinsel aufgelöst, weil es sie nicht mehr benötigt hat. Darin ist zum Beispiel 2014 das Budget von 80'000 Franken bereits enthalten. Da heisst es genau, dass man dies im Moment nicht braucht und nicht gebraucht hat und wenn man schaut, für was das alles heute noch gebraucht wird, dann sind das alles Sachen, die neu sind, wie z.B. die Mountain-Bike-Strecke im Bireggwald. Das ist etwas Neues, hat aber mit dem Entwicklungsrichtplan Horwer Halbinsel nichts zu tun. Und da sind Sachen, die fortlaufend neu ins Budget kommen. Es macht definitiv keinen Sinn, wenn wir dies einfach weiterziehen. Wie gesagt, es war 2014 bereits enthalten, also die 80'000 Franken können wir gerne für etwas anderes gebrauchen. Vor allem jetzt, wo man lieber etwas für die Energiewende einsetzt als für die Entwicklung der Halbinsel. Ich bitte Sie, die Streichung zu unterstützen.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Wenn man die Unterlagen studieren würde, dann sähe man, was unter den Perimeter der Halbinsel fällt. Dort gehört der Bireggwald auch dazu. Es war damals schon Thema, dass man sich mit der Problematik wie Reiter und Biker im Wald auseinandersetzt. Solche Sachen kann man aus dem Entwicklungsrichtplan heraus anstossen. Beispielsweise ist auch das Projekt Umgestaltung Wiese Rüteli Teil des Entwicklungsrichtplan. Das hat man nun angestossen und es hat ein Projekt daraus gegeben. Ich darf Sie erinnern, dass der Einwohnerrat den Planungsbericht, den ich damals gemacht habe, zustimmend zur Kenntnis genommen hat, und zwar mit 18 zu 7 Stimmen. Es gab ein paar Anträge, unter anderem von der FDP, die gefunden hat, dass man kein Parkleitsystem prüfen soll, das ist aber mit 5 zu 17 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, abgelehnt worden. Es ist mit 21 zu 2 Stimmen, bei 1 Enthaltung, klar der Auftrag erteilt worden, dass wir ein Informationskonzept im Umfang von 50'000 Franken erstellen können ohne dass wir einen zusätzlichen Bericht und Antrag an den Einwohnerrat machen müssen. Da muss ich einfach an Ihr Erinnerungsvermögen appellieren. Man kann natürlich politisch schon eine andere Meinung haben, aber deswegen ändern sich die Entscheidungen nicht, die man mal gefällt hat. Und wir leben nach dem, was der Einwohnerrat beschlossen hat.

Thomas Zemp (CVP)

Abstimmung:

Antrag der GPK auf Bemerkung: «Position 479007 Entwicklungsrichtplan Halbinsel für 2022 zu streichen.»

Ivan Studer (CVP)

Der Antrag wird mit 11:16 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, abgelehnt.

Ich habe eine Frage zur Sanierung der Bushaltestelle Kirchweg und zwar wird hier vermerkt, dass diese im kommenden Jahr barrierefrei gestaltet wird. Mich interessiert es, warum nicht die Bushaltestelle Waldegg als erstes umgestaltet wird, weil diese tagtäglich von Personen mit Beeinträchtigungen benützt wird und sie diese Bushaltestelle für ihren Arbeitsweg benutzen. Wann wird diese Bushaltestelle umgebaut?

Noel Schemm (L20)

Ich habe die BVK darüber informiert, was wir geplant haben. Sie sehen das auch im Aufgaben- und Finanzplan. Im 2021 werden wir die Haltestelle Kirchweg, das sind zwei Haltekanten, sanieren. Im 2022 sanieren wir die Bushaltestelle Zentrum (Kreisel Merkur) mit zwei Haltekanten. Im 2023 die Haltestelle Spitz mit einer Haltekante und die Bushaltestelle Spier mit zwei Haltekanten. Das ist alles, was wir im Moment enthalten haben. Es ist nicht so, dass wir alle Bushaltestellen sanieren werden bzw. müssen, sondern es gibt dazu ein Grundlagenpapier mit verschiedenen Kriterien. Es hat zu tun mit Frequenzen an den Bushaltestellen und aufgrund dessen wird beurteilt, was verhältnismässig ist und was nicht. Das ist ein anerkanntes Nidwaldner Modell, welches angewendet wird.

Thomas Zemp (CVP)

Die Waldegg ist bei uns nicht auf dem Radar, aber ich kann das schon noch einmal prüfen. Es ist - so wie Sie es sagen - einleuchtend. Wir haben dort sicher Personen mit Einschränkungen, aber es ist die Frage mit welchen Einschränkungen. Ich weiss nicht, wie viele Personen in der Waldegg konkret einsteigen mit der Einschränkung, dass sie hinein- und herausrollen müssen. Ich kann das mitnehmen, wieso die nicht auf dem Radar ist.

Ich darf im Zusammenhang mit der Haltestelle Waldegg ergänzen, dass diejenige Richtung Luzern weitgehend auf Luzerner Boden liegt, also Stadt Luzern. Und diejenige Richtung Horw ist auf Horwer Boden. Ich könnte mir vorstellen, dass es dort mit dem Neubau Blindenheim noch Veränderungen gibt.

Hans-Ruedi Jung (CVP)

Weil es mich interessiert, möchte ich nachfragen: was heisst Frequentierung? Heisst das, wie viele Leute zusteigen oder wie viele Leute einsteigen, die eine erhöhte Bordsteinkante benötigen wegen Beeinträchtigungen oder Kinderwagen usw.?

Charlotte Schwegler (L20)

Es hat schon hauptsächlich damit zu tun, wie viele Busse halten und wie viele Leute ein- und aussteigen. Ich meine, es wird auch berücksichtigt, ob tatsächlich ein Bedarf da ist. Aber ganz sicher bin ich nicht, das muss ich abklären.

Thomas Zemp (CVP)

8.9 Aufgabenbereich 302 - Gemeindewerke, ab Seite 91

3.2 Indikatoren (SOLL-Zahlen), Seite 93

Die BVK beantragt eine Bemerkung und zwar geht es um einen zusätzlichen Indikator bei der Wasserversorgung, dass man analog zur Siedlungsentwässerung den mittel- und langfristigen Sanierungsbedarf zusätzlich als Indikator aufnimmt für das nächste Jahr. Welcher genau kann man ja selber entscheiden. Die BVK hat den Antrag einstimmig getroffen.

Urs Steiger (L20)

Abstimmung:

Antrag der BVK auf Bemerkung, dass bei den Indikatoren der Wasserversorgung entweder der mittel- oder langfristige Sanierungsbedarf als zusätzlicher Indikator ab AFP 2022 aufgenommen wird.

Ivan Studer (CVP)

Der Antrag wird mit 24:3 Stimmen, mit 2 Enthaltungen, angenommen.

8.10 Aufgabenbereich 401 - Gesundheitswesen, ab Seite 98

Zunahme Spitexkosten, Seite 102

Die GPK hat darüber diskutiert, dass wir hier einen Antrag auf Bemerkung stellen möchten: «Im nächsten AFP wird der kontinuierliche Anstieg bei den Spitexkosten de-

Lukas Bucher (L20)

tailliert aufgezeigt.»

Ich nehme den Antrag so entgegen. Es ist logisch, dass hier die Steigerung angezeigt werden müsste.

Abstimmung:

Antrag der GPK auf Bemerkung: «Im nächsten AFP wird der kontinuierliche Anstieg bei den Spitexkosten detailliert aufgezeigt.»

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

3.1 Statistische Messgrössen (IST-Zahlen), Stellenplan Verwaltung Familie Plus, Seite 106

Wir haben auf Seite 106 eine Frage. Es betrifft eine Altlast. Im 2016 wurde eine befristete Stelle geschaffen: Integration 30%. Die wurde dann im Einwohnerrat mit 21 zu 8 Stimmen auf zwei Jahre bewilligt und ist dann scheinbar 2018 vom Gemeinderat in eine definitive Stelle umgewandelt worden. Es ist für mich im Nachgang beim Studium der entsprechenden AFP nicht nachvollziehbar. Mich interessiert, wo die 30%-Stelle hingegangen ist und wo man sie sieht.

Ich versuche, dies nachzuvollziehen. Ich habe hier den Gemeinderatsbeschluss aus dem Jahr 2019, aus dem die 30%-Stelle Migration von Isabelle Albisser genehmigt worden ist. Im 2018 war die Stelle provisorisch, Integrationsbeauftragte 30%, und im 2019 wurde sie dann im Gemeinderat genehmigt. Man sieht jetzt auf Seite 106 des AFP den Stellenplan Verwaltung Familie Plus. Das ist die Schwierigkeit, die wir haben: die Stelle von Isabelle Albisser ist Integration und Jugendanimation und 30% läuft über Familie Plus. Das ist hier in den 1.4 Stellen bereits enthalten. Und im 2019 hat man dann das Provisorium für immer genehmigt. Darum ist es im 2018 in den 1.40 Stellen bereits enthalten. Im 2017 wäre es dann 30% weniger gewesen. Zusätzlich hat sie für Jugendanimation 20% und das ist im 2019, in welchem man die Koordinationsstelle von 20% geschaffen hat. Ich weiss nicht, ob es so klar ist, es ist ein bisschen schwierig zu erklären. Sie hat halt zwei verschiedene Jobs.

Grundsätzlich muss ich sagen, dass ich es nicht ganz verstanden habe. Ich kann nachvollziehen, dass es relativ komplex ist, hier die Stellenbeschriebe entsprechend zuzuordnen. Es wäre mein Anliegen, dass man solche Sachen transparent darzustellen versucht, denn man studiert den AFP und ist als Einwohnerrat, der sich nicht die ganze Zeit damit auseinandersetzen kann, doch relativ schnell überfordert, wenn es nicht genau beschrieben und transparent dargestellt ist.

Wir versuchen es im nächsten Jahr besser darzustellen, aber es wird schwierig, weil sie kombinierte Stellen hat. Aber wir versuchen es.

Auch wenn jemand kombinierte Stellen hat, dann weiss man doch, du bist etwa 10% für das und etwa 20% für dies tätig. Irgendwie hat sie ja auch entsprechendes Lohn, der wird auch irgendwie aufgeteilt sein, wo dass sie wieviel arbeitet. Ich glaube, das sollte man wirklich übersichtlich aufzeigen. Das haben wir auch in der GPK gesehen, wo von Familienbetreuung allgemein zu Kinder- und Jugendförderung 1.1-Stellen zu 2 Stellen, das verwirrt völlig. Das ist uns dann aber erklärt worden und macht auch Sinn, dass man das verschoben hat, aber das merkt man nicht. Das ist das, was Herr Maissen angetönt hat: wenn man das lange studiert und überall nachfragt, dann ist es am Schluss vielleicht sogar klar. Aber ich glaube, das sollte entweder vorne klar sein oder mindestens hinten so beschrieben, dass man hier weiss, wer wie viele Stellen hat, auch wenn sie

Claudia Rösli Schuler (L20)

Ivan Studer (CVP)

Stefan Maissen (FDP)

Claudia Rösli Schuler (L20)

Stefan Maissen (FDP)

Claudia Rösli Schuler (L20)

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

aufgeteilt worden sind.

Hier habe ich eine weitere Frage, die schwierig ist. Ich habe zwar eine lange Antwort erhalten, aber es hat mich trotzdem nicht ganz befriedigt. Letztes Jahr hatten wir den Punkt 40204 und weil es hier nur um eine Aufgabenänderung und Projekt geht, war das nicht mehr aufgelistet. Und zwar haben wir letztes Jahr bei der Abstimmung lange diskutiert und haben am Schluss 10'000 Franken gutgeheissen, damit man einen Flyer oder eine Übersicht macht über die niederschweligen Angebote, welche die Gemeinde anbietet. Ich weiss nicht, ob jemand von euch einmal den Flyer oder die Übersicht gesehen hat. Die Idee war, dass man keine Stelle schaffen oder keine Aufgaben speziell machen muss, sondern einfach mal auflistet, was wird in der Gemeinde Horw im niederschweligen Bereich alles angeboten. Gibt es diesen Flyer oder wurde dieses Jahr etwas mit den 10'000 Franken gemacht?

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Wir haben seitens Familie Plus alles der GPK geschickt, das haben Sie alles erhalten.

Claudia Rösli Schuler (L20)

Ich habe tatsächlich von Frau Rösli ein langes Mail erhalten. Aber konkret den Flyer habe ich nicht erhalten. Es ist sehr viel gearbeitet worden. Ich will nicht sagen, dass nicht gearbeitet wurde. Aber die Idee, mindestens von meiner Seite her, war letztes Jahr, dass man die 10'000 Franken gesprochen hat, dass irgendetwas verschickt oder aufgestellt wird, dass man auf einen Blick sieht, was in der Gemeinde Horw niederschwellig angeboten wird.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Der Flyer war im Mail angehängt. Ich kann nicht mehr als das sagen.

Claudia Rösli Schuler (L20)

8.14 Aufgabenbereich 501 - Immobilien, ab Seite 117

1.1 Lagebeurteilung

Wenn man den AFP 2021 liest, dann sind an vielen Orten unter Lagebeurteilungen Ziele oder Massnahmen formuliert. Auch hier, es steht die Aussage: «Der Studienauftrag Seefeld wurde im Sommer 2020 abgeschlossen. Das daraus hervorgegangene Siegerprojekt wird im Verlauf des Jahres 2021 weiterbearbeitet und konkretisiert, so dass ab 2022 der Bericht und Antrag an den Einwohnerrat für die Realisierung einer ersten Etappe vorliegt.» Der Satz gehört für mich nicht unter die Lagebeurteilung und weil wir später noch über das Siegerprojekt Seefeld diskutieren werden, bin ich der Meinung, dass der Satz gestrichen werden soll.

Jürg Biese (FDP)

Abstimmung:

Antrag der FDP auf Streichung des Satzes: «Der Studienauftrag Seefeld wurde im Sommer 2020 abgeschlossen. Das daraus hervorgegangene Siegerprojekt wird im Verlauf des Jahres 2021 weiterbearbeitet und konkretisiert, so dass ab 2022 der Bericht und Antrag an den Einwohnerrat für die Realisierung einer ersten Etappe vorliegt.»

Ivan Studer (CVP)

Der Antrag wird mit 12:16 Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.

3.1 Statistische Messgrössen (IST-Zahlen), Seite 119

Die GPK hat einen weiteren Antrag, und zwar auf Seite 119. Die GPK ist dafür, dass der AFP 2022 und folgende zu ergänzen ist mit einer statistischen Kennzahl über den baulichen Zustand der Immobilien sowie mit den Immobilien mit ungünstiger Stratuszahl (<0.7). Der Antrag wurde bereits vor einem Jahr gestellt und wir möchten diese Kennzahl wirklich im AFP haben, um zu wissen, wie es um unsere Immobilien steht.

Lukas Bucher (L20)

Abstimmung:

Antrag der GPK, den AFP 2022 und folgende mit einer statistischen Kennzahl über den baulichen Zustand der Immobilien sowie den Immobilien mit ungünstiger Stratuszahl (<0.7) zu ergänzen.

Ivan Studer (CVP)

Der Antrag wird mit 25:2 Stimmen, bei 1 Enthaltung, angenommen.

434015 Umsetzung Seefeld 1. Etappe, Seite 123

Ich habe einen Antrag zu Punkt 434015 Umsetzung Seefeld erste Etappe. Ende Sommer wurde von Gemeinderat Thomas Zemp das Siegerprojekt für die Umgestaltung des Areals Seefeld vorgestellt. Nach dem genaueren Studium des Siegerprojektes wurde von verschiedener Seite Kritik gegen diese Planung laut.

Francesca Schoch (FDP)

Leider werden in diesem Projekt die Bedürfnisse der verschiedenen Interessengruppen, sprich Sportvereine, Freizeitsportler, allgemeine Bevölkerung zu wenig berücksichtigt. Ich finde, es müssen zu viele Kompromisse eingegangen werden, für dass das Projekt im 2022 bereits für 2.4 Mio. realisieren möchte. Ich bin weder für eine Kürzung noch für eine Streichung dieser budgetierten 250'000 Franken, möchte aber diesen Betrag für eine Überarbeitung der Gestaltung einsetzen, wie ich es in meiner Motion verlange und nicht für die Planung der 1. Etappe, wie es der Gemeinderat vorsieht. Ich erwarte, dass man bei der überarbeiteten Planung gezielter die Bedürfnisse der Sportvereine und der wachsenden Bevölkerung berücksichtigt. Ich bitte den Einwohnerrat meinem Antrag zuzustimmen.

Ich würde folgendes Vorgehen beliebt machen. Zu diesem Thema haben wir die Beantwortung der Interpellation von Herrn Simoes, wir haben die dringliche Motion von Frau Schoch und wir haben das Postulat von Herrn Eberhard. Das ist traktandiert als Traktandum Nr. 12, 13 und 14. Ich schlage vor, dass wir diese Traktanden jetzt behandeln, dass wir hier den Einschub der drei Traktanden machen und dann nachher wieder zurück in den AFP gehen. Weil was wir hier behandeln hat - wie es Frau Schoch gesagt hat - Auswirkungen auf das Budget.

Ivan Studer (CVP)

12. Interpellation Nr. 2020-712 von Antonio Simoes, SVP, und Mitunterzeichnenden: Entwicklung Seefeld - Ort des Sports und der Gesundheit

Die Interpellation wurde vom Gemeinderat am 12. November 2020 beantwortet. Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden?

Ivan Studer (CVP)

Ich bin überhaupt nicht zufrieden mit der Antwort.

Antonio Simoes (SVP)

Der Interpellant ist nicht zufrieden mit der Beantwortung, das Geschäft ist erledigt. So heisst es jeweils im Kantonsrat. Ich möchte trotzdem festhalten: ich war eigentlich sehr froh um die Interpellation, weil sie uns die Möglichkeit gegeben hat, das eine oder andere zu erklären, was so nicht verstanden werden konnte, wie wir es gedacht haben. Vielleicht haben wir auch ein paar Fehler gemacht in der Kommunikation bei diesem Studienauftrag. Ich merke es auch hier aus der Debatte, es wird oft von einem Projekt gesprochen. Wir sind weit entfernt von einem Projekt. Es war ein Studienauftrag und ich habe vorher schnell die Interpellationsbeantwortung durchgelesen und bin tatsächlich an einem Ort wieder hereingefallen und habe von einem Projekt gesprochen.

Thomas Zemp (CVP)

Es ist eine Studie und das ist die Flughöhe. Sie zeigt auf, wie man ein Flächenarrangement im Seefeld machen kann. Wenn ich den Verhandlungen zuhöre, habe ich das Gefühl, dass dies nicht verstanden wird. Das Projekt, das wird jetzt erst erarbeitet, aber für das sind die 250'000 Franken eingestellt. Damit wollen wir in Etappen zusammen mit dem Planungsteam, welches den Studienauftrag gewonnen hat und natürlich den Anspruch hat diesen umzusetzen, weiterarbeiten. Aber der Anspruch ist nicht da, diesen so 1:1 umzusetzen wie er auf dem Plan ist, sondern wir haben im Plan mal aufgezeigt, wo welche Nutzungen stattfinden könnten. Es ist uns völlig bewusst, es hat im Grundsatz zu wenig Platz im Seefeld, es braucht Kompromisse. Wir im Gemeinderat haben den Eindruck, dass der vorgeschlagene Kompromiss der einzig mögliche ist, der auch umgesetzt werden kann. Aber das Projekt selbst, die Planung des Projekts, beginnt erst jetzt. Das haben wir in der Beantwortung der Interpellation versucht aufzuzeigen und wenn Sie, Herr Simoes, sagen Sie sind nicht zufrieden, dann bitte ich Sie zu sagen, warum Sie nicht zufrieden sind. Ihre Fragen - bin ich der Meinung - habe ich sehr ausführlich und seriös beantwortet. Wenn Sie politisch nicht zufrieden sind, dann ist es etwas anderes. Aber dann müssen Sie nicht mit der Beantwortung nicht zufrieden sein, weil ich meine, sie ist gut beantwortet.

Die Interpellation hat auch ziemlich viel Zeit gekostet. Im Gegensatz zu Gemeinderat Zemp habe ich mich tatsächlich in die Arbeit hineingeworfen, weil es viele Sachen gab, die nicht wahr gewesen sind. Zuerst danke ich dem Gemeinderat und speziell Bauvorsteher Thomas Zemp und seinen Mitarbeitern für die umgehende schriftliche Antwort auf meine Fragen. Insbesondere zeigt die einleitend aufgeführte Liste, dass die Planung unseres Horwer Seefelds seit Beginn in die Entwicklung von Luzern Süd eingebettet ist. Es ist eine gute Übersicht, was dabei während 13 Jahren an Grundlagen erarbeitet worden sind. Die Antworten zu meinen einzelnen Fragen befriedigend allerdings nur teilweise.

Antonio Simoes (SVP)

Frage 1: Die Frage ist nur zur Hälfte beantwortet. Die Angabe, welche fünf Architekturbüros ausgewählt wurden, fehlt. Sie ist zwar im Blickpunkt Nr. 144 vom Januar 2020 zu finden. Einen Hinweis darauf, wo die fünf eingeladenen Teams namentlich aufgeführt sind, wäre für unsere Ratsmitglieder hilfreich gewesen.

Frage 2: die Antwort ist nur teilweise befriedigend. Sie geht nur auf den grundsätzlichen Konflikt um die unmittelbare Nähe der Sportanlage und Naturschutzgebiet ein. Es bleibt aber unklar, warum genau das die Lösung sein soll. Der Projektauftrag soll nebst dem angrenzenden Naturschutzgebiet auch die künftige Entwicklung in den umliegenden Gebieten einbeziehen.

Frage 3: Das ist ja bekannt, das war auch jeweils zu lesen. Bis vor kurzem meinte ich darum auch, der TCS wolle den Campingplatz nicht mehr weiterführen. Offen bleibt jetzt nur die Frage, warum der TCS heute aktiv Unterstützung sucht im Kampf um den Erhalt des Campingplatzes, den sie gerne weiterbetreiben würden. Im Blickpunkt Nr. 139 vom August 2019 steht, dass dies etwas relativierter ist als sonst. Die Frage drängt sich auf, wer effektiv den Vertrag nicht mehr weiterführen will.

Frage 4: Die Einladung zum Aktenstudieren habe ich selbstverständlich ernst genommen. Die einleitende Liste, die Grundlagendokumente um erfolgte Massnahmen, ist sehr hilfreich, ich danke Ihnen dafür. Nur beantwortet dies meine Frage nicht, es verstärkt sie vielmehr. Erstens: gemäss Liste wurden zwei mitwirkende Verfahren durchgeführt, 2008 sowie 2017. Laut Bericht 2017 haben die Nutzer der Sport- und Freizeitanlagen mitgemacht und ihre Kritik und Anliegen vorgebracht, auch schriftlich. Es wundert nicht, dass sie sich mit dem Siegerprojekt jetzt vor die Tatsachen gesetzt sehen, dass ihre Anliegen nicht aufgenommen wurden, dass sie sogar Platz und Infrastruktur-

einrichtungen verlieren werden. Zweitens: die Liste der Mitglieder der Fachgremien zeigt vor allem, dass sie rein fachtechnisch besetzt ist. Der Bereich Sport ist durch eine zweifellos kompetente Fachperson vertreten, aber eben nur fachtechnisch. Die Kenntnis über vereinspezifisch bedingten Bedarf und Bedürfnisse der Nutzer der Anlagen kann diese Person gar nicht vertreten. Drittens: Es fällt etwas eigenartig auf, dass als einziger privater Grundeigentümer eines sogenannt angrenzenden Gebietes ein Vertreter der Firma Sand + Kies AG im Fachgremium Einsitz mit Stimmrecht hat.

Frage 5: Die Frage ist nicht wirklich beantwortet. Gefragt ist, warum bis anhin benötigte und rege benützte Infrastrukturen ersatzlos zurückgebaut werden sollen.

Frage 6: Ich stelle fest, dass offenbar die Zweckmässigkeit für die Benützer nicht in Betracht gezogen wird. Entweder ist das Feld in der Leichtathletikanlage wenig geeignet für die Leichtathletik oder aber der Fussball muss zum Verlust eines Trainingsfelds hin wenn möglich auch noch auf ein Kunstrasenfeld verzichten.

Frage 7: Die genannten Verbesserungen betreffen die Qualität der Plätze. Es geht nicht darauf ein, dass ein Spielfeld weniger die Trainingssituation für den Fussballclub empfindlich einschränkt. Und die erwähnte Möglichkeit, die Liegewiese des Seebads als drittes Fussballfeld zu nutzen, wenn kein Badebetrieb ist, ist wohl ein Scherz. Ich gehe davon aus, dass dies nicht die Idee des Sportvertreters war.

Frage 8: Die Antwort geht nicht auf das für mein Dafürhalten schwerwiegende Problem ein, nämlich dass ein derartig hochwertiges Naturschutzgebiet laut Planungsbericht als wichtiges Naherholungsgebiet für den künftig dicht besiedelten Raum Luzern Süd vorgesehen wird. Wo bleiben die Horwer?

Frage 9: Die Frage zielt nicht auf Gemeinderat Thomas Zemp, sie ist daher nicht beantwortet. Es geht darum, was nun mit dem Siegerprojekt dieses Studienauftrags entschieden ist. Können Sie mir bitte sagen, was die Ausschreibung gegebener Versprechen (der Entscheid der Jury ist verbindlich) bedeutet?

Frage 10 und 11: Mit diesen beiden bin ich zufrieden.

Wir gehen bei anderen Vorstössen auch noch weiter in die Diskussion. Ich glaube aber, es hat hier noch zwei, drei Missverständnisse. Zum Beispiel Herr Marcel Muri, der die Firma Sand + Kies AG im Fachgremium vertritt, ist ein Experte ohne Stimmrecht. Das steht hier klar. Und bei der Frage 6 als Beispiel schreibe ich betreffend Kunst- oder Naturrasen im letzten Satz: «Bei der Ausarbeitung des Umsetzungsprojektes wird sich zeigen, welche Variante möglich ist.»

Thomas Zemp (CVP)

Es gibt zwei Sachen zu diesem Studienauftrag die wichtig sind, welches das Siegerteam auch weiterverfolgen möchte. Das eine ist natürlich, dass sie den Anspruch haben, die Planung mit uns weiter zu machen. Und das andere ist der Kerngedanke, der in der Gestaltung des Seefelds enthalten ist und aussagt, man will dort eine parkähnliche Landschaft machen, die nicht hart fragmentiert ist und man genau weiss: hier ist Sport und hier ist Natur und da ist Erholung. Sondern es sollte ineinander übergehen. Von dort her ist auch der Gedanke gekommen, dass man das Kunstrasenfeld in der Leichtathletik-Anlage macht, denn dann hat man alles, was künstlich ist, irgendwo an der Strasse oben und würde dann so in das Natürliche hinein gehen. Das war der Leitgedanke. Das braucht wahrscheinlich gewisse Einschränkungen. Es leuchtet uns auch ein, dass es nicht ideal ist, im Parallelbetrieb Fussball und Leichtathletik, wenn das Kunstrasenfeld dort drin ist. Es gibt aber auch noch andere Sachen, die hineinspielen. Wir müssen zuerst noch herausfinden, was überhaupt in der Nähe des Rieds möglich ist. Ob eher ein Naturrasenfeld, mit dem die Problematik des Düngeraustrags verbun-

den ist, oder ob eher ein Kunstrasenfeld, mit dem wieder die Frage des Kunststoffes in den Griff bekommen werden muss. Das sind schwierige Themen und ich glaube einfach, das ist die Ausgangslage, die man sich bewusst sein muss.

Es ist schwierig und Sie können schon die Frage stellen, Herr Simoes, betreffend Naturschutz respektive vielen Personen. Menschenmengen ergeben Littering usw. Von dem Gedanken her müssten wir mit der ganzen Sportanlage weg vom Ried. Wir haben jetzt einfach den Nutzungskonflikt, wir haben eine Sportanlage, wir haben ein Naturschutzgebiet, die nebeneinander sind, das ist per se keine ideale Konstellation, aber wir müssen eine Lösung suchen, wie wir damit umgehen. Ein konstruktiver Ansatz ist sicher der Vorstoss von Roger Eichmann, der erkennt, dass man zu wenig Platz hat und der schaut, dass wir zu mehr Platz kommen. Leider ist das nicht kurzfristig möglich, aber das wird halt eine gewisse Zeit brauchen, bis das Sand-+Kiesareal frei ist. Aber ich schlage vor, wir gehen mal zu den anderen Vorstössen.

13. dringliche Motion Nr. 2020-310 von Schoch Francesca, FDP, und Mitunterzeichnenden: Bedarfsgerechte Planung der Sportanlagen Seefeld

Wie bereits heute schon einmal erwähnt, wurde Ende Sommer von Gemeinderat Thomas Zemp das Siegerprojekt für die Umgestaltung des Areals Seefeld vorgestellt. Leider stösst das Siegerprojekt vielerorts auf Unverständnis, weil die Erwartungen und Bedürfnisse der Betroffenen nicht zufriedenstellend berücksichtigt worden sind. Im 2015 wurde von der Gemeinde eine Bedarfsabklärung betreffend Sportanlagen vorgenommen und im Zusammenhang mit der Umgestaltung Areal Seefeld hat man im 2017 ein Vernehmlassungsverfahren mit den betroffenen Interessengruppen durchgeführt. Somit war eigentlich bekannt, was für Bedürfnisse die verschiedenen Sportvereine haben. Ich frage mich, wie es zu einer solchen unbefriedigenden Studienlösung gekommen ist.

Ich fordere demzufolge den Gemeinderat auf, in einem neuen Planungsbericht aufzuzeigen, warum die Bedürfnisse und Anliegen der verschiedenen Sportvereine nicht berücksichtigt wurden. Zudem ist aufzuzeigen, anhand von welchen Beurteilungskriterien die Prioritäten bei der Ausschreibung des Studienauftrages gesetzt wurden. Auch aufzuzeigen ist, wo eine Berücksichtigung der Anliegen der Betroffenen nicht oder nur teilweise möglich war.

Wie auch schon der FC Horw in einem Schreiben erwähnt, wird in der Gemeinde Horw in den nächsten Jahren eine Bevölkerungszunahme stattfinden. Mit der Kapazität des Siegerprojekts wird es schwierig sein, einen fachgerechten Trainingsbetrieb zu gewährleisten, wenn noch mehr Jugendliche Sport treiben möchten. Nicht zu vergessen, der Campus Horw. In Zukunft werden noch mehr Studenten in ihrer Freizeit diese Sportanlage benützen wollen. Also bin ich der Meinung, dass die Sportanlage nicht kleiner werden sollte.

Der Gemeinderat will diese Motion nicht entgegennehmen, darum bitte ich den Rat, meine Anliegen zu unterstützen und die Motion zu überweisen.

Genau wie es Frau Schoch schon gesagt hat, der Gemeinderat lehnt die Entgegennahme dieser Motion ab. Wir begründen dies wie folgt: der Planungsbericht, wenn Sie das lesen was hier gefordert ist, das ist ja völlig rückwärtsgerichtet. Das ist eine Retrospektive, die bringt uns überhaupt nichts für die Lösung. Sondern man will hier mit dem Planungsbericht untersuchen, was gemacht worden ist oder eben nicht gemacht bzw. berücksichtigt worden ist und warum man es nicht gemacht hat. Einfach ein Blick in die

Francesca Schoch
(FDP)

Thomas Zemp (CVP)

Vergangenheit. Es macht ein bisschen den Eindruck, man versucht ein paar Schuldige zu suchen, aber ein Lösungsansatz ist das beim besten Willen nicht.

Man sagt, wir sind alle unzufrieden, wir müssen etwas anderes bringen. Man sagt, die Betonung ist hier noch recht stark auf dem Sport. Sie haben es gesagt, Frau Schoch, sicher nicht weniger Trainingsfelder, sondern es müssen mehr sein, das geht nicht usw. Wir wissen aber alle, es ist dort unten ein Flächenkampf - wenn man das Wort Kampf in den Mund nehmen will - es geht darum, was kann man wo machen.

Wenn Sie als Einwohnerrat hier eine Vorreiterrolle übernehmen wollen, dann bin ich sehr froh. Dann wäre ich auch wirklich dankbar, wenn Sie konkrete Anträge stellen würden. Wenn Sie finden, der Sport muss mehr Priorität haben als der Naturschutz, dann müssen Sie ein Postulat machen oder einen Antrag stellen und dann können wir hier darüber abstimmen und dann sehen wir, ob es mehrheitsfähig ist oder nicht. Aber ich finde es ist relativ einfach zu sagen, es sind alle unzufrieden, bringt etwas Neues und es müsste dann bestenfalls noch mehr Bedürfnisse abgedeckt werden können. Dann schieben Sie das einfach zu uns hinüber und wir machen einen neuen Plan.

Ich bitte Sie, übernehmen Sie doch Verantwortung und stellen Sie einen konkreten Antrag, dass Sie mehr Sportfelder möchten, dass Sie dort unten vier Plätze wollen und dann können wir schauen, ob das erstens eine Mehrheit finden im Einwohnerrat und zweiten können wir noch schauen, ob es gesetzlich überhaupt umsetzbar ist. Dann können Sie uns in diese Richtung losschicken, dann arbeiten wir das Projekt aus und dann sehen wir uns vielleicht wieder vor Bundesgericht, das braucht ein paar Jahre Planung und Verfahrenszeit. Es ist alles eine Frage der Einschätzung, was möglich ist und was nicht. Wissen tut man es erst, wenn man es durchgezogen hat. Das wäre mein Anliegen, wenn Sie schon in eine andere Richtung gehen wollen, machen Sie nicht einfach eine Motion, die einen Planungsbericht verlangt, sondern stellen Sie konkrete Forderungen, wer dort unten wieviel Platz haben soll.

Ich finde es ein bisschen einfach seitens Gemeinderats den Ball zurückzuspielen. Schlussendlich hat sich der Gemeinderat mit einem Gremium lange mit dem ganzen Problem und der Gestaltung auseinandergesetzt und ich finde es nun einfach, den Ball an den Einwohnerrat zurückzugeben. Schlussendlich ist es nicht unser Job, Standorte zu suchen, zu evaluieren usw. Das ist der Job des Gemeinderates. Es gibt vielleicht auch Standorte, 1970 oder irgendwann ist das Ganze mal aufgegleist worden, und dannzumal hat der Einwohnerrat oder sogar das Volk entschieden, dass der Sportplatz im Seefeld ist. Ich weiss, dass man da auch schon andere Gebiete angeschaut hat. Dannzumal hatte es vermutlich weniger Einwohner, dann hatte man genügend Platz und jetzt sieht es anders aus.

Ich glaube, man muss das anschauen: heute im Radio hat es geheissen, die Bevölkerung bewegt sich zu wenig. Und zwar nicht nur Sportler, sondern alle. Pro Tag sollte sich jeder 20 Minuten bewegen. Das ist auch der Grund, warum «Horw bewegt» auf die Beine gestellt wurde, das ist ein Argument. Wir reden nicht von den Sportlern, die müssen wir nicht bewegen, die bewegen sich selber. Es geht um all die anderen Leute, die ganze Bevölkerung. Da kann man nicht einfach sagen, der Einwohnerrat soll planen und überlegen, wo das hinkommt. Das ist eine Sache, die die Gemeinde Horw wirklich anpacken muss, und ich glaube, es hat x Punkte im Seefeldprojekt - so schön das auf dem Papier aussieht - es beantwortet viele Fragen nicht und viele sind einfach unzufrieden. Wenn die L20 dort unten am liebsten alles im Schilf haben würde, dann ist das ja schön und recht, aber dann haben wir immer noch keinen Sportplatz. Und wo die Bevölkerung dann hingeht weiss ich nicht, vermutlich auf die Halbinsel.

Auf jeden Fall gibt es viele Fragen und das ist auch der Grund, warum die FDP-Fraktion diese Motion eingereicht hat, weil wir gespürt haben, es gibt noch vieles zu planen, man

Ruth Sträss-
le-Erismann (FDP)

muss hier noch einiges überlegen. Man kann nicht einfach eine Viertelmillion Planungskredit überweisen, damit nächstes Jahr angefangen wird zu bauen, da gibt es viele unzufriedene Leute. Das ist nicht die Lösung. Wir müssen schlussendlich die Bevölkerung vertreten und gelangen aus diesem Grund mit einer Motion an den Gemeinderat.

Es wird nichts gebaut im nächsten Jahr. Wenn wir jetzt hier weitermachen, dann haben wir schon ein Set-up wie das laufen würde, da hat es sicher Themen enthalten. Ein Vorschlag ist beispielsweise, dass man runde Tische macht, zuerst einmal Information macht, was der Studienauftrag für eine Aussage macht. Dann müsste es einen runden Tisch geben «Sport», «Natur», «Freizeit», dann muss man irgendwie versuchen, das nachher unter einen Hut zu bringen.

Thomas Zemp (CVP)

Was der Gemeinderat mit dem Studienauftrag gemacht hat: wir haben versucht, alle Interessen so gut wie möglich unter einen Hut zu bringen. Das war der Auftrag dieses Studienwettbewerbs und dazu waren wir legitimiert durch eine Motion, die vom Einwohnerrat einstimmig überwiesen wurde, dass wir den Studienauftrag in Auftrag geben sollen. Ich sage nicht, der Einwohnerrat muss dort unten planen. Aber wenn der Einwohnerrat findet, wir haben einen Fehler gemacht im unter den Hut bringen von all den verschiedenen Bedürfnissen, dann erwarte ich, dass er uns klare Prioritäten vorgibt.

Wir könnten auch darüber diskutieren und sagen, wir machen dort unten nur «Natur» und verschieben den «Sport» ins Felmis hinauf. Das ist auch eine Variante. Es hat ja den Bericht gegeben mit den Sportanlagen. Dieser betrifft nicht nur das Seefeld, sondern der betrifft alle Sportanlagen von Horw. Wir haben auch noch andere Fussballfelder und vielleicht gibt es mal noch neue Fussballfelder, wenn man das Schulhaus Allmend weiterentwickeln würde. Dann gibt es noch Bedarf nach Mehrzweckhallen usw. Dann muss man vielleicht seine Trainingsorganisation ändern, dann kann halt nicht alles im Seefeld unten stattfinden. Was schwierig wird, ist das Naturschutzgebiet zu verschieben. Das müssen wir dort lassen. Darum ist die Erwartungshaltung: wenn der Einwohnerrat die Prioritäten anders sieht, dann soll er dies bitte dem Gemeinderat sagen und nicht einfach sagen, das was ihr bisher gemacht habt, ist nicht gut, bringt etwas anderes.

Es gibt verschiedene Anliegen, die bereits erwähnt wurden. Herr Zemp, Sie haben von einem runden Tisch gesprochen. Das finde ich gut. Ich finde auch gut, wenn man die Anliegen, die vielleicht trotz Planung und Aufnahme von verschiedenen Sachen, noch nicht ganz komplett sind, dass man die aufnehmen könnte. Es geht dabei um die Vereine, es geht um die Bevölkerung, die dort ein Erholungsgebiet haben soll, aber es soll auch ein Sportplatz bleiben und den Vereinen Möglichkeit bieten, ihre sportlichen Aktivitäten wahrzunehmen.

Reto Eberhard (SVP)

Sie haben gesagt, es sei ein Rückschritt, wenn man die Motion überweist. Vielleicht ist es manchmal gut, wenn man einen Schritt retour macht, sich einen Überblick verschafft und vielleicht das eine oder andere mitnehmen kann, wenn man dann nachher wieder vorwärtsschaut und vorwärts arbeitet. In dem Sinn finde ich es richtig, dass man wirklich einen Schritt retour macht, noch einmal nach links und rechts schaut und das aufnehmen und einfließen lassen könnte. Von dem her kann ich das unterstützen.

Die Diskussion zeigt, dass wir Konflikte haben. Aber der Gemeinderat hat auch gezeigt, dass er diese in der Planung letztlich angehen will. Darum müssen wir jetzt nicht noch Zwischenschritte machen. Das ist ein Teil der Planung. Die Fragen können im Rahmen des Planungsberichts, den es zum Seefeld einmal geben wird, auch beantwortet und behandelt werden. Wir wären nicht gescheitert, wenn wir den Zwischenschritt jetzt wahnsinnig gross machen. Die Abklärungen müssen gemacht werden, aber wir verlieren auch Zeit.

Urs Steiger (L20)

Ich möchte einfach daran erinnern, dass die Themen zum Seefeld bereits bei der letzten Zonenplanrevision besprochen worden sind. Durch den Widerstand gerade von der Sportseite, dass man nicht über die Kantonsstrasse gehen kann, um Fussball zu spielen, weil das zu weit ist, haben wir Handlungsspielraum verloren. Im Ebenau wäre es möglich gewesen, Felder zu machen. Je länger man das umhergespielt, verlieren wir den Handlungsspielraum.

Ich möchte Frau Strässle sagen: wir wollen nicht einfach nur Schilf dort unten, aber das Ried hat eine wichtige Rolle. Das Ried hat sehr viel Fläche verloren. Wir haben einen konstruktiven Vorschlag mit dem Postulat gemacht, das wir nicht dringlich eingereicht haben, aber im Sinn, dass man mitdenkt und andenkt und die Handlungsmöglichkeiten anschaut. In diesem Sinn würde ich jetzt dem Gemeinderat vertrauen, die Planung sauber voranzutreiben, die Bedenken aufzunehmen und entsprechend auch zu behandeln. Es werden nicht immer alle glücklich werden, das ist auch klar. Es werden auch nicht alle Bedürfnisse abgedeckt werden können. Aber weder lohnt sich, hier einen grossen Stopp zu reissen, noch lohnt sich, Briefe herumzuschicken, die in einem Niveau geschrieben sind, welches nicht akzeptabel ist. Ich bitte, die Motion nicht zu überweisen.

Ich möchte meinem Vorredner zustimmen. Wir haben es gehört, wir haben ein Seefeld, das nicht grösser wird. Wir sind der Meinung, dass man hier weiter planen sollte und die Voten, die gekommen sind, aufnehmen und konkretisieren. Wir wollten vorher einen Satz herausstreichen, der dies genau unterstreicht: im 2021 wird dies mehr konkretisiert und Herr Zemp konnte uns klar darlegen, dass es nicht in Stein gemeisselt ist, was jetzt vorliegt. Es wird nochmals diskutiert, es wird noch einmal eingebunden.

Leo Camenzind (CVP)

Zum Votum von Herrn Steiger betr. Trainingsmöglichkeit: der FC trainiert im Spitz oben und im Allmend. Das wird schon gemacht, aber es ist zum Teil einfach ein bisschen mühsam, was aber an einem anderen Ort liegt. Ich glaube wir sind an einem Punkt, an dem wir nicht sagen können, wir gehen zurück und schauen zurück, was ist passiert, was ist gemacht worden, was ist nicht gemacht worden. Ein Planungsbericht würde das ganze verzögern, bzw. auf unbestimmte Zeit verschieben. Darum sollten wir vorwärtsschauen und wirklich anfangen planen und schauen, dass wir alle Bedürfnisse unter einen Hut bringen können. Wir werden es nicht schaffen, Kompromisse müssen gemacht werden, das ist uns allen klar. Wir finden keine ideale Lösung, ausser wir beginnen auf der grünen Wiese. Es ist zwar eine grüne Wiese, aber die grüne Wiese hat Beschränkungen rundherum. Darum sind wir der Meinung, dass man diese Motion ablehnen sollte, im Sinne von vorwärtsschauen und nicht zurückblicken.

Die Motion schaut zwar schon zurück, aber in der Politik schaut man sehr oft zurück, nachher aber auch vorwärts. Und das ist durchaus auch legitim, Herr Zemp. Wir stehen vor einem Scherbenhaufen. Wir merken es in diesen Diskussionen, dass einfach viele unzufrieden sind mit dem Seefeld, was jetzt vorliegt. Darum ist der Vorstoss gemacht worden, damit man analysiert: wie konnte es dazu kommen, was hat man berücksichtigt und was nicht. Wie Herr Zemp festgestellt hat, hat man es offenbar nicht geschafft, alle Anliegen unter ein Dach zu bringen. Wenn man weiss, was man gemacht hat und warum es so gekommen ist, dann kann man die Schlüsse daraus ziehen, für die Zukunft die richtige Planung angehen, damit man auch zu einem Ziel kommt, das Erfolg verspricht.

Jürg Biese (FDP)

Abstimmung:
Die dringliche Motion Nr. 2020-310, Bedarfsgerechte Planung der Sportanlagen im Seefeld, wird mit 10:19 Stimmen, abgelehnt.

Ivan Studer (CVP)

4. Fragestunde

14. Postulat Nr. 2020-720 von Reto Eberhard, SVP, und Mitunterzeichnenden: Seefeld Horw – Sistierung der Planung zur Umgestaltung

Wir haben heute Abend schon viel geredet. Ich möchte noch zwei, drei Punkte ergänzen. Das Postulat - das muss ich präzisieren - Sistierung im Sinne von, dass man die bisherige Planung nicht direkt auf dem Weg weitergeht, mehr in dem Sinn, dass man noch einmal einen Marschhalt einlegt und noch einmal überdenkt, wo steht man, was sind die Ziele, was müsste man für das Ziel noch mitnehmen. In dem Sinn könnte man sagen, es ist weniger eine Sistierung, sondern eine Justierung. Mit dem Postulat ist die Meinung, dass man vor allem die Vereine, Interessengemeinschaften noch mehr aufnehmen, dass man das Anliegen der Bevölkerung vielleicht auch noch besser planerisch einbinden kann. Wenn der Gemeinderat das sowieso macht, umso besser. Wenn er es nicht gemacht hätte, dann bitte ich ihn das Votum aufzunehmen, dass man die Sachen vervollständigen könnte.

Reto Eberhard (SVP)

Kurz gesagt, es geht in diesem Postulat um eine Vervollständigung in der Planung, dass man das noch besser aufnehmen und auch noch einen Schritt retour machen könnte, dass man die Übersicht noch besser sehen und entsprechend nachher weitergehen könnte. Mit dem Postulat ist nicht gemeint, dass man jetzt nichts machen soll - das möchte ich klar gesagt haben. Nichts machen ist nicht die Idee, aber einfach noch einmal überdenken, was kann man mitnehmen, wie könnte man es besser machen und was ist noch wichtig, was noch einfließen sollte.

Der Gemeinderat bittet Sie, auch dieses Postulat nicht zu überweisen. Wir sind nicht bereit, dieses entgegenzunehmen, weil es ein falsches Signal setzen würde. Ich habe schon gesagt, im Rahmen der weiteren Planung der Detailierung werden wir sicher die Betroffenen an einen Tisch bitten. Aber das vorliegende Postulat, das ist nicht nur ein Feld zurück, sondern das geht zurück an den Start. Sie machen den Fächer wieder völlig auf, Sie bringen den Campingplatz wieder ins Spiel und Sie wollen alles, sogar noch mehr als heute schon, auf dem Platz unterbringen. Und da wäre es auch wirklich zielführend, wenn Sie einmal ein Postulat machen würden, in dem Sie verlangen, dass der Campingplatz weiter in Horw bestehen bleibt. Dann könnten wir einmal darüber abstimmen und sähen, dass es 2:1 abgelehnt würde und dann müssten wir nicht mehr darüber reden. Aber es kommt immer wieder das Thema Campingplatz. Es ist Voraussetzung, dass dieser weg ist, sonst können wir dort unten gar nichts machen. Das wäre für uns als Gemeinderat wichtig, wenn Sie uns dieses Signal setzen. Aber nicht, wenn Sie einfach ein Postulat machen und sagen, man soll das doch auch noch berücksichtigen.

Thomas Zemp (CVP)

Das Postulat verlangt weitere solide Abklärungen durch den Gemeinderat als operative Behörde, die von sich aus zu den Campingplatzbetreibern, zu den Vereinen, zu den Interessengemeinschaften hingehet und die Bedarfswünsche abholt. Es ist nicht einfach hingeworfen zum etwas stoppen oder sagen, es ist alles schlecht, macht es neu, sondern das Postulat wie auch die Motion geben vor, bei wem was bitte durch die Verwaltung abzuklären ist. Das macht durchaus Sinn, dass so ein Postulat, das Leitplanken

Reto von Glutz (SVP)

vorgibt, aber in der Ausführung in der Verwaltung liegt, überwiesen wird. Ich unterstütze daher meinen Fraktionskollegen voll und ganz.

Abstimmung:

Das Postulat Nr. 2020-720, Seefeld Horw - Sistierung der Planung zur Umgestaltung, wird mit 10:18 Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.

Ivan Studer (CVP)

Es gibt noch einen Antrag aus der SVP-Fraktion. Und zwar einen Antrag auf Bemerkung zum Thema, das nun umso wichtiger ist, nachdem Sie sowohl die Motion als auch das Postulat nicht überwiesen haben. Wie erwähnt soll vor der weiteren Planung die Meinung der direkt betroffenen Mieter, Vereine, Anwohner und anderer Interessensgemeinschaften abgeholt werden. Wir stellen zwar keinen Antrag auf Kreditstreichung. Wir äussern aber nachdrücklich die Erwartung, dass der Gemeinderat sorgfältig plant und nur soweit unvermeidlich neue Auslagen für die weitere Planung bewilligen wird. In diesem Sinn und Geist formuliere ich folgenden Antrag auf Bemerkung beim Seefeld Horw: «Für die Planung und Umsetzung von Veränderungen wird nicht mehr ausgegeben als zwingend notwendig.»

Reto von Glutz (SVP)

Grundsätzlich geben wir nie mehr aus als zwingend nötig und notwendig. Das ist genau das, was ich immer befürchtet habe. Sie zementieren eine Ist-Situation. Wir beginnen zu diskutieren, wenn wir dort unten irgendetwas Defektes austauschen müssen, ob das dann zwingend notwendig ist oder nicht. Von mir aus gesehen eine völlig überflüssige Bemerkung, aber da wir ja sowieso nach bestem Wissen und Gewissen und vorsichtig mit dem Geld umgehen, wird sie keine Wirkung erzielen.

Thomas Zemp (CVP)

Dem Antrag kann ich leider nicht viel abgewinnen. Ich verstehe zwar was das Ziel ist, aber wir haben die vielen Voten und Diskussionen gehört. Es wird vermutlich aufs Gegenteil hinauslaufen, dass man eher mehr planen und verstärkt die Leute involvieren muss, um einen gewissen Konsens herbeizuführen. Das Seefeld ist begrenzt, wir können es leider nicht ausdehnen. Da werden die Leute Kompromisse eingehen müssen, wie wir in der Politik auch. Um so einen Kompromiss bei den verschiedenen Gruppierungen heranbringen zu können, wird es mehr Planung geben. Die Frage ist natürlich, was ist sinnvoll und was nicht. Darum würde ich eher aufs Gegenteil gehen und sagen, es könnte sein, dass es mehr gibt.

Leo Camenzind (CVP)

Ich bin sehr überzeugt oder habe den Eindruck, dass die 250'000 Franken, welche für die Planung im 2021 vorgesehen sind, genau dazu dienen, für die 2.4 Mio. Franken zu planen, die dann im 2022 ein neues Fussballfeld realisiert werden soll, also 1. Etappe von diesem Studienprojekt. Es geht uns - genau wie der SVP auch - um das, dass wir ein Zeichen setzen wollen, dass wir nun die 250'000 Franken zwar nicht reduzieren oder verändern, aber dass sie nicht einfach für das ausgegeben werden, was dann im 2022 umgesetzt werden soll. Sondern dass man das Geld, ob es mehr oder wenig ist sei dahingestellt, nicht einfach für das ausgibt, sondern für eine neue, umsichtige Planung mit all den Anliegen, die man von überall her hört.

Jürg Biese (FDP)

Abstimmung:

Antrag der SVP auf Bemerkung zur Umsetzung Seefeld: «Für die Planung und Umsetzung von Veränderungen wird nicht mehr ausgegeben als zwingend notwendig.»

Ivan Studer (CVP)

Der Antrag wird mit 11:18 Stimmen abgelehnt.

Dann gehen wir zurück zum AFP 2021. Ich möchte daran erinnern, dass wir auf Seite 123 gestoppt haben.

Ivan Studer (CVP)

5.1 Projekte der Investitionsrechnung, ab Seite 123

420046 Studie Erweiterung Schulanlage Allmend

Urs Rölli (FDP)

Ich komme zurück auf das Schulhaus Allmend. Im Investitionsprogramm B+A 1661 war ein Projektierungskredit von 250'000 Franken enthalten. Die FDP-Fraktion würde hier dem Gemeinderat ein wenig freien Raum geben, indem - falls sich am Finanzhorizont etwas Positives entwickelt oder passiert - der Gemeinderat die Möglichkeit erhält, jetzt die Planung von einem neuen oder erweiterten Schulhaus Allmend in Angriff zu nehmen. Wir stellen uns das so vor, wie wir jetzt grad letzte Woche in der Zeitung lesen konnten: ein Modulholzbau wie zum Beispiel in der Gemeinde Schötz, der dort für rund 10 Mio. Franken gebaut werden soll. Selbstverständlich mit Schweizer Holz und ökologisch einer Energiestadt würdig.

Der Punkt ist, dass Horw so rechtzeitig die Planung angehen könnte. Ob dann die Umsetzung anschliessend im 2022 ist oder im 2023 erfolgt, das kann der Gemeinderat entscheiden. Der Punkt ist auch, dass es keinen Sinn macht, laufend noch in die Palazzinen zu investieren, weil die sie ja wirklich langsam «end of life», obwohl sogar einer in der Ursprungstadt Chur noch immer steht, aber die Gemeinde Horw rüstet ja laufend auf. In dem Sinn macht die FDP-Fraktion den Antrag, ich weiss nicht ob man es unter 420046 machen soll oder ob man wie im Investitionsplan eine neue Position 420500 «Planungskredit Schulhaus Allmend» von 250'000 Franken aufnehmen soll.

Abstimmung:

Antrag der FDP um Aufnahme eines Planungskredites beim Schulhaus Allmend von 250'000 Franken im 2021.

Ivan Studer (CVP)

Der Antrag wird mit 21:4 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, angenommen.

Aufgabenbereich: 504 - Werkdienste, ab S. 132

Lukas Bucher (L20)

1. Lagebeurteilung + Strategische Ziele, S. 132

Wir haben beim AFP 2020 als GPK den Antrag auf Bemerkung gehabt, dass man folgenden Satz unter strategische Ziele und Massnahmen aufführt, der jetzt aber unter Lagebeurteilung gerutscht ist: «Im Hinblick auf die Entwicklung LuzernSüd wird ein alternativer Standort für den Werkhof benötigt (S-Bahn Haltestelle «Horw Süd»).» Diesen Punkt wollen wir zusätzlich auch anregen unter strategische Ziele und Massnahmen vom Werkdienst zu nehmen.

Abstimmung:

Antrag der GPK auf Bemerkung: Der letzte Satz von 1.1 Lagebeurteilung «Im Hinblick auf die Entwicklung LuzernSüd wird ein alternativer Standort für den Werkhof benötigt (S-Bahn Haltestelle «Horw Süd»)» wird neu auch unter 1.2 Strategische Ziele und Massnahmen aufgeführt.

Ivan Studer (CVP)

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Der Finanzsekretär muss nun alles nachrechnen, wie sich die Zahlen verändern. Ich bitte darum, kurz zu unterbrechen.

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Ich nutze die Chance und möchte Thomas Zemp etwas weitergeben. Es wurde heute Abend nicht diskutiert, aber jetzt befindet sich im Seefeld noch ein Campingplatz. Ich höre von vielen Leuten aus der Bevölkerung, die fragen: was soll das? Warum kommt der Campingplatz weg? Es ist nicht so, dass der Campingplatz nicht geschätzt wird. Ich glaube, es ist ein Anliegen von vielen Personen. Ich weiss, der Platz ist eng aber als Seegemeinde – ich habe letztthin gelesen, dass Horw die zweitlängsten Seekilometer hat – ist es einfach eine Überlegung wert, dass viele Interesse haben am Campingplatz.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Ich habe nicht gesagt, der Campingplatz habe keine Berechtigung. Ich verstehe es, dass Leute Freude daran haben. Ich kann auch verstehen, dass Campieren in Corona-Zeiten wieder einen Aufschwung erlebt und unabhängig von Corona hat es eh einen Camping-Aufschwung gegeben - es ist wieder «in». Aber als Politiker muss man eben auch entscheiden und irgendwo Prioritäten setzen. Darum sage ich, wenn man die Priorität setzen will, dass er dortbleibt, dann müsste man das auf die politische Agenda setzen, und zwar so, dass man darüber entscheiden kann. Es ist einfach mühsam, immer wieder über das Gleiche zu diskutieren. Wir kommen nicht vorwärts. Den Entscheid muss man einfach fällen. Entweder ist er dort und dann organisieren wir darum herum, oder er ist nicht dort, aber dann müssen wir auch nicht immer wieder darüber diskutieren, dass man ihn berücksichtigen muss. Das ist mein Anliegen.

Thomas Zemp (CVP)

Abstimmung Beschluss:

1. Der Aufgaben- und Finanzplan für die Periode 2021 bis 2024 wird einstimmig zur Kenntnis genommen.
2. Das Budget für das Jahr 2021 wird mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 4'566'020.00 sowie Investitionsausgaben von Fr. 13'293'800.00 ins Verwaltungsvermögen sowie einem Steuerfuss von 1.45 Einheiten einstimmig beschlossen.
3. Die Globalbudgets der nachfolgend genannten Aufgabenbereiche inkl. politische Leistungsaufträge werden mit Änderungen, wie aus der Beratung hervorgegangen, einstimmig genehmigt:

Ivan Studer (CVP)

Aufgabenbereiche:

111 - Behörden	401 - Gesundheitswesen
112 - Stabsdienste (Kanzlei und Einwohnerdienste)	402 - Familie plus / Jugend / Kinder
113 - Kultur und Sport	403 - Sozialhilfe und -beratung
121 - Bildung	501 - Immobilien
201 - Organisation und Personal	502 - Liegenschaften Finanzvermögen
202 - Finanzverwaltung	503 - Feuerwehr
203 - Finanzdepartement Übriges	504 - Werkdienste
301 - Bau und Umwelt	505 - Abfall
302 - Gemeindewerke	600 - Steuerertrag

Gesamtabstimmung:

Dem Bericht und Antrag Nr. 1664 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2021 wird einstimmig zugestimmt.

6. Motion Nr. 2020-307 von Stefan Maissen, FDP, und Mitunterzeichnenden: Wohnen im Alter im Talboden

Im AFP 2021 sind die Kennzahlen der stationären Pflege in der Gemeinde Horw aufgeführt. Während der Pflegebereich im Kirchfeld weiterhin eine gute Auslastung von ungefähr 95% hat, sind die Werte im Bereich Altersheim immer noch relativ tief. Der Abschluss 2019 ist gerade im Vergleich zu Nachbargemeinden unbefriedigend. Die Heime in Emmen und Kriens und Luzern, aber auch das Horwer Blindenheim verzeichnen positive Abschlüsse und hohe Auslastungen. Die Kirchfeld AG hätte den Verlust zwar minimieren können, sicher auch ein Verdienst der neuen Leitung, steht aber noch immer deutlich schlechter da oder anders gesagt, Versäumnisse der Vergangenheit haben das Kirchfeld in den letzten Jahren eingeholt. Wichtig ist mir an dieser Stelle folgendes festzuhalten: diese Motion ist in keiner Art und Weise eine Kritik an der Leitung und am Betrieb im Kirchfeld und schon gar nicht am Personal. Ich stelle nicht in Frage, dass im Alters- und Pflegeheim gut mit älteren Menschen umgegangen wird und gut für sie gesorgt wird. Es geht einzig und allein um die Frage, ob die gesamte Versorgung im Alterswohnen in der Gemeinde Horw strukturell und räumlich richtig aufgestellt ist. Die Frage beantwortet auch die im Frühling vorgestellte neue Strategie 2030 vom Kirchfeld nicht. Die ist - was auch korrekt ist - in erster Linie eine Unternehmensstrategie mit einem klaren Vorwärtsansatz. Sie lässt aber bewusst oder unbewusst die Konkurrenzfrage mehr oder weniger auf der Seite, wie zum Beispiel das neue Projekt Blindenheim, die neuen Alterswohnungen mit Dienstleistungen im Zentrum etc. Leider besteht so die Gefahr, dass bei der Umsetzung der Strategie jetzt Investitionsentscheide getroffen werden, die man später bereuen wird. Mit dieser Strategie würden zwar einige Schwachpunkte eliminiert, zum Beispiel mit einem veralteten Kirchfeld 2, sie löst aber nicht die grundsätzlichen Probleme. Wir haben einen Trend zu verkürzter Aufenthaltsdauer, wir haben eine sinkende Nachfrage nach stationärem Alterswohnen und wir haben eine sehr hohe Attraktivität von neuen Angeboten. Ich habe sie bereits erwähnt: Spitex, Wohnen mit Dienstleistungen direkt im Dorf und das neue Projekt im Blindenheim, das im nächsten Jahr realisiert werden soll. Zu guter Letzt noch die ungünstige Erschliessung, die wird wohl noch lange Zeit eine unlösbare Knacknuss bleiben.

Mit der Entgegennahme der Motion wird eine Auslegeordnung und ergebnisoffene Analyse - unter Berücksichtigung der neuen Angebote und der veränderten Marktbedingungen - ermöglicht. Wir verlangen ja eine Analyse der Nachfrage nach verschiedenen Wohnformen und die erwartete Entwicklung in den nächsten 20 Jahren und dann eine Strukturierung des Angebots und ein Angebotskonzept inkl. Businesspläne für die verschiedenen Wohn- und Betreuungsformen. Darauf aufbauend sollen nachher die entsprechenden Standort- und Nutzungsoptionen aufgezeigt werden. Da sind wir überzeugt, dass ein Standort im Zentrum langfristig die bessere Perspektive bieten würde. Ich bin mir bewusst, dass diese Motion klare und vielleicht auch radikale Forderungen stellt. Ich habe aber gelernt, und da erwähne ich das Zitat von Thomas Zemp: «Sagen Sie mir, was Sie wollen.» Das steht hier relativ klar. Daher auch die klare Ansage. In diesem Sinne hoffe ich auf Entgegennahme der Motion und eine rasche Bearbeitung.

Der Gemeinderat hat Verständnis für Ihre Sorge um das Haus Kirchfeld. Wir werten es positiv, dass Sie sich mit der Entwicklung des Heims auseinandersetzen. Und ich danke Ihnen für die von Ihnen ausgesprochene Anerkennung der Leistungen des Personals, gerade in der heutigen schwierigen Situation.

Die Motion geht jedoch von falschen Voraussetzungen aus und zieht daraus Schlüsse, die so nicht zulässig sind. Die Motion geht davon aus, dass die Belegungszahlen im

Stefan Maissen (FDP)

Hans-Ruedi Jung
(CVP)

Bereich Alterswohnen/Altersheim nachhaltig massiv sinken. Die Motion geht im Weiteren davon aus, dass dies eine Folge der fortschreitenden Verlagerung vom stationären Pflegebereich in die ambulante Versorgung, der schlechten Erschliessung des Standorts und der veralteten Infrastruktur ist. Lassen Sie mich deshalb vorweg ein paar Dinge richtigstellen:

Tatsache ist, dass das Heim Kirchfeld immer wieder Zeiten mit schlechterer Auslastung und Zeiten mit besserer Auslastung erlebt. Das ist ein Phänomen, das auch andere Heime kennen. Diese Schwankungen haben weniger mit dem Standort zu tun als vielmehr mit externen Faktoren.

Tatsache ist im Weiteren, dass zwar die ambulante Pflege durch Spitexorganisationen dazu beiträgt, dass die Pflegebedürftigen länger zu Hause wohnen bleiben können und dass die Heimaufenthalte in der Tendenz kürzer werden. Demgegenüber steht jedoch die Bevölkerungsentwicklung in unserem Land. Es werden immer mehr Leute immer älter. Berechnungen zeigen, dass die Verlagerung zur ambulanten Pflege vor allem diesen Mengenzuwachs auffängt. Am künftigen Bedarf an stationären und zurzeit kontingentierten Pflegebetten ändert dies jedoch kaum etwas. Die Kirchfeld AG geht deshalb auch in Zukunft von einer gleichbleibenden Pflegebettenzahl mit genügender Auslastung aus.

Es ist auch tatsächlich so, dass der Standort Kirchfeld mit dem öffentlichen Verkehr ungenügend erschlossen ist. Diesbezüglich hat jedoch die Kirchfeld AG Massnahmen in die Wege geleitet, die diesen Standortnachteil mindern. Demgegenüber weist das Kirchfeld Standortvorteile auf, die andernorts fehlen. Die Nähe zur Natur, die einmalige Aussicht und die Ruhe sind Werte, die gerade in Pflegesituationen positiv wahrgenommen werden. Die schlechte Anbindung an den öffentlichen Verkehr ist selten der alleinige Grund, warum sich jemand für ein anderes Heim entscheidet.

Tatsache ist auch, dass das heutige Altersheim Kirchfeld 2 veraltet ist und die räumlichen und betrieblichen Anforderungen an ein zeitgemässes Altersheim nicht mehr erfüllt. In diesem Punkt ist dem Motionär zuzustimmen. Das Kirchfeld 2 ist auch diejenige Einheit des Hauses, die ganz wesentlich zur zwischenzeitlich schlechten Auslastung beigetragen hat.

Genau dieses Haus soll mit der Weiterentwicklung des Kirchfelds durch ein neues, zeitgemässes Gebäude ersetzt werden. Nicht nur, weil das Gebäude in die Jahre gekommen ist, sondern weil ein Altersheim im bisherigen Sinn nicht mehr gefragt ist. Das neue Gebäude schafft die Voraussetzung, dass im Kirchfeld 1 die Pflege-Zweierzimmer zu Gunsten von Pflege-Einerzimmern umgebaut werden können, ohne das Gesamtbettenangebot zu verringern oder zu vergrössern. Das ist die grosse Chance, die sich jetzt im Kirchfeld anbietet.

Der Gemeinderat beantragt deshalb dem Einwohnerrat, die Motion auch aus folgenden Gründen zur Ablehnung zu empfehlen:

Strategische Gründe

Die Gemeinde Horw verfolgt seit Jahren eine stringente Alterspolitik. Angefangen mit dem Altersleitbild 2013, über den Planungsbericht «Wohnen im Alter» 2015, bis zum Konzept «Pflegerische Angehörige» 2015 und zur Verselbständigung des Hauses für Betreuung und Pflege im Jahr 2018. Und 2020 wird ergänzend dazu mit der Spitex Horw eine Leistungsvereinbarung übers «Wohnen mit Dienstleistungen» abgeschlossen.

Versorgungspolitische Gründe

Gemäss dem Planungsbericht «Altersleitbild 2013», der vom Einwohnerrat an seiner Sitzung vom 24. Oktober 2013 mit 17:2 Stimmen zustimmend zur Kenntnis genomme-

nen worden ist, gilt auch in Horw in der Alterspflege der Grundsatz «ambulant vor stationär». Entsprechend sollen Menschen, die ambulant gepflegt werden können, vor allem im Talboden und im übrigen Gemeindegebiet wohnhaft bleiben können. Das Haus Kirchfeld dagegen soll vor allem auf die stationäre Pflege ausgerichtet werden. Der Forderung nach Wohnen im Alter im Talboden Horw, die in der vorliegenden Motion vorgebracht wird, wird, gestützt auf das Altersleitbild 2013, bereits seit einigen Jahren nachgelebt. Das Wohnen im Alter im Talboden ist, namentlich im Ortskern, Tatsache. Am 26. März 2015 hat der Einwohnerrat einstimmig vom Bericht und Antrag Nr. 1540 Wohnen im Alter Kenntnis genommen. Dieser Bericht enthält im Wesentlichen die von der Motion geforderte Analyse von der Nachfrage und vom Angebot an verschiedenen Wohn- und Betreuungsformen. Es ist kein weiterer Bericht notwendig.

Staatspolitische Gründe

An der Volksabstimmung vom 4. März 2018 hat die Horwer Stimmbevölkerung der Überführung des Hauses für Betreuung und Pflege Kirchfeld in die gemeinnützige Aktiengesellschaft Kirchfeld AG zugestimmt. Bei einer Stimmbeteiligung von über 59% hat ein Ja-Stimmenanteil von über 73% resultiert.

Die Stimmberechtigten haben zwar nicht ausdrücklich über den Standort Kirchfeld abgestimmt. In der Abstimmungsbotschaft ist jedoch klar vom Standort Kirchfeld und der Erneuerung der dortigen Infrastruktur die Rede gewesen. Ein anderer Standort für das Haus für Betreuung und Pflege und die anderweitige Nutzung der heutigen Gebäude, zum Beispiel für die Hotellerie oder als Seniorenresidenz, würde wahrscheinlich von der Bevölkerung nicht verstanden.

Rechtliche Gründe

Mit der Überführung des Hauses für Betreuung und Pflege Kirchfeld in die gemeinnützige Aktiengesellschaft Kirchfeld AG hat die Horwer Stimmbevölkerung zum Ausdruck gebracht, dass sich die Politik auf die Beteiligungsstrategie und den eigentlichen Leistungsauftrag konzentrieren soll und die Aktiengesellschaft unternehmerische Freiheit genießt. Entsprechend sind in Art. 6 des Reglements über die gemeindeeigene Aktiengesellschaft Kirchfeld AG, das vom Einwohnerrat am 23. November 2017 erlassen worden ist, die Kompetenzen des Einwohnerrats klar geregelt. Die Festlegung des Standorts des Hauses für Betreuung und Pflege gehört nicht dazu.

In der Beteiligungsstrategie, das heisst konkret in der Eignerstrategie, die ebenfalls vom Einwohnerrat am 23. November 2017 genehmigt worden ist, wird dagegen mehrfach auf die Verpflichtung zum Werterhalt der bisherigen Gebäude und Infrastruktur hingewiesen.

Zusammengefasst: Die Standortwahl für das Haus für Betreuung und Pflege liegt in der Kompetenz des Verwaltungsrats. Der Verwaltungsrat genießt diesbezüglich das Vertrauen des Gemeinderats als Aktionärsvertreter.

Betrieblich

Im Rahmen der Abklärungen zur Verselbständigung des damaligen Hauses für Betreuung und Pflege wurde auch die Standortfrage erörtert. Der Sprechende war damals selbst einer der Treiber einer vertieften Abklärung einer allfälligen Standortverlegung. Die Resultate dieser Abklärungen sprachen jedoch eindeutig für die Beibehaltung des Standorts Kirchfeld. Weitere Standortabklärungen machen wirklich keinen Sinn. Zwischenzeitlich ist das Heim in eine gemeindeeigene Aktiengesellschaft ausgelagert worden. Der Verwaltungsrat hat sich unverzüglich an die betriebliche und architektonische Planung gemacht. Den politischen Gremien wurde im Frühsommer 2020 die Strategie 2030 zur Kenntnis gebracht.

Sie haben dieser Strategie entnehmen können, dass die Entwicklung des Hauses Kirchfeld klar in Richtung Pflegeinstitution geht. Das Wohnen im Alter am Standort Kirchfeld ist von eher untergeordneter Bedeutung. Es steht vornehmlich im Zusammenhang mit betreutem Wohnen oder mit der Pflege.

Am 19. August 2020 hat der Verwaltungsrat das Betriebskonzept finalisiert und verabschiedet. Derzeit werden unter Beizug externer Fachleute der Finanz- und Businessplan und das Raumprogramm erarbeitet. Bis Januar 2021 sollten diese Unterlagen zusammen mit einer Machbarkeitsstudie vorliegen, um dann umgehend das Wettbewerbsverfahren (Architekturstudien) zu starten. Der Baubeginn ist auf Mai 2023 terminiert.

Fazit

Der heutigen Planung auf Kirchfeld sind jahrelange Vorarbeiten und Zwischenentscheidungen vorausgegangen. Der zwischenzeitliche kurzfristige Einbruch bei der Bettenbelegung (der inzwischen wieder behoben werden konnte und auch bei anderen Heimen immer wieder mal auftritt) darf nicht dazu führen, diese langjährigen, fundierten Arbeiten wertlos werden zu lassen. Das Heim ist unter anderem gerade auch darum in die unternehmerische Freiheit entlassen worden, um die langfristig orientierten Entscheidungen nicht dem kurzfristigen politischen Tagesgeschäft auszusetzen.

Der Gemeinderat bittet Sie deshalb, lassen Sie den Verwaltungsrat und die Heimleitung den Weg, den Sie hier im Rat angedacht und vorgezeichnet haben, weiter gehen. Grätchen Sie bitte nicht in einen laufenden Prozess. Einen Prozess, der unser Kirchfeld in naher Zukunft zu einem erfolgreichen Kompetenzzentrum für Betreuung und Pflege, vor allem aber zu einem wohnlichen Daheim mit Lebensqualität für unsere Senioren werden lässt.

Ich möchte zuerst Herrn Jung herzlich danken für die ausführliche Antwort. In der Motion ist ein Planungsbericht gefordert worden und Sie haben es geschafft, innerhalb der letzten ca. 10 Minuten den Planungsbericht praktisch hinzulegen. Von dem her herzlichen Dank für die wirklich ausführliche und konkrete Beantwortung der aufgeworfenen Fragen.

Es ist mir klar, es ist eine Grundsatzfrage und auch ich bin hin und her gerissen zwischen den diversen Themen, die Sie aufgeführt haben. Als Beispiel die Nähe zur Natur und Zentrumsnähe, das sind diverse Fragen, die im Raum stehen. Ich bin weiterhin davon überzeugt, auch wenn ich viele Argumente von Ihnen absolut nachvollziehen und zustimmen kann, dass wir trotzdem eine gewisse Auslegeordnung brauchen in der Gemeinde Horw. Sie haben die verschiedenen Berichte erwähnt, das Altersleitbild 2013, dann die diversen Berichte an den Einwohnerrat im 2015 etc. Wenn wir schauen wie die Entwicklung jetzt läuft, wäre es wertvoll, sich aktuell noch einmal gewisse Überlegungen zu machen. Ich stelle nicht in Frage, dass Sie im Verwaltungsrat der Kirchfeld AG gut arbeiten, und dass Sie Überlegungen für die Kirchfeld AG treffen, aber die Gemeinde als Eigner und auch als Geldgeber anderer Dienstleister (Spitex etc.) müsste sich noch einmal ein paar Überlegungen machen und zeigen, wohin es gehen soll. Da bin ich manchmal nicht ganz hundertprozentig überzeugt, dass alles wirklich sauber koordiniert ist. Von dem her würde ich an der Motion festhalten, auch wenn mir klar ist, dass nur Teilbereiche beantwortet werden könnten.

Abstimmung:

Die Motion Nr. 2020-307, Wohnen im Alter im Talboden Horw, wird mit 5:22 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, abgelehnt.

Stefan Maissen (FDP)

Ivan Studer (CVP)

5. Dringliche Motion Nr. 2020-311 von Urs Steiger, L20, und Mitunterzeichnenden: Evaluation Fachkommission horw mitte

Bebauungspläne ermöglichen auf geeigneten Arealen von der Normbauweise des BZR bzw. des PBG abzuweichen. Sie schaffen damit den Investoren gestalterische Freiheiten, aber auch Handlungsspielräume, um die Siedlungsqualität zu fördern - dies zugunsten der Öffentlichkeit. Die Handhabung von Bebauungsplänen und damit die Erreichung der gesetzten Ziele ist keine einfache Sache. Im Verlauf der Planung vom Bebauungsplan bis hin zum realisierten Bauprojekt - und auch während der Nutzungszeit - lauern zahlreiche Möglichkeiten, vom anvisierten Qualitätspfad abzukommen.

Urs Steiger (L20)

Dies versuchte man im Bebauungsplan «Zentrumszone Bahnhof Horw» zu vermeiden und hat 1. klare Qualitätsziele gesetzt und 2. mit der Fachkommission horw mitte eine zentrales Qualitätssicherungsinstrument geschaffen. Eine solche Fachkommission, die sich - im Sinne es Kümmerers - über die verschiedenen Konkretisierungsphasen hinweg der städtebaulichen Qualität annimmt, wird in Fachkreisen gemeinhin als wichtiges und nützliches Instrument angesehen, sofern sie ihre Aufgabe adäquat wahrnimmt.

Der Bebauungsplan «Zentrumszone Bahnhof» prägt das Gesicht Horw sicher für die nächsten 50 Jahre und darüber hinaus. Umso mehr ist es entscheidend, die Siedlungsqualität heute entsprechend zu leiten und einzufordern. Leider hat man bisher von der Arbeit der Fachkommission kaum etwas gehört und es stellt sich die dringende Frage, ob und wie dieses Qualitätssicherungsinstrument wirksam ist. Was hat sie erreicht und was kann sie erreichen. Wie beeinflusst sie die geforderte Qualität? Und auch welche Vorstellung von Siedlungsqualität verfolgt sie?

Mit der Evaluation soll die Wirksamkeit des Instruments der Fachkommission überprüft werden. Trägt es dazu bei, die gesetzten Ziele zu erreichen. Oder sind allenfalls Korrekturen vor Beendigung der Bautätigkeiten notwendig beziehungsweise bevor die nicht bebauten Baufelder in Angriff genommen werden?

Wichtige Prozesse und Instrumente einer regelmässigen Überprüfung zu unterziehen, gehört heute zum üblichen Arbeitsprozess. Dies sollte auch für die öffentliche Hand der Fall sein.

Selbstverständlich gilt es auch den Blick in die Zukunft zu werfen und zu fragen, was es für die künftige Begleitung der Zentrumszone als Qualitätssicherung braucht und wie beispielsweise die Qualitätssicherung beim neuen Campus von Hochschule und PH Luzern zu organisieren und im Bebauungsplan festzusetzen ist.

Sie haben es bereits an ihren Fraktionssitzungen gehört, der Gemeinderat ist nicht bereit, die Motion entgegenzunehmen. Ich führe dies gerne detaillierter aus, indem ich Ihnen sage, was die Kommission macht und wer dort dabei ist. Ich versuche, einen Teil der Fragen zu beantworten, damit Sie nachher entscheiden können, ob Sie eine Evaluation wollen.

Thomas Zemp (CVP)

Bei einer Motion ist der Gemeinderat auch immer verpflichtet anzugeben, was es kostet. Ich rechne mit Kosten von ca. 15'000 bis 20'000 Franken, denn es macht ja nicht Sinn, dass wir die Evaluation durch die Verwaltung machen. Es müsste entweder eine Selbstevaluation durch die Kommission sein oder man müsste dies extern vergeben. Dann können Sie berechnen, wie viele Stunden dies ungefähr ergibt: wenn es ca. 100 Stunden Arbeit gibt, dann kommt man auf ca. 20'000 Franken.

Aber nun zur Fachkommission horw mitte. Wir haben in Horw grundsätzlich eine gemeinderätliche Kommission, das ist die Planungs- und Baukommission. Diese ziehen wir im Normalfall bei, wenn wir Baugesuche behandeln. Dann gibt es die Fachkommission horw mitte, diese hat eine spezielle gesetzliche Grundlage, das ist nämlich im Bebauungsplan Zentrumszone Bahnhof Horw im Artikel 34 geregelt, dass man eben, wie es Herr Steiger gesagt hat, zur Sicherung der Gestaltungsqualität eine Fachkommission einsetzt. Die Fachkommission wirkt eigentlich von der Projektentwicklung weg bis zum Baumentscheid mit. In der Ausführungsphase ist sie nicht mehr gross dabei. Man müsste aber auch mal darüber diskutieren, ob es Sinn macht, wenn sie auch in der Ausführung dabei ist. Es fehlt aber ein bisschen die gesetzliche Grundlage dazu, denn der Bebauungsplan gibt vor, was die Aufgabe dieser Kommission ist. Die Fachkommission horw mitte ist - wie es der Name sagt - eine Fachkommission. Sie besteht mehrheitlich aus Fachleuten, und zwar ist sie interdisziplinär zusammengesetzt. Es gibt zwei Schwerpunkte, zum einen den Schwerpunkt Architektur und zum anderen den Schwerpunkt Landschaftsarchitektur. Natürlich ergänzt mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Baudepartementes und auch dem Gemeinderat. Heute ist es Monika Jauch Stolz, eine Architektin, die Präsidentin ist. Sie ist eine bekannte Persönlichkeit, die immer auch wieder in Jurys dabei ist. Weiter haben wir Tomaso Zanoni, als Architekt, und Esther Deubelbeiss, als Architektin. Massimo Fontana ist Landschaftsarchitekt und Alexander Schuech ist ebenfalls Landschaftsarchitekt. Das sind die Fachpersonen, die dabei sind. Dazu sind immer auch Markus Bachmann als Leiter Hochbau, Erika Schläpfer als stellvertretende Leiterin Hochbau und ich als Gemeinderat dabei. Wir handhaben es so, dass der Gesamt-Gemeinderat immer eine Einladung zur Kommissionssitzung erhält. Falls sich ein Gemeinderatsmitglied dafür interessiert, kann es jederzeit in der Fachkommission Einsitz zu nehmen.

Unser Sitzungsraaster ist im 2 Monats-Rhythmus geplant, nach Bedarf können wir aber auch häufiger und digital kurzfristig zusammenkommen. Die Fachkommission horw mitte trifft sich auch jährlich mit dem Gesamt-Gemeinderat zum Austausch. Dabei wird dann über das ganze Bebauungsplangebiet geschaut und informiert, was gelaufen ist und was in der nächsten Phase laufen wird. In der Regel werden Bauvorhaben mehrmals in der Fachkommission beraten. Das ist ein iterativer Prozess und wir stellen natürlich auch fest: je früher eine Bauherrschaft zu uns kommt und je weniger das Projekt schon fertig entwickelt ist, desto effektiver kann man Einfluss nehmen. In der Fachkommission erlebe ich hin und wieder, dass es nicht ganz einfach ist, wenn Architekten andere Architekten beraten. Das wir dann nicht selten als Kritik an der eigenen Schöpfung empfunden. Darum sagen wir auch, je früher das Projekt da ist, desto mehr kann man konstruktiv Einfluss nehmen. Die Sitzungen laufen immer so ab, dass rechtzeitig vorher sämtliche Unterlagen zu den zu beratenden Projekten zugestellt werden. Im Vorfeld werden diese studiert. Während der Sitzung kommt die Bauherrschaft mit dem Planerteam vorbei und stellt das Projekt vor. Häufig haben sich auch Modelle oder Visualisierungen dabei. Dann werden Fragen der Fachkommission beantwortet. Anschliessend findet eine Diskussion innerhalb der Fachkommission unter Ausschluss von Bauherrschaft und Planern statt. Dann kommen Bauherrschaft und Planer zurück und es gibt eine Feedback-Runde mit Anregungen und Kritik an die Bauherrschaft und das Planerteam. Das wird protokollarisch festgehalten. Die Bauherrschaft und das Planerteam erhalten jeweils einen Protokollauszug. Auf dieser Basis erfolgt die Weiterbearbeitung. In der Regel haben wir zwei, drei, vier Iterationen, die ein Projekt durchläuft. Wir haben auch begonnen, seit dem Baufeld G, das ist das Hochhaus, dass wir zusammen mit der Baubewilligung bei den grossen Bauten immer ein sogenanntes Fassaden Mock-Up verlangen. Ein Fassaden Mock-Up ist ein 1:1-Bild eines Fassadenausschnitts. Wir verlangen, dass nicht einfach beliebiger Fassadenausschnitt dargestellt wird, sondern dass ein Zusammenzug aller wesentlichen spezifischen Elemente einer Fassade erstellt werden soll. Das ist eine nicht ganz günstige Angelegenheit für die

Bauherrschaft, ist aber sehr wertvoll, sowohl für die Fachkommission zur Beurteilung wie auch für die Bauherrschaft zur Gestaltungs- und Montageoptimierung. Die Fassade ist ein zentrales Element. Gerade bei grossen Bauten ist es wichtig, dass auf ein qualitativ hochstehendes Erscheinungsbild geachtet wird. Das Fassaden Mock Up wird denn auch von der Fachkommission vor Ort begutachtet. Allenfalls auch bei verschiedenen Lichtverhältnissen. Die Fachkommission verfasst eine Rückmeldung zuhanden der Bauherrschaft. Die Beurteilung der Fachkommission ist Voraussetzung, dass die Fassade überhaupt bewilligt wird. Es ist auch so, dass bei jeder Baubewilligung der Schlussbericht der Fachkommission dazu gehört. Dieser liegt zusammen mit dem Baugesuch öffentlich auf.

Hin und wieder kommt es vor, dass Bauherrschaften Abweichungen zum Bebauungsplan wünschen. Man muss berücksichtigen, dass der Bebauungsplan einige Jahre alt ist. Es hat auch verschiedene Problemstellungen darin oder eventuell sogar gewisse Mängel, mit denen man umgehen muss. Immer wenn eine Bauherrschaft eine Abweichung des Bebauungsplanes beantragt, dann muss das fachlich von der Fachkommission beurteilt werden. Die Fachkommission beantragt dies dann dem Gemeinderat, der über die Ausnahmegewilligung entscheidet.

Unsere Erfahrungen mit der Fachkommission sind bisher gut. Ich kann auch feststellen: die Fachkommission nimmt immer Einfluss auf die vorgelegten Projekte. Ich habe es noch nie erlebt, dass man einfach gesagt hätte, es ist gut, was ihr da bringt. Wie bereits erwähnt, je früher man Einfluss nehmen kann, desto effizienter ist es und desto zielführender. Schwierig ist es immer dann, wenn jemand schon praktisch mit einem fertigen Projekt kommt. Dann ist es natürlich nicht mehr so einfach, etwas zu verändern. Wir sind der Meinung, die Zielsetzungen gemäss Bebauungsplan werden weitgehend erreicht. Man sieht auch auf der Westseite der Bahnlinie, wie sich die Wohnsiedlung in einer parkähnlichen Landschaft entwickelt. Ich muss sagen, diese Siedlung hat heute wesentlich mehr Grünraum darin, als im Bebauungsplan vorgesehen war. Man setzt also nicht einfach 1:1 den Bebauungsplan um, sondern man ist durchaus offen, eine qualitative Verbesserung auch zuzulassen. Wir haben auf der Westseite bei der AGZ ein Freiraumkonzept über alle Baufelder erstellt und wir haben auch auf der Ostseite eines entlang der Allmendstrasse, ebenfalls alle Baufelder übergreifend, erstellt. Beide Freiraumkonzepte stammen vom selben Planungsbüro. Der Bebauungsplan hat, wie bereits erwähnt, gewisse Mängel. Wir haben schon mehrfach festgestellt, dass die Baufelder eigentlich zu gross sind. Sie haben viel zu grosse Bautiefen und das sieht man jetzt zum Beispiel im Baufeld N2 an der Ringstrasse. Da wird nur rund 80% der maximal zulässigen bebaubaren Fläche ausgenutzt, denn es macht gar keinen Sinn, Wohnungen zu bauen mit so grossen Tiefen. Da bringt man das Licht gar nicht herein. Der Bebauungsplan lässt einen gewissen Freiraum zu, wieviel Gewerbe und wieviel Wohnen man unterbringt. Im Lauf der Realisierung haben wir bisher festgestellt, dass sich die Bauherrschaft praktisch immer für Wohnraum entscheidet. Maximale Wohnnutzung, minimale Gewerbenutzung. Es ist gewünscht, dass die Erdgeschossnutzungen belebt sind. Der Bebauungsplan macht dazu Vorgaben, in dem er Wohnnutzungen in der Regel nur ab Hochparterre zulässt. In der Praxis ist es aber nicht möglich, die gewerbliche Nutzung (Restaurant, Kinderkrippe etc.) verbindlich vorzugeben. Wir sehen es beim Hochhaus auf dem Baufeld G. Da ist das EG im Moment alles andere als ein belebter Ort. Es hat dort bei den ersten zwei Stockwerken um einen Gewerberaum, maisonette-artig. Dieser konnte bis jetzt nicht vermietet werden. Wann und an wen die Räumlichkeiten vermietet werden können, liegt nicht in der Hand der Gemeinde.

Wir sind der Meinung, die Fachkommission horw mitte ist mit fachlich versierten Leuten besetzt. Sie leistet gute Arbeit. Der Gemeinderat der Meinung, es brauche keine Evaluation. Wenn der Einwohnerrat dies anders sieht, würden wir einen entsprechenden Auf-

trag erteilen.

Ich danke für die Ausführungen. Eigentlich ist Kommissionsarbeit relativ klar. Die Ausführungen haben aber auch gezeigt, dass man Einzelobjekte angeschaut hat und im Moment ein Gesamtbild fehlt. Wir haben Berichte zu einzelnen Objekten oder verschiedener Objekte zusammen, aber es fehlt effektiv das Gesamtbild. Und es zeigt sich auch, dass man gewisse Probleme hat mit dem Bebauungsplan. Die müsste man mal sammeln und das genau wäre Aufgabe einer Evaluation. Auch die Frage, ist die Kommission richtig besetzt. Ich sehe, das sind gute Fachleute, da gibt es nichts zu kritisieren. Aber es gibt für ein solches Gremium in dieser Grössenordnung durchaus auch Fragen zu stellen: bräuchte es nicht auch Fachleute im sozioökonomischen Bereich? Wie soll es weitergehen? Da müsste man eine Antwort haben, damit das dann definitiv auch nachhaltig ist.

Urs Steiger (L20)

Ich meine, es gibt wirklich Fragen, die nicht einfach der Gemeinderat beantworten sollte, sondern entweder die Kommission selbst (zeigen welche Qualitätsfragen sie identifiziert hat und welchen Lösungsansatz sie gehabt hat) oder durch eine externe Evaluation - das lasse ich offen. Ich denke, da sollte die Kommission eine Antwort geben. Vielleicht auch von der Kommission her eine Antwort, wie funktioniert das dann effektiv in dem Dreieckspiel von Investoren mit der Gemeinde und der Kommission, kann sie ihre Rolle tatsächlich wahrnehmen und zu allem durchaus nochmal in welcher Richtung treibt sie die Qualität tatsächlich voran. Ich halte es immer noch für notwendig und ich bedenke auch den Kostenpunkt: angesichts dessen, was diese Kommission auch im Betrieb kostet, darf man auch für die Evaluation etwas ausgeben oder es ist berechtigt, die Evaluation zu machen, entweder selbst oder extern.

Abstimmung:

Die Motion Nr. 2020-311, Evaluation Fachkommission horw mitte, wird mit 15:10 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, überwiesen.

Ivan Studer (CVP)

**7. Postulat Nr. 2020-711 von Urs Rölli, FDP, und Mitunterzeichnenden:
Prüfung Presscontainer statt Gebührensäcke bzw. herkömmliche Abfallcontainer**

Wie im Postulat erläutert, wächst Horw. Es werden Gebäude erstellt, es gibt mehr Einwohner und demzufolge gibt es auch mehr zum Entsorgen. Es hat mal eine Studie und einen Bericht gegeben des Kantons Zürich, dass für rund 1'300 Einwohner ca. 45 Abfallcontainer gebraucht werden und dass die 45 Abfallcontainer durch einen Presscontainerbehälter ersetzt werden könnten. Man sieht, mittels Presscontainer hat man verschiedene Vorteile. Es braucht weniger Kehrlichtlastwagenfahrten, es gibt eine komprimierte Entsorgung statt Volumentransporte, es gibt weniger Immissionen wie Lärm und Gestank und auch der Rhythmus bei der Entsorgung kann optimiert werden. Aber zu guter Letzt gibt es eine Schonung der Ressourcen, stehen doch zahlreiche Kehrlichtcontainer herum. Logisch die sind angeschafft, aber die müssen von Zeit zu Zeit auch wieder ersetzt werden. Es gibt je nach dem bei einer Überbauung 5 bis 6 Kehrlichtcontainer, die herumstehen und dadurch auch viel Platz wegnehmen, was nicht unbedingt nötig wäre. In diesem Sinne finde ich auch gut, dass gewisse Überbauungen, wie z.B. Aqua oder auch das Anstathotel bereits unterirdische Anlagen gebaut haben. Ich weiss nicht in Eigenregie oder im Auftrag der Gemeinde, aber ich finde das schon einmal einen guten Weg. In diesem Sinne bedanke ich mich beim Gemeinderat für eine allfällige Entgegennahme und Prüfung dieses Anliegen für die Gemeinde Horw.

Urs Rölli (FDP)

Ich kann es kurz machen. Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Der Postulant hat gesagt, das müsse nach Rücksprache mit REAL erfolgen. Das ist tatsächlich so. REAL muss geeignete Grundstücke auswählen und evaluieren. Umgekehrt werden sie das natürlich nicht ohne einen Mehrwert machen. Es ist sicher ökologisch sinnvoll, wenn man Fahrten verhindert. Man muss aber auch aufpassen, dass die Grundeigentümer das Ganze nicht als Serviceabbau wahrnehmen. Da ist der Widerstand von Grundeigentümer zum Teil gross, ihr Grundstück hinzugeben. Die Frage der Finanzierung dieser Container ist auch noch offen. Aber das kann man ja alles in der Beantwortung des Postulats darlegen.

Astrid David Müller
(SVP)

10. Postulat Nr. 2020-714 von Urs Röllli, FDP, und Mitunterzeichnenden: E-Portal für Strassengenossenschaften in Horw

Wie im Aufgaben- und Finanzplan 2021 auf Seite 81 ersichtlich ist, gibt es in Horw mehr Privatstrassen als Gemeindestrassen, auf Einheit Kilometer benannt, und somit sind die Privatstrassen ein wichtiger Bestandteil der Gemeindeinfrastruktur. Vielfach werden diese mittels öffentlicher Wege erschlossen und dienen nicht zuletzt als Schulwege. Stichwort dazu: auch sichere Schulwege bedingen eine sorgfältige Infrastruktur und auch eine gute Unterstützung. Das ist mit den Strassengenossenschaften gewährleistet.

Urs Röllli (FDP)

Ich möchte aber keine Grundsatzdiskussion über Privatstrassen führen, obwohl es Kantone gibt in denen es diese in der Form gar nicht gibt, es ist eigentlich eine Ungleichheit zwischen den einzelnen Bürgern und Steuerzahlern. Diesbezüglich möchte ich einfach bessere Grundlagen zumindest auf Gemeindeebene erreichen, sodass auch eine Kontinuität bei Personalwechsel im Vorstand mit zahlreichen Unterlagen in elektronischer Form - was ja heute gang und gäbe ist - möglich ist.

Wann entsteht jetzt grundsätzlich das Bedürfnis einer Strassengenossenschaft? In der Regel ist dies erst nach mehreren Jahrzehnten bei Sanierungsbedarf und das führt dazu, dass die Gemeinde von Amtes wegen in den letzten Jahren diverse Perimeter erstellte oder erstellen lassen und dann amtlich in Kraft setzen musste. Der Vorstand, in der Regel ehrenamtlich, kümmert sich um die ganze Administration. Für mich eine Art Freiwilligenarbeit, wie analog Sportvereine oder Kulturvereine, die eine Gemeindeinfrastruktur gratis benützen können. Somit erachte ich es als sinnvoll, dass auch zum Teil sehr vertrauliche Daten, wenn ja ein amtlicher Perimeter erstellt worden ist, dann ist in der Regel die neue Gebäudeversicherungssumme aufgeführt und die bekommt man ja auch nur von der Gemeinde. Die Gemeinde muss das Dokument aktualisieren. Auch aus diesem Grund finde ich, das bedingt eine sichere Hinterlegung und eine sichere IT-Infrastruktur, welche die Gemeinde zur Verfügung stellen könnte.

Es würde mich freuen, auch mit den zahlreichen Unterzeichnern (18 an der Zahl) zwar noch in der alten Legislatur, wenn sich der Gemeinderat durchringen könnte, das Postulat entgegenzunehmen.

Der Gemeinderat muss ja immer bereits im Voraus entscheiden. Er hat sich an der Gemeinderatssitzung von letzter Woche entschieden, das Postulat nicht entgegenzunehmen. Ich führe dies gerne aus. Die Strassengenossenschaften sind in der Tat wichtige Organisationen. Wir fördern diese auch. Uns ist es wichtig, dass die vielen Privatstrassen gut unterhalten werden. Es ist uns wichtig, dass wir Ansprechpartner für die Strassen haben. Im Moment sind es knapp 50 Strassengenossenschaften in Horw, die organisiert sind. Ich würde mal sagen, dass sie eher besser als weniger gut funktionieren.

Thomas Zemp (CVP)

Man muss sich bewusst sein, dass der Aufbau und der Betrieb eines E-Portals für Strassengenossenschaften mit einem erheblichen Aufwand verbunden sind. Und zwar finanziell, aber auch personell. Das zeigen unsere Erfahrungen mit dem Sharepoint-Portal. Wir haben nur dieses Portal und ich nehme nicht an, dass Sie eine neue Infrastruktur aufbauen möchten. Wir haben immer wieder Supportanfragen von Personen, bei denen der Zugriff nicht richtig funktioniert, insbesondere Personen, die nicht mit Windows arbeiten, sondern mit Apple-Geräten. Es braucht ein User-Management, damit die Berechtigungen dauernd aktualisiert werden, wenn jemand neu in den Vorstand kommt. Das gibt Interaktionen mit der Gemeinde, die nicht zu unterschätzen sind. Fakt ist auch, dass wir von den 50 Strassengenossenschaften keine solche Anfrage erhalten haben, wie sie Herr Röllli jetzt stellt. Wir stellen keinen Bedarf für eine elektronische Ablage fest, welche durch die Gemeinde zur Verfügung gestellt werden sollte.

Wir erachten den Nutzen eher als gering:

- weil keine Nachfrage nach einem solchen Portal signalisiert wurde,
- weil wir Strassengenossenschaften nie und nimmer dazu verpflichten könnten, das Portal tatsächlich zu gebrauchen,
- weil wir aus Datenschutzgründen sicherstellen müssten, dass wir keinen Zugriff auf die Dokumente haben, die dort abgelegt werden. Man muss auch sagen, dass die Datenmengen einer Strassengenossenschaft in der Regel überschaubar sind. Für Datenablagen, ob man die elektronisch führen möchte, gibt es auf dem Markt einfache, gute webbasierte Lösungen, die sogar kostenlos sind. Sie können mit Dropbox arbeiten, Sie können mit myCloud von Swisscom arbeiten und es gibt noch andere solche Lösungen. Also das ist nicht ein Problem. Die sind wahrscheinlich auch einfacher zu bedienen als der Sharepoint.

Die Gemeinde Horw hat bereits aufgrund des Postulats 645/2013 von Jürg Luthiger und Mitunterzeichnende, das geheissen hat «Förderung der Strassengenossenschaften» Massnahmen zur Unterstützung der Strassengenossenschaften getroffen. Wir haben Strassengenossenschaften als «Dienstleistung» auf unserer Website aufgeschaltet. Wenn Sie das bei der Suchfunktion eingeben, kommen Sie auf die entsprechende Seite. Darauf publizieren wir, welche Strassengenossenschaften es gibt. Weiter ist ein Fact-Sheet zu finden. Zudem gibt es einen Link auf die Musterstatuten des Kantons Luzern.

Was ganz wichtig ist: das ist kein Massengeschäft, also wir haben heute 50 Strassengenossenschaften und wir haben nicht irgendwie 5 bis 10 neue pro Jahr. Aber was noch wichtig ist: wir haben dort klar definiert, wer die Ansprechperson ist für die Gründung einer Strassengenossenschaft. Man kann Andreas Meier anrufen und er berät dann persönlich. Wir haben die Ansprechperson definiert für Fragen des baulichen Unterhalts, hier kann man Michi Mahrer, Leiter Tiefbau, kontaktieren und er hilft dann weiter, wie man einen Unterhalt planen und durchsetzen muss. Wir sind der Meinung, die bisher getroffenen Massnahmen bewähren sich und erfüllen die Bedürfnisse der Strassengenossenschaften. Es ist auch so, dass wir im Bereich Perimeter versuchen, so viel wie möglich inhouse zu machen, das macht alles Andreas Meier. In der Regel verrechnen wir die Stunden, welche wir inhouse machen, den Strassengenossenschaften nicht, das ist unsere Dienstleistung zur Unterstützung dieser Freiwilligenarbeit. Wenn wir aber einen Perimeter neu erstellen müssen, dann müssen wir dies in der Regel in Auftrag geben und das wird dann auch den Strassengenossenschaften verrechnet. So gesehen sind wir der Meinung, dass wir das was es braucht bereits gemacht haben und jetzt ein solches Portal aufzubauen, das nach unserer Einschätzung niemand braucht, das ergibt einfach Aufwand und wenig Nutzen.

Ich bin selbst Präsident einer Strassengenossenschaft und einer Miteigentümergeinschaft einer Heizzentrale. Herr Röllli ist unabhängig von mir, wir haben nicht miteinander gesprochen. Ich selber hätte nie an das gedacht. Aber ich habe natürlich für die Vorstände in den Gemeinschaften eine Dropbox-Lösungen eingerichtet, bezahle 20 Franken jeden Monat für die Dropbox. Denn wenn Sie Dokumente, die 20, 30, 40 Jahre zurück gehen, beginnen einzuscannen, weil sonst bekommen sie von den Vorstandsvorgängern ordnerweise vergilbtes Papier, gibt es sofort ein Datenvolumen, das über die kostenlose Lösung von Dropbox hinausgeht. Es gibt sicher auch andere Lösungen, wie Sie es gesagt haben, Herr Zemp. Aber alles kostet oder man muss es sich einrichten. Ich fände es eine gute Lösung, wenn man das über eine Sharepoint-Lösung der Gemeinde Horw - die mit Apple- und Windows-Geräten mittlerweile funktionieren - ich hatte am Anfang auch Probleme mit meinen Apple-Geräten, hatte dann einmal mit der IT der Gemeinde Kontakt und seither geht es. Darum bitte ich, den Vorstoss von Herrn Röllli zu unterstützen.

Jürg Biese (FDP)

Danke, Herr Zemp, für die zahlreichen Ausführungen. Ich sehe, Sie sind sehr finanzaffin, wie ich ja eigentlich auch. Aber ich finde, hier darf man auch mal einer Nicht-Sportorganisation etwas zugestehen. Die Sportorganisationen dürfen zum Beispiel die Turnhalle gratis benützen oder ein Kulturverein, der vielleicht ein Lokal gratis benützen darf oder wie wir heute im Budget glaub 390'000 Franken gesprochen haben - auch auf Input FDP - für die Vereinsinfrastruktur auf dem Autobahndeckel, das darf alles kosten. Aber für Strassengenossenschaften, wie auch Herr Biese gesagt hat, da sollte es dann nichts kosten.

Urs Röllli (FDP)

Das Problem sind eigentlich die vorhandenen Unterlagen. Ältere Strassengenossenschaften haben alle noch Papierordner usw. Das sollte dann immer irgendwie weitergegeben werden. Ich glaube, hier haben wir eine Chance, mit einem E-Portal auf elektronisch umzusteigen, dass man ein Handling fördern kann. Für mich ist klar, das soll einfach eine Dienstleistung der Gemeinde sein, über die die Strassengenossenschaften informiert werden. Sie können das nützen oder nicht. Die Verantwortung liegt schlussendlich bei den Strassengenossenschaften.

Sie haben gesagt, Herr Andreas Meier, bietet gewisse Dienstleistungen an. Dort gibt es dann die eine oder andere Support-Frage, das mag durchaus sein. Aber wenn ich mir überlege, die heiklen Daten eines Perimeters (mit den Gebäudeversicherungssummen), dass das einfach irgendjemand daheim auf seinem PC oder sonst in einer Cloud abgelegt hat, finde ich das heikel. Aus diesem Grund würde ich es sinnvoll finden, wenn das bei der Gemeinde ist. Wie gesagt, der Perimeter muss ja laufend angepasst werden, in alten Quartieren werden Häuser umgebaut und das muss auch wieder die Gemeinde machen. Also könnte dies Herr Meyer selbständig nachführen. Ich finde es an der Zeit, dass die Gemeinde auch gewisse Organisationen unterstützt, die vielleicht eher im Hintergrund arbeiten und höchstens auf die Gemeinde zukommen, wenn es nicht mehr weiter geht. In diesem Sinne hoffe ich auf eine Unterstützung im Rat.

Ich habe nicht von den Kosten gesprochen, sondern vom Nutzen. Support-Anfragen gehen nicht zu Herrn Meier, sondern zu unserer IT. Es gibt ganz viele Fragen, die sich stellen. Stellen Sie sich vor, ein Vorstandsmitglied tritt aus. Dieses hat einen User-Account bei uns. Wenn man das nicht meldet, dann wird der für immer und ewig Zutritt haben zum Beispiel zu diesen Unterlagen. Nur schon das: wer übernimmt die Verantwortung für dieses User-Management, dass das gemeldet wird, dass die richtigen Leute Zugriff haben und die, welche nicht mehr Zugriff haben müssen, auch keinen mehr haben. Das sind alles Fragen, die Aufgaben in der Umsetzung erzeugen.

Thomas Zemp (CVP)

Ich interpretiere Ihre Aussage so, es geht dann noch weiter. Am besten betreut dies ebenfalls Andreas Meier und man schickt ihm einfach nur noch die Unterlagen zur Ab-

lage und zur Nachführung. Das ist wieder ein Datenschutzproblem. Herr Meier dürfte nie Zugriff haben auf irgendwelche Strassengenossenschaftsprotokolle und es ist wirklich nicht so einfach, wie Sie es sich vorstellen. Bevor man es dann den 50 Strassengenossenschaften propagiert, müsste man einen rechten Aufwand betreiben, um das Ganze vorzubereiten und das anbieten zu können. Und wenn es am Schluss nur Herr Biese und Herr Rölli benützen, dann ist es die Frage, ob man etwas machen will. Aber das ist meine Einschätzung aufgrund der Kontakte mit den Strassengenossenschaften, vielleicht ist die Praxis tatsächlich eine andere. Ich habe das Gefühl, wir als Gemeinde sind nicht wirklich der Dienstleistungsanbieter für ein E-Portal. Ich stelle mir grad die Frage, wie geht es dann weiter. Heute die Strassengenossenschaften und morgen alle Vereine auf dem Portal, dann haben wir schnell ein paar Hundert User, die wir managen müssen und dann ist wirklich die Frage, wer das macht. Das müsste dann unsere IT-Organisation letztlich bewältigen können.

Das letzte Votum hat mich jetzt ein bisschen aus den Socken gehauen. Ich unterstütze das Postulat, und zwar weil das, was hier passiert, eine halb-öffentliche Aufgabe ist. In anderen Kantonen gibt es die Privatstrassen gar nicht. Es gibt auch eine gewisse Ungerechtigkeit zwischen denen, die an einer Privatstrasse liegen und ein Haus weiter vielleicht nicht an der Privatstrasse sind. Ich meine, hier ist es Aufgabe der öffentlichen Hand, die Leute, die das in dieser Form betreiben, zu unterstützen. Darum unterstütze ich das Postulat.

Urs Steiger (L20)

Abstimmung:

Das Postulat Nr. 2020-714, E-Portal für Strassengenossenschaften in Horw, wird mit 19:6 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, überwiesen.

Ivan Studer (CVP)

**8. Postulat Nr. 2020-712 von Martin Eberli, L20, und Mitunterzeichnenden:
Keine Kürzungen der Blickpunkt-Beiträge**

Der Blickpunkt ist nicht nur für den Gemeinderat, sondern auch für die Parteien ein wichtiges Forum, um Ideen zu lancieren und sich mit der Bevölkerung auszutauschen. Die Parteienbeiträge des Blickpunkts werden von Bürgerinnen und Bürgern gerne gelesen und sind darum für die Kommunikation wichtig. Mit den klaren formalen Vorgaben der Blickpunktredaktion und der Öffentlichkeit als letzte beurteilende Instanz haben die Parteien selbst das grösste Interesse, sich in ihren Spalten so darzustellen, wie sie auch wahrgenommen werden möchten.

Martin Eberli (L20)

Der Aufwand der Blickpunktredaktion für diese Beiträge ist gering. Es handelt sich geradezu um eine kostenlose Dienstleistung der Parteien zugunsten einer gehaltvollen und volksnahen Ausgabe des Informationsmagazins der Gemeinde. Die rege Nutzung dieses Gefässes durch die Parteien zeugt von einer lebhaften politischen Diskurskultur, die der Gemeinderat eher fördern als begrenzen sollte.

Mit einer Kürzung der Beiträge hat der Gemeinderat eine jahrzehntelange Tradition beschnitten und den Ideenhorizont verengt. Mit der Erweiterung von Inhalten, die nicht aus der Verwaltung stammen, gewinnt der Blickpunkt hingegen an Format und steigert seine Attraktivität für Horwerinnen und Horwer.

Seit mit dem Einzug einer fünften Partei in den Einwohnerrat der Umfang der monatlichen Beiträge für alle Parteien im Blickpunkt von drei- auf zweitausend Zeichen gekürzt worden ist, ist die paradoxe Situation entstanden, dass zwar die Parteienlandschaft vielfältiger geworden ist, dass aber für diese insgesamt weniger Raum im Informationsmagazin der Gemeinde zur Verfügung steht, weil nämlich für die kürzeren Texte pro Partei auch der Gesamtumfang von 12'000 auf 10'000 Zeichen reduziert worden ist.

Eine Gemeinde lebt von der Partizipation der Einwohnerinnen und Einwohner. Eine lebendige Gemeinde in der Grösse von Horw muss sich mannigfaltig und stets von neuem profilieren, damit sie innerhalb der Agglomeration auch wahrgenommen wird. Die Medienlandschaft hat sich in den letzten drei Jahrzehnten massiv verändert, und zwar zu Ungunsten der lokalen Berichterstattung. Die Luzerner Zeitung ist ein Monopolmedium, das sich nur punktuell und sprunghaft der Anliegen der Gemeinde annimmt. Wesentliches Kriterium ist die überregionale Bedeutung eines Themas mit der logischen Folge, dass lokale Themen aus dem Fokus fallen. Die lokalen Parteien haben aber einen klar anderen Standpunkt: Sie politisieren aktuell, lokal und auch in Konkurrenz zueinander. Ihre Beiträge vermitteln Hintergründe und eine Innensicht, die sich über das parteispezifische Publikum hinaus an die breite Bevölkerung richten.

Daraus haben sich folgende drei Anträge ergeben:

1. dass man den Beschluss des Gemeinderates auf Kürzung sistiert
2. dass man die Vorgaben nicht so restriktiv macht, sondern vielleicht erweitert
3. dass man nicht nur Parteien, sondern auch Vereinen ein grösseres Forum geben würde.

Ich habe gehört, dass der Gemeinderat dem Postulat ablehnend gegenübersteht. Unseres Erachtens ist es aber nicht ein finanzpolitisches Anliegen, sondern ein Anliegen von politischer Kommunikation. Ich danke allen, die das Postulat unterstützen.

Es ist dem Gemeinderat völlig bewusst, dass mehr als die Hälfte der Mitglieder des Einwohnerrates den Vorstoss unterschrieben hat. Eigentlich eine klare Sache, trotzdem lehnt der Gemeinderat den Vorstoss ab. Ich möchte Ihnen aber kurz begründen, warum wir den Vorstoss ablehnen.

Ruedi Burkard (FDP)

Es geht uns hauptsächlich darum, dass der Blickpunkt ein attraktives und lesefreundliches Organ ist. Kurze, klar verständliche Beiträge sind lesefreundlich. Sie zwingen die Verfasserin/den Verfasser, sich auf das Notwendige zu beschränken und ihre Anliegen fokussiert auf den Punkt zu bringen. So werden sie auch tatsächlich gelesen. Wichtig scheint uns, immer einen lokalen Bezug zu schaffen. Der Blickpunkt soll nicht die Regionalzeitung ersetzen oder diese Aufgaben übernehmen. Der Blickpunkt soll das Informationsorgan für Horw, für unsere Bürgerinnen und Bürger sein.

Machen wir kurz den Vergleich mit anderen Gemeinden. «Kriens Info» und «Rothenburg Info» veröffentlichen auch Parteienbeiträge. Hier betragen die Textlängen 1'300 Zeichen. Mit den jetzt eingeführten 2'000 Zeichen pro Parteibeitrag gewährt Horw somit um einiges längere Beiträge als unsere Nachbargemeinden.

Aus organisatorischer, ablauftechnischer und finanzieller Sicht gibt es noch folgendes zu bedenken. Je länger die Textbeiträge pro Partei sind, desto mehr Unsicherheiten und Variabilität im Platzbedarf entsteht. Das hätte zur Folge, dass der Redaktionsschluss noch früher festgelegt werden muss.

Der vorhandene Platz ist heute gut ausgefüllt - bei einer Überschreitung des jetzigen Platzbedarfs muss der Blickpunkt um 4 Seiten erweitert werden, weil in der Produktion nur ein weiterer Bogen à vier Seiten möglich ist. Dadurch entstehen Sprungfixkosten. Das würde bedeuten, dass 2.5 bis 3 Seiten des Blickpunktes zusätzlich produziert werden müssten. Was wiederum nur mit entsprechenden Pensen zu bewältigen wäre.

Aus Verantwortung gegenüber der Leserschaft und der Qualität des Blickpunktes ist es uns als Gemeinderat aber wichtig, für unseren Standpunkt einzustehen und empfehlen Ihnen darum das Postulat aus den genannten Gründen abzulehnen. Selbstverständlich akzeptieren wir aber, wenn der Einwohnerrat dem Gemeinderat einen anderen Auftrag erteilt. In diesem Fall würde eine mögliche Umsetzung Ihrer Forderungen geprüft.

Ich weiss, ich habe in meinem Postulat eine Erweiterung der Textlänge beantragt. Angesichts der Argumentation könnte ich mir aber vorstellen, dass wir von den damals 12'000 Zeichen mit einem Eventualantrag zurückgehen auf die 3'000 Zeichen, das wären dann anstatt 12'000 neu 15'000 Zeichen insgesamt von allen fünf Parteien. Und mit den 15'000 Zeichen, also 3'000 Zeichen mehr als bisher, wären wir sicher nicht bei 2 oder 3 Seiten, die man zusätzlich produzieren müsste. Ich würde annehmen, dass man die 15'000 Zeichen in den bisherigen Seitenvolumen unterbringen könnte.

Martin Eberli (L20)

Unsere Argumentation bleibt die gleiche. Ob 2'000 oder 3'000 Zeichen macht eben doch einen grossen Unterschied. Ob man 5'000 Zeichen mehr produzieren muss, dann hat man das Problem mit den vier Seiten genau gleich, wie ich es Ihnen erläutert habe. Ich nehme Ihr Entgegenkommen mit, falls Sie das Postulat überweisen würden. Aber wenn Sie das Postulat überweisen und tatsächlich vom Gemeinderat fordern, dass wir die 12'000 Zeichen ermöglichen, dann müssen Sie einfach wissen, dass wir einen Bogen mehr produzieren müssen für den Blickpunkt. Ich möchte das einfach für Ihre Überlegungen mitgeben.

Ruedi Burkard (FDP)

Abstimmung:

Das Postulat Nr. 2020-712, Keine Kürzung der Blickpunkt-Beiträge, wird mit 12:11 Stimmen, bei 6 Enthaltungen, überwiesen.

Ivan Studer (CVP)

Ich möchte die Diskussion zu den Blickpunkt-Beiträgen nutzen, um etwas loszuwerden, das mich schon eine Weile beschäftigt oder einfach stört. Und zwar steht auf der Gemeinde-Homepage, dass die Blickpunkt-Beiträge der Parteien dazu dienen, Stellung zu Sachfragen zu nehmen und Mitteilungen zu publizieren. Ich stellte im vergangenen Jahr oder in den vergangenen zwei, drei Jahren fest, dass nicht nur Stellungen zu Sachfragen und Mitteilungen publiziert worden sind, sondern dass auch Polemik betrieben wurde und sich Parteien gegenseitig kritisiert oder angeschwärzt haben. Ich habe gesagt, wir machen das in der FDP nicht, aber ich möchte einfach appellieren, dass die Blickpunkt-Beiträge sachlich bleiben und nicht, dass die Parteien gegeneinander kämpfen. Das ist auch gegenüber der Bevölkerung nicht förderlich.

Jürg Biese (FDP)

9. Postulat Nr. 2020-713 von Roger Eichmann, CVP, und Mitunterzeichnenden: Entschädigung an Vereine für ausgefallene Papiersammlungen

Aufgrund der Corona Massnahmen im Frühling war es den Vereinen nicht erlaubt, die Papiersammlungen vom April, Mai und Juni durchzuführen. Mitte Juni hat dann eine ausserordentliche Papier- und Kantonsammlung durch die REAL stattgefunden. Die Horwer Vereine führen die Papiersammlungen seit Jahren mit grossem Einsatz und Zuverlässigkeit durch und werden für ihr Sammelgut nach Gewicht von der Gemeinde entschädigt. Darum sind wir der Ansicht, dass sie nicht die Leidtragenden für die ausgefallenen Papiersammlungen sein sollten. Wir bitten den Gemeinderat den Vereinen - unabhängig vom Sammelergebnis 2020 - mindestens die gleiche Summe auszuzahlen wie in den vergangenen Jahren.

Roger Eichmann
(CVP)

Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Vom Sachverhalt her würde ich noch eine kurze Präzisierung machen. Es ist so, dass die Gemeinden, welche die Papiersammlungen durchführen konnten, bereits sofort nach den Sammlungen entschädigt wurden, und zwar gestützt auf das Sammelergebnis des letzten Jahres. Es sind drei Vereine betroffen, bei denen eine Sammlung ausgefallen ist: Blauring,

Astrid David Müller
(SVP)

Skiclub und Fussballclub. Hier prüfen wir, wieweit wir eine Entschädigung ausrichten können, wie das vom Postulanten gefordert wird.

11. Postulat Nr. 2020-718 von Roger Eichmann, CVP, und Mitunterzeichnenden: Arealisierung «Sand + Kies AG»: Zone für öffentliche Zwecke

Wir haben heute Abend bereits viel über die Planung und die Nutzung im Seefeld diskutiert. Ich glaube wir sind uns einig, dass der Platz knapp ist – wahrscheinlich zu knapp – und dass die verschiedenen Ansprüche und Vorstellungen sehr hoch sind und wir nie alle Unzufriedenheiten aus dem Weg werden räumen können. Genau aus diesem Grund fordern wir den Gemeinderat auf, mit der Sand + Kies AG den Dialog aufzunehmen und zu versuchen, dass sich die Gemeinde Horw die benachbarte Parzelle des Seefeld sichern kann. Sollte das nämlich möglich sein, würde das ganz neue Perspektiven eröffnen.

Roger Eichmann
(CVP)

Der Studienauftrag Seefeld hat es gezeigt, die Mitwirkung beim Regelwerk Luzern Süd hat es gezeigt, die Platzverhältnisse im Seefeld sind eng. Der Nutzungsdruck wird steigen, insbesondere im Zusammenhang mit der Bautätigkeit im Gebiet Luzern Süd aber auch im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung im Campus Horw. Es ist wahrscheinlich schon so, dass das Areal der Sand + Kies AG eigentlich die letzte Möglichkeit bietet, mittel- oder langfristig zusätzlichen Freiraum für die Öffentlichkeit zu sichern. Der Gemeinderat erachtet es darum als sinnvoll, wenn man das Areal im Rahmen der Ortsplanungsrevision in die Zone für öffentliche Zwecke einteilt. Wir haben die Sand + Kies AG diesbezüglich bereits informiert. Die sind natürlich nicht sehr erfreut über diesen Schritt. Aber so wie wir Verständnis haben, dass sie nicht erfreut sind, haben sie auch ein gewisses Verständnis, dass wir in diese Richtung gehen wollen. Wir setzen alles daran, dass wir mit der Sand + Kies AG einen konstruktiven Dialog führen können, beispielsweise einen Arealabtausch machen oder dass sie uns das Grundstück verkaufen. Aber Sie müssen sich als Einwohnerrat schon bewusst sein, dass das nicht gratis zu haben sein wird. Wir können das in der Ortsplanung mal so umzonen, aber das heisst nachher nicht, dass wir das Areal einfach erhalten, sondern wir werden auf irgendeine Art und Weise abtauschen oder auch erwerben müssen. So gesehen gehen wir in diesen Prozess und sind bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Thomas Zemp (CVP)

Das Postulat tönt sehr gut und ist auch absolut verlockend. Aber genau was Herr Zemp jetzt gesagt hat, scheint mir einfach ein bisschen heikel. Denn das hat mit ziemlich vielen Verhandlungen und eventuell auch Kosten und gerichtliche Sachen, die auf uns zukommen, zu tun. Mir scheint der letzte Satz: «Der Gemeinderat wird gebeten, im Rahmen der aktuell laufenden Teilrevision der Ortsplanung die notwendigen Schritte einzuleiten...», das hat für mich keinen Postulatscharakter. Das ist mehr Motion - da redet man nicht von verhandeln und prüfen, sondern das ist absolut geschrieben: «wird gebeten, die notwendigen Schritte einzuleiten.» Ich bin der Meinung, man soll es mit den Verhandlungen versuchen, aber das sollte im letzten Abschnitt auch so geschrieben sein und nicht absolut, dass es wie eine Motion herüberkommt. Vor allem ist es auch so, dass der Zonenplan nachher von der Bevölkerung verabschiedet wird und da wissen wir ja noch nicht. Aber ich finde, wir können mit diesem Postulat absolut verlangen, dass der Gemeinderat das prüft und vielleicht Verhandlungen in die Wege leitet. Aber nicht, dass er die notwendigen Schritte einfach einleiten kann, um für öffentliche Zwecke auszuscheiden, weil da können wir dann nicht mehr beurteilen, was es für Kosten und Verhandlungen gibt. Ich glaube, das sollte man ein bisschen offener lassen,

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

dass man es wirklich als Postulat überweist und nicht so wie es hier fast Motionscharakter hat.

Man muss realistisch sein, das ist eine Sonderzone für den Kiesabbau oder Kiesumschlag. Sand + Kies AG kann darauf im Moment gar nichts anderes machen, also sind ihnen die Hände gebunden. Von dem her, ob das umgezont wird oder nicht ist logischerweise Verhandlungssache. Aber man muss auch realistisch sehen, wenn man den Zonenplan studiert, so schlecht steht die Gemeinde Horw nicht da, weil man dies rechtzeitig in der letzten Planung - wenn ich mich nicht täusche - in eine Sonderzone umbenannt hat. Von dem her ist das sicher ein guter Ansatz, dass man dort schauen kann, etwas für Horw zu machen. Aber lassen wir es nun mal bei diesem Postulat.

Urs Rölli (FDP)

Das ist richtig. Wir haben in der letzten Zonenplanrevision eigentlich das erste Signal gesetzt, indem wir gesagt haben, wir wollen es beschränken und nicht, dass sich Sand + Kies AG Hoffnungen macht, was man dort auch noch machen könnte. Ich denke, es geht auch darum, dass man ein zweites Signal setzt und nun jetzt in die Richtung geht, indem man sagt, was man eigentlich möchte. Ich glaube, das hatte man schon immer im Hinterkopf, dass dies eine öffentliche Zone würde. Solange Sand + Kies AG dort ist, hat sie eine Bestandesgarantie und diese Verhandlungen muss man so oder so führen. Von dem her denke ich muss man ein Signal setzen, dann weiss Sand + Kies AG, das ist ernst gemeint und man hat auch eine Position bei den Verhandlungen.

Urs Steiger (L20)

Man kann natürlich den Bären nicht waschen, ohne den Pelz nass zu machen. Wir müssen schon konkret werden. Es ist der letzte mögliche Zeitpunkt. Wir sind jetzt daran, unsere Ortsplanungsrevision aufzusetzen. Am 4. Februar 2021 wird der Einwohnerrat das räumliche Entwicklungskonzept beraten. Es wird nächstens das Regelwerk von Luzern Süd verabschiedet. Wenn wir noch etwas machen wollen, müssen wir dies jetzt machen. Wir müssen das im räumlichen Entwicklungskonzept natürlich so abbilden. Wir müssen das auch im Regelwerk Luzern Süd so abbilden, denn alles andere sendet falsche Signale und es läuft in die falsche Richtung.

Thomas Zemp (CVP)

Mir ist einfach wichtig, dass sich der Einwohnerrat bewusst ist, es handelt sich um eine mittel- bis langfristige Geschichte. Die Sand + Kies AG wird deswegen nicht gezwungen werden, ihre Produktion aufzugeben und das wird uns etwas kosten. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Ich glaube, es muss uns auch etwas wert sein. Es ist eine grosse Fläche und es ist wirklich die letzte Möglichkeit, dort Freiraum zu schaffen, der sonst unwiederbringlich verloren ist. Wenn man davon ausgeht, dass man die Fläche anders nützt, dann wird sich der Nutzungsdruck noch erhöhen und dann haben wir weniger Freiraum und dann haben wir ganz sicher wieder eine Wohnnutzung im Raum. Darum ist es schon wichtig, dass wir jetzt ein deutliches Zeichen setzen und dieses vom Einwohnerrat mitgetragen wird. Ich sage immer, wenn jemand dies anders sieht, dann soll er jetzt bitte einen Ablehnungsantrag stellen, damit es eine Abstimmung gibt. Wenn wir dies nun entgegennehmen und niemand etwas sagt, dann ist es für mich ein einstimmiger Auftrag des Einwohnerrates, das auch umzusetzen.

Der Ordnung halber: ich habe das als Postulat eingereicht. Ein Postulat gibt dem Gemeinderat den Auftrag, das zu prüfen und ich bin nicht bereit, das vom Sprachlichen her irgendwie abzuändern. Ich würde dies gerne so lassen.

Roger Eichmann
(CVP)

Wir sind am Ende der Sitzung angelangt. Es sind fast 6 3/4 Stunden vergangen, seitdem wir hier gestartet haben. Der Aufgaben- und Finanzplan ist ein wichtiges Thema im Jahr und auch das Seefeld hat viele Diskussionen ausgelöst. Es sind verschiedene Ansichten vorhanden, aber ich fand, dass es eine sehr sachliche und gute Debatte war. Dafür möchte ich ganz herzlich danken.

Ivan Studer (CVP)

Aufgrund der Coronasituation müssen wir leider auf den Umtrunk verzichten. Wir hätten eigentlich ein grosses Bier verdient, aber als Einwohnerrat müssen wir hier wirklich eine Vorbildfunktion übernehmen und es wäre nicht sehr klug, wenn wir uns gegenseitig anstecken würden.

Das war die letzte Sitzung im Jahr 2020, die Dezember-Sitzung fällt bekanntlich aus. Darum wünsche ich Ihnen jetzt schon eine gute und besinnliche Advents- und Weihnachtszeit. Ich hoffe, dass Sie auch noch Ferien haben und sich erholen können und freue mich dann, Sie im Februar 2021 wieder zu begrüßen. Und wer weiss, vielleicht können wir die nächste Sitzung schon wieder unter gelockerten Massnahmen durchführen. Bis dahin eine gute Zeit und Hauptsache «bleiben Sie gesund».

Ivan Studer
Einwohnerratspräsident

Claudia Stadelmann
Protokollführerin

Versand: 05.01.2021